

Köln und sein Haushalt – Lasten gerecht verteilen

Köln wurde in den letzten Jahren unter Verantwortung der CDU an den finanziellen Abgrund geführt. Schon früher hat es in Deutschland - wie auch heute - konjunkturelle Einbrüche gegeben. Doch erstmals in der Nachkriegsgeschichte ist es einer regierenden Koalition in Köln nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Allen Bemühungen der CDU, dies zu verschleiern, zum Trotz - für die gegenwärtige Finanzkrise Kölns sind auch hausgemachte Gründe verantwortlich:

- Den bis 1999 von der SPD begangenen Weg einer Konsolidierung hat die CDU-geführte Ratsmehrheit abrupt verlassen: Der (mittlerweile eingefrorene) Aufbau eines Call-Centers verschlang fast 18 Millionen Euro, obwohl die Finanzkrise absehbar war. Die Schaffung eines vollkommen überflüssigen „zentralen Bürgeramtes“ kostet etwa 3 Millionen Euro. Der Personalkostenetat stieg, obwohl hunderte Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung in neue Gesellschaften überführt wurden. Die Träumereien von der Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt kosteten eine sechsstellige Summe für Planungskosten, obwohl von Anfang an klar war, dass die Stadt alleine das Projekt nie würde realisieren können. Die Gutachterkosten zum gescheiterten Verkauf von GAG und Grubo verschlangen 3 Millionen Euro ...
- Um die selbst geschaukelten Löcher zu stopfen, betrieb die CDU-geführte Ratsmehrheit den Ausverkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaften GAG und Grubo - gegen den Widerstand betroffener Mieter, vieler Bürger und der KölnSPD. Die Lasten hätten dauerhaft alle Mieterinnen und Mieter Kölns tragen müssen.
- Im Gegensatz zur KölnSPD spart Schwarz-Grün auf Kosten der Schwachen. So wurden die Zuschüsse für Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten ab 2004 um eine Million Euro gekürzt. Sie sparen in den Stadtteilen mit besonderem Hilfebedarf und bevorzugt auch bei der Integration von Ausländern. Ab 2005 (nach der Kommunalwahl!) beispielsweise erhalten die Ausländerzentren 60 Prozent weniger Zuschüsse.
- Stadterneuerung und Sanierung in benachteiligten Stadtteilen, Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik in Köln, stehen nicht mehr oben auf der Agenda der Ratsmehrheit aus CDU und Grünen. Im Investitionsprogramm 2002 bis 2006 werden investive Maßnahmen in Stadterneuerungs- und Sanierungsgebieten bis auf einige wenige Ausnahmen rigoros zusammengestrichen, obwohl das Land Nordrhein-Westfalen den Löwenanteil der Kosten übernommen hätte. Betroffen sind Kalk, Chorweiler, Ehrenfeld, Bocklemünd/ Mengenich und Porz-Finkenbergr.

- Ohne Konzept wurden eilig neue Steuern erfunden (Zweitwohnungssteuer, Vergnügungssteuer) und wieder verworfen.
- Alle Vorschläge der KölnSPD zur Sanierung des Haushalts wurden von CDU und Grünen vom Tisch gewischt, nur weil sie von der SPD kamen. So wurde wertvolle Zeit vertan.

Fazit: Die CDU-geführte Ratsmehrheit hinterläßt den Kölnerinnen und Kölnern einen finanziellen Scherbenhaufen.

KölnSPD: Nachhaltiger Kurs der Haushaltskonsolidierung

Die KölnSPD verfolgt statt dessen einen langfristig angelegten und nachhaltigen Kurs der Haushaltskonsolidierung durch eine gezielte Aufgabenanalyse, mehr Einnahmen und geringere Ausgaben. Die Stadt Köln muss wieder handlungsfähig werden.

- Köln braucht einen Masterplan, in dem die Prioritäten städtischen Handelns für die nächsten Jahre festgelegt werden. Einen wichtigen Beitrag können hier die Ergebnisse des Leitbildprozesses „Köln 2020“ mit seinen eher abstrakten Zielen leisten. Erst durch die Setzung von Schwerpunkten, zum Beispiel die Förderung neuer Arbeitsplätze und Sicherung des sozialen Zusammenhalts, wird gezieltes Sparen ohne Zerstörung grundlegender Strukturen möglich.
- Hierzu gehört auch, dass in Veedeln mit besonders großen sozialen Problemen Einsparungen besonders kritisch überprüft werden müssen. Wir meinen, wo Mittel gekürzt werden, muss ein soziales Ranking der Stadtviertel und Problembereiche dafür sorgen, dass dort die Strukturen erhalten bleiben, wo ein besonders hoher Bedarf besteht.
- Die Einbeziehung der Privatwirtschaft in die städtische Aufgabenerfüllung durch Modelle des public-private-partnership ist in jedem Einzelfall zu prüfen.
- Einsparungen müssen auch durch mehr Transparenz und Kostenbewusstsein bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erzielt werden. Dabei ist insbesondere abzuwägen, ob das preisgünstigste Angebot tatsächlich auch das für die Stadt wirtschaftlichste Angebot ist.
- Die Effizienz der Stadtverwaltung muss durch eine konsequente Strukturreform weiter gesteigert werden. Zu einer großstadtgerechten Organisation der Verwaltung gehört auch ein bürgernahes Vorort-Prinzip statt eines rein zentralistischen Ansatzes, wie ihn die CDU und Grüne verfolgen. Die KölnSPD wird sich daher dafür einsetzen, dass in bedarfsgerecht über die Stadt verteilten Veedelskontoren städtische und stadtnahe Dienstleistungen sowie Angebote freier Träger aus einer Hand angeboten werden. Der Bürgerservice wird dadurch nicht nur verbessert, sondern insgesamt kostengünstiger.

- Auch in Zukunft kann die Stadt auf die Einnahmen städtischer Unternehmen nicht verzichten. Die KölnSPD strebt daher an, den Stadtwerke-Konzern durch weitere Bündelung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zu stärken und daraus Erträge für den städtischen Haushalt zu erzielen. Die von CDU und Grünen betriebene Aushöhlung und Schwächung der städtischen Gesellschaften, die letztlich auch Arbeitsplätze gefährden, lehnen wir entschieden ab.
- Auch auf Bundes- und Landesebene setzt sich die KölnSPD auf Grundlage der Beschlüsse des Deutschen Städtetages für die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung ein. Den Plan der CDU, den Kommunen die Kosten für das Arbeitslosengeld aufzubürden, lehnen wir entschieden ab.
- Cross border leasing-Geschäfte bergen aus Sicht der KölnSPD erhebliche Risiken. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion der Gesetzgebungsorgane in den USA sollten bereits laufende Verfahren ausgesetzt werden. In den Kernbereichen der Daseinsvorsorge ist in jedem Einzelfall besonders kritisch zu prüfen, ob die Risiken beherrschbar sind. Unabdingbar dafür ist eine öffentliche Debatte im Rat der Stadt. Im Zweifelsfall muss auf Cross border leasing-Geschäfte verzichtet werden.

Städtische Unternehmen – wichtige Instrumente der Kommunalpolitik

Städtische Unternehmen leisten wichtige Beiträge zur Erhaltung und Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, zur Stärkung des Produktions- und Dienstleistungsstandortes und gewährleisten ein großstadtgerechtes Leistungsangebot. Die Stadt darf sich daher nicht allein auf die Erledigung hoheitlicher Aufgaben beschränken. Vielmehr muss sie zur grundlegenden Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger insbesondere in den Bereichen der Ver- und Entsorgung, des Verkehrs, der Wohnungswirtschaft, der Bildung und Kultur, der Gesundheit, der Wirtschaftsförderung und der Stadtentwicklung eine ausreichende Grundversorgung sicherstellen.

- Die maßgebend von der KölnSPD in den letzten Jahrzehnten geprägte Politik, leistungsstarke städtische Unternehmen mit der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge zu betrauen, hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

Insbesondere die im Stadtwerke-Konzern zusammengeschlossenen Unternehmen sind Motor für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und der Region. Negative Erfahrungen aus anderen Ländern, die bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben konsequent auf Privatisierung gesetzt haben, belegen eindrucksvoll, dass Bau, Unterhaltung und Betrieb der öffentlichen Infrastruktur nicht dem freien Spiel der Kräfte unterworfen werden dürfen.

- Die KölnSPD ist daher der Auffassung, dass der beherrschende Einfluss der Stadt insbesondere auf den Stadtwerke-Konzern erhalten bleiben muss.

Dieser Unternehmensverbund hat auch handfeste finanzielle Vorteile. Er ermöglicht nicht nur eine sichere und kostengünstige Versorgung mit Wasser, Strom, Gas und Fernwärme, sondern sichert auch ein attraktives Nahverkehrsangebot zu bezahlbaren Fahrpreisen unter optimaler Nutzung von steuerlichen Verrechnungsmöglichkeiten. Dies erspart dem Konzern und damit der Stadt Köln Jahr für Jahr Steuerzahlungen in erheblicher zweistelliger Millionenhöhe; beachtliche Beträge, ohne die die KVB ihre Verkehrsleistung nicht aufrecht erhalten könnte.

Dies gilt auch für die Unternehmen der Wohnungswirtschaft. GAG und Grubo halten preiswerten Wohnungsbestand vor, der den Wohnungsmarkt reguliert und ein unverzichtbares Instrument zur Versorgung einkommensschwacher und sozial benachteiligter Einwohnerinnen und Einwohner darstellt und über den Mietspiegel das Mietpreisniveau insgesamt in erträglichem Rahmen hält.

Städtische Beteiligungen schaffen Rahmenbedingungen

Die Beteiligungen der Stadt Köln an der Messe und dem Flughafen schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft und fördern ebenfalls den Wirtschaftsstandort Köln.

- Die KölnSPD strebt daher in Kooperation mit der Region eine Ausweitung des kommunalen Einflusses auf den Flughafen an, sofern Bund und Land ihre Anteile am Flughafen zum Verkauf anbieten.

Die Stadtsparkasse Köln muss als eine dem Gemeinwohl verpflichtete Einrichtung auch in Zukunft von der Stadt getragen werden. Als Trägerin stellt die Stadt Köln sicher, dass mit der Sparkasse die vorgesehenen öffentlichen Aufgaben, etwa die Mittelstandsfinanzierung, die kreditwirtschaftliche Versorgung breiter Bevölkerungskreise oder die regionale Standortentwicklung, erfüllt werden.

- Daher lehnt die KölnSPD Forderungen nach einer Privatisierung der Stadtsparkasse ab. Vielmehr ist die Sparkasse durch verstärkte Zusammenarbeit in der Region weiter zu stärken, damit die öffentlichen Aufgaben dauerhaft erledigt werden können.

Zu den besonderen Verpflichtungen einer öffentlichen Sparkasse gehört auch die ausreichende Versorgung des Mittelstandes mit Firmenkrediten. Auch durch die gesetzlich veränderten neuen Eigenkapitalregelungen („Basel II“) darf sich daran im Grundsatz nichts ändern. Die KölnSPD wird sich dafür einsetzen, dass die Kreditvergabe nach transparenten und auf den Einzelfall zugeschnittenen Kriterien erfolgt.

Städtische Unternehmen bringen die Stadt voran

Auch auf kulturellem Gebiet ermöglichen städtische Unternehmen eine wirtschaftliche und flexible Aufgabenerledigung. Optimierte Organisationsstrukturen und erweiterte Finanzierungsmöglichkeiten einschließlich der Integration nicht städtischer kultureller Initiativen schaffen Freiräume, die die Kulturstadt Köln nach vorne bringen.

Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist die unter Beteiligung des WDR im Jahre 1986 gegründete KölnMusik GmbH als Betreiberin der Philharmonie, die auch den überregionalen Ruf Kölns als Musikstadt entscheidend geprägt hat.

- Dieses Modell kann Vorbild sein auch für andere kulturelle Einrichtungen der Stadt wie zum Beispiel die Bühnen und die Museen.

In Zeiten äußerst knapper finanzieller Ressourcen sind flexible Rahmenbedingungen unverzichtbar. Sie fördern Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit und wecken die Bereitschaft Dritter, sich für kulturelle Belange auch finanziell zu engagieren.

Öffentliche Wirtschaft garantiert Daseinsvorsorge

Die KölnSPD ist davon überzeugt, dass die erfolgreiche städtische Unternehmenspolitik der Vergangenheit auch den heutigen Anforderungen noch gerecht wird.

- Die KölnSPD bekennt sich daher eindeutig zum Erhalt der öffentlichen Wirtschaft als Garant kostengünstiger und qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge.

Städtische Unternehmen sind wichtige Auftraggeber für die örtliche mittelständische Wirtschaft, schaffen und erhalten Arbeitsplätze und leisten damit einen guten Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens.

Insbesondere die fortschreitende Liberalisierung auf den Märkten der Versorgung und des Verkehrs zwingt jedoch dazu, die städtischen Unternehmen fit für die Zukunft zu machen, um dem harten Verdrängungswettbewerb standhalten zu können.

- Die KölnSPD hat daher die notwendigen Anpassungsprozesse unterstützt und wird auch in Zukunft flexibel auf die Anforderungen der Märkte reagieren.

Expansion und die Entwicklung städtischer Unternehmen zu leistungsstarken regionalen Anbietern fördern die Wettbewerbsfähigkeit und garantieren dauerhaft den städtischen Einfluss auf die Aufgabenerfüllung. Dies schließt eine Beteiligung Privater nicht generell aus, sofern dies die Unternehmen strategisch stärkt.

- Steuerung und Kontrolle städtischer Unternehmen der Daseinsvorsorge dürfen jedoch nicht den Privaten überlassen werden, sondern bleiben im Rahmen der verfügbaren Möglichkeiten dem von den Bürgerinnen und Bürgern durch Wahl legitimierten Stadtrat vorbehalten.

Und nicht zuletzt:

Öffentliche Wirtschaft ist weder Selbstzweck noch Notstopfen!

Öffentliche Wirtschaft ist dennoch kein Selbstzweck. Sie muss durch einen öffentlichen Auftrag begründet sein und sich sowohl qualitativ als auch wirtschaftlich an den Leistungen der Privatwirtschaft messen lassen. Es ist daher auch nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, sich in traditionellen Angebotsbereichen privater Unternehmen zu betätigen. Insoweit bekennt sich die KölnSPD zum Primat der Privatwirtschaft.

Auch die Veräußerung von städtischen Unternehmensbeteiligungen ist für die KölnSPD nicht generell ein Tabu. Veränderte Rahmenbedingungen können sehr wohl eine solche Maßnahme rechtfertigen. So erfordert heute nicht mehr zwingend öffentliches Interesse eine Beteiligung an RWE, NetCologne oder etwa der Kölner Außenwerbung.

Auch die Rückführung einer städtischen Beteiligung auf die gestaltende Mehrheit von mindestens 50,1 % kann sich im Einzelfall als richtiger Ansatz und Weg erweisen, insbesondere wenn dadurch die Aufnahme eines das Kerngeschäft fördernden strategischen Partners – wie zum Beispiel durch die Beteiligung von RWE an GEW Rheinenergie – erst ermöglicht wird.

- Den Verkauf städtischen Vermögens allein aus haushaltspolitischen Gründen lehnt die KölnSPD dagegen entschieden ab. Ein solches Stopfen von Haushaltslöchern wirkt nur einmalig und gleicht keinesfalls strukturelle Defizite des Haushaltes aus.

Starke Wirtschaft – neue Arbeit

Köln ist eine starke Stadt. Das muss so bleiben. Zu einer starken Stadt gehört eine starke Wirtschaft. Sie schafft die Grundlage für die Entfaltung des und der Einzelnen, für die Sicherung der materiellen Existenz und für die Finanzierung der städtischen Aufgaben. Eine starke Wirtschaft ist der beste Garant für ein hohes Beschäftigungsniveau.

Köln ist eine sympathische Stadt, weil sich hier nachbarschaftliches Zusammenleben im Veedel mit der Rolle als Metropole im Achsenkreuz der Millionenstädte Hamburg – München, Berlin – Köln verbindet. Das gibt dem Wirtschaftsstandort Köln eine unverwechselbare Note.

Köln hat eine lange Geschichte als moderne Industriestadt und Dienstleistungsmetropole. Als Medienstadt und als Wissenschafts- und Forschungsregion hat Köln internationalen Ruf.

Der Wiederaufstieg Kölns nach Krieg und Zerstörung ist eng mit dem Namen sozialdemokratischer Oberbürgermeister verbunden. Sie haben die Stadt mit sozialdemokratisch geführter Ratsmehrheit, kompetenten Oberstadtdirektoren, vor allem aber flexiblen, kreativen und fleißigen Bürgerinnen und Bürgern zu dem gemacht, was sie heute ist: eine menschliche, sympathische und leistungsfähige Wirtschaftsmetropole.

Dieser Ruf ist in Gefahr. Köln wird unter Wert regiert. Die seit 1999 bestimmende Ratsmehrheit, zunächst aus CDU und FDP und seit 2002 aus CDU und Grünen ist dabei, den Kredit zu verspielen, der in Jahrzehnten harter Arbeit aufgebaut worden ist.

- Unprofessionelles Standortmanagement bringt Köln immer wieder negativ in die Schlagzeilen. Der Weggang der PopKomm nach Berlin, der beinahe in den Sand gesetzte Umzug von RTL, die Debatte um den Büroturm von Deutz, das Kulturloch am Neumarkt – das alles sind Negativschlagzeilen, die Investoren abschrecken.
- Unter sozialdemokratischer Führung geschaffene Strukturen in der Stadtverwaltung, die allen, die Arbeitsplätze schaffen, schnelle und bestmögliche Unterstützung garantierten, sind vernachlässigt und schließlich aufgehoben worden. Wo sich früher ein Oberstadtdirektor persönlich um Investoren gekümmert hat, regiert heute die zweite Reihe.
- Das Parteibuch herrscht mehr als je zuvor. Statt großstädtischer Wirtschaftspolitik, die die kleinräumige Strukturverbesserung im Veedel mit den Erfordernissen einer im internationalen Wettbewerb stehenden Metropole verbindet, liefern CDU, Grüne und die Stadtspitze ein provinzielles Possenspiel ab.

Mit der SPD hat Köln unbestreitbare Erfolge im wirtschaftlichen Strukturwandel erreicht. Dieses Bewusstsein hat uns nicht daran

gehindert, uns selbstkritisch mit den Fehlern der Vergangenheit zu beschäftigen und die Lehren daraus zu ziehen. Die erneuerte Kölner SPD steht für jugendlichen Elan und Dynamik ebenso wie für Solidität, Erfahrung und Glaubwürdigkeit. Unsere Stimme hat wieder Gewicht in Düsseldorf und Berlin. Das werden wir auch in der Politik vor Ort zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nutzen. Leitlinien für unser politisches Handeln auf den Aktionsfeldern kommunaler Wirtschaftspolitik sind dabei:

- **Sanierung der Stadtfinanzen:** Die Stadt muss ihre Handlungsfähigkeit als Garant der Daseinsvorsorge, als Motor innovativer Prozesse und als aktiver und zuverlässiger Partner der Kölner Wirtschaft zurückgewinnen. Auf Bundes- und Landesebene werden wir für die nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung kämpfen.
- **Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen:** Im engen kommunalen Bündnis von Stadt, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden muss der Dienstleistungs- und Industriestandort Köln durch Vernetzung bestehender Strukturen, Ausweisung neuer Flächen, Nutzung moderner Planungs-, Entwicklungs- und Ansiedlungsstrategien zur Gewinnung innovativer Branchen sowie ein deutlich verbessertes Standortmarketing gesichert und ausgebaut werden.
- **Neue Wege in die Arbeitswelt:** Im kommunalen Bündnis von Stadt, Gewerkschaften, Arbeitgebern, Wirtschafts- und Sozialverbänden müssen neue Strukturen und Angebote für den Wechsel aus Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe in existenzsichernde Erwerbsarbeit entwickelt werden. Konkurrierende Angebote an Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung sind zu vernetzen, zu optimieren und zielorientiert auszubauen.
- **Stärkung der mittelständischen Wirtschaft:** Mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe, freiberuflich Tätige, Einzelhändler und Unternehmensgründer bilden mehr denn je das stabile und zukunftsichere Fundament lokaler Wirtschaftsfaktoren gegenüber global gesteuerten Großunternehmen. Städtische Wirtschaftsförderung, Planungs-, Investitions- und Vergabepolitik sowie zinsgünstige Kreditprogramme müssen zu Stärkung und Ausbau dieses Fundaments eingesetzt werden.
- **Vorrang für nachhaltige Investitionen:** Angesichts der desaströsen kommunalen Finanzlage wird die KölnSPD finanziell weitreichende Einzelentscheidungen stets im Kontext der gesamtstädtischen Entwicklungsziele prüfen. Auch wünschenswerte, aber isolierte Einzelinvestitionen für kurzfristige Ereignisse müssen in Konkurrenz zu Investitionen in langfristige Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte geprüft und bewertet werden. Für die KölnSPD haben in der gegenwärtigen Situation nachhaltig wirkende Investitionen in die

Kölner Grundstrukturen absoluten Vorrang vor eventorientierten Ausgaben.

Starke Wirtschaft – neue Arbeit: Das erfordert Verlässlichkeit

Die Wirtschaft in Köln muss wissen, woran sie ist. Den Unternehmen geht es nicht um einen Wettbewerb leerer Versprechungen und gegenseitiger Schuldzuweisungen der Politik – Ihnen geht es um eine Stadt, die als Partner Verlässlichkeit, vorausschauende Strategien und Planungssicherheit gewährleistet. Mit uns kommt das Thema Wirtschaft und Arbeit wieder in die erste Reihe.

- Wir werden zusammen mit den Unternehmen in der Stadt, der IHK und den Vertretern der Arbeitnehmerschaft die langfristigen Prioritäten setzen, die unternehmerisches Engagement braucht.
- Wir werden die städtischen Planungsvorgaben und –prozesse konsequent auf die existenziellen Ziele einer Großstadt hin ausrichten, der Verlässlichkeit von Planung wieder höchste Priorität einräumen und die Planungsprozesse selbst deutlich beschleunigen.
- Um Finanzierungsquellen für den Ausbau der städtischen Infrastruktur zu erschließen, werden wir nachdrücklich bei Bund und Land für Kölner Projekte eintreten, Kooperationen mit privaten Partnern eingehen und bei der städtischen Ausgabenpolitik der Bereitstellung städtischer Eigenanteile höchste Priorität einräumen.
- Wir werden eine schlagkräftige Wirtschaftsförderung aufbauen, die sowohl in der Bestandspflege als auch in der Akquisition neuer Investoren ihre Hauptaufgabe sieht und innerhalb der Stadtverwaltung einen höheren Stellenwert genießt als das bislang der Fall ist. Ziel ist es, durch eine Neu-Organisation ein nachvollziehbares, transparentes und für mehr Beschäftigung sorgendes Instrumentarium zu erhalten. Wir wollen prüfen, ob eine prominent aufgestellte kommunale Wirtschaftsförderung in Form einer Gesellschaft unter Führung der Stadt Köln organisiert werden kann. Die Einbindung privater Dritter, örtlicher Kreditinstitute und gegebenenfalls der Kammern ist dabei ebenso wünschenswert wie eine verstärkte regionale Ausrichtung.

Starke Wirtschaft – neue Arbeit: Das erfordert die Verzahnung von Industrie und Dienstleistungssektor

Köln ist moderner Industriestandort und Dienstleistungszentrum. Die wirtschaftliche Basis für viele Kölner Dienstleistungsunternehmen ist die Industrie. Ohne industrielle Zukunft bleibt Köln auf Dauer auch kein starker Dienstleistungsstandort.

Das von der Stadt einberufene Branchenforum Industrie wäre ohne die Initiative und den Druck der KölnSPD zusammen mit DGB und IHK nicht zustande gekommen. Erst diese geballte Kraft hat die Stadt zum Einlenken bewegt.

- Wir werden das Branchenforum Industrie zu einer praxisorientierten starken Institution der Standortsicherung und –entwicklung für Köln machen. Gewerbeflächenbedarf, Qualifizierung der Beschäftigten und Beschäftigungssuchenden, Begleitung und Unterstützung der Unternehmen aller Größenordnungen durch die Stadt werden hier an den Bedarf für eine stabile Entwicklung in der Zukunft angepasst.

Starke Wirtschaft – neue Arbeit: Industrieflächen erhalten

Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen und Handel sind die wirtschaftliche Basis einer funktionierenden Stadtgesellschaft. Unabdingbare Voraussetzung für die Neuansiedlung oder Verlagerung von Industrie und Gewerbebetrieben ist ein ausreichendes, zur Verfügung stehendes Flächenpotenzial. Durch den Strukturwandel wurden und werden große Gewerbe- und Industrieflächen frei, die aber häufig zu Dienstleistungs- und Wohnstandorten umgewandelt werden. Parallel dazu gingen viele Flächen in ausgewiesenen Gewerbe- und Industriegebieten durch die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel verloren. Andererseits wird die Neuausweisung von Industrieflächen im Flächennutzungsplan durch die starke Nachfrage nach Wohnbauflächen und strenger gewordene Schutzbestimmungen für Grün und Freiflächen immer schwieriger und ist nur noch in wenigen Ausnahmefällen möglich.

- Die KölnSPD sieht daher die Notwendigkeit, dass die wenigen Industrieflächen unbedingt Industriebetrieben vorbehalten bleiben. Um dem drohenden Ausverkauf an Kölner Industrieflächen vorzubeugen, müssen neue Flächenausweisungen frühzeitig und intensiv mit der Landesplanung abgestimmt werden.
- Industrielle Kerne in Siedlungsbereichen müssen nach Ansicht der KölnSPD eine Mindestgröße behalten, damit den Unternehmen ausreichende Erweiterungsmöglichkeiten bleiben.
- Die KölnSPD wird dafür eintreten, dass städtische Gewerbegrundstücke künftig an Gewerbebetriebe und nicht an den Einzelhandel verkauft werden, obwohl beim Einzelhandel höhere Verkaufspreise zu realisieren sind.

Starke Wirtschaft – neue Arbeit: Das erfordert die Ausschöpfung des ganzen Potenzials an Arbeitskräften

Arbeitslosigkeit, Qualifizierungsdefizite, Perspektivlosigkeit sind nicht nur schwerwiegende Probleme für die Betroffenen. Sie mindern auch die Zukunftschancen für den Wirtschaftsstandort Köln insgesamt. Rund

60.000 Menschen ohne Arbeit – das sind tagtäglich fast eine halbe Million nicht genutzter Arbeitsstunden, verlorener Ideen, Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum, das uns Freiraum für viele städtische Leistungen geben könnte.

Deshalb werden wir die Bedingungen für mehr Beschäftigung verbessern, wo immer sich dafür Ansatzpunkte bieten:

- bei der stärkeren Einbeziehung von Berufspraktikern in das Angebot der Schulen und bei der frühzeitigen Berufsorientierung ab der achten Klasse.
- bei Qualifizierung, Weiterbildung und lebensbegleitendem Lernen, wo durch die schwarz-grüne Ratsmehrheit zunehmend gespart wird. Wir werden dafür sorgen, dass die, die sich weiterbilden wollen, auch die Möglichkeit dazu haben. Dafür muss die Weiterbildungsinfrastruktur für die Menschen bezahlbar bleiben. Wir werden die Anstrengungen verstärken, angebotene und nachgefragte Qualifikationen stärker in Übereinstimmung zu bringen. Dazu gehören Informations- und Imagekampagnen für Berufe mit Zukunft, die nicht zu den typischen Trendberufsbildern gehören.
- bei der Förderung der Selbstständigkeit; es darf nicht sein, dass engagierte Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer mit Erfolg versprechenden Konzepten durch bürokratische Hürden beim Schritt in die Selbstständigkeit behindert werden. Stadt, Land, IHK, Banken stehen in der Verantwortung, Firmengründer auch auf die Gefahren einer Selbstüberschätzung und langfristigen Verschuldung hinzuweisen; sie müssen erkennbar unterstützend tätig werden. Der Eindruck, Unternehmensgründer seien „Peanuts“, die nur Risiko, aber keinen Gewinn bringen, vernichtet Wachstumspotenzial und unternehmerische Kreativität. Gerade im Hinblick auf die Vielzahl neuer Firmengründungen und Ich-AGs ist eine hinreichende wirtschaftliche Förderung von existentieller Bedeutung.
- bei der Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das „Lokale Bündnis für Familie (Initiative von Bundesministerin Renate Schmidt) auf örtlicher Ebene zu nutzen, damit die Wirtschaft in den Betrieben Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf umsetzt. Für städtische Bedienstete geschieht dies durch eine flexiblere Zeitpolitik. .
- bei der stadtteilbezogenen Struktur- und Sozialpolitik; sie muss darauf ausgelegt werden, nicht nur eine Gettoisierung zu verhindern, sondern städtisches Leben in den Veedeln zu bewahren oder wieder aufzubauen.
- bei der Stärkung des Verantwortungsbewusstseins vor allem junger Menschen, damit sie sich der Bedeutung einer guten Ausbildung für die eigene Zukunft bewusst werden, aber auch der Unternehmen in der Stadt, die ihre Verantwortung für die Ausbildung nachkommen müssen. Dazu werden wir Ausbildungsverbände zwischen kleinen und

mittleren Unternehmen und der Stadt auf den Weg bringen, aber auch dafür eintreten, dass sich nichtausbildende Betriebe über eine Umlage an den Lasten der Zukunftssicherung beteiligen, wenn die Wirtschaft insgesamt keine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellt..

Starke Wirtschaft – neue Arbeit: Das erfordert eine engere Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft

Köln ist ein anerkannter Platz für Wissenschaft und Forschung. Die Universität, die Hochschule für Medien und die Fachhochschulen genießen einen hervorragenden Ruf weit über die Grenzen der Stadt hinaus. Das Know How der Kölner Forschung und Wissenschaft fließt aber noch viel zu wenig in die Wirtschaft vor Ort ein. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen können sich oft das Risiko bei der Umsetzung von vielversprechenden Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte nicht leisten.

➤ Das werden wir ändern. Wir werden den Technologietransfer beschleunigen. Dazu werden wir mit Hilfe der Stadtparkasse einen Venture-Capital-Fonds auflegen, der allen Kölner Bürgerinnen und Bürgern zur Zeichnung offensteht und das nötige Risikokapital für KMUs bei Technologietransferprozessen bereit stellt. Firmen, die die Finanzierung ihrer Vorhaben mit Krediten aus diesem Fonds bestreiten wollen, müssen der KMU-Definition der EU genügen, eine Entwicklung aus Kölner Forschungseinrichtungen in ein marktfähiges Produkt umsetzen wollen und ihren Sitz in Köln haben bzw. sich verpflichten, die Produktion des beabsichtigten Produktes in Köln aufzubauen. Wir werden aktiv und langfristig Unternehmen unterstützen, die Entwicklungen aus Kölner Forschungseinrichtungen in Investitionen und Arbeitsplätze in Köln umsetzen.

➤ Die KölnSPD wird sich dafür einsetzen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum für Studierende gebaut wird, damit der Hochschulstandort Köln attraktiv bleibt.

Starke Wirtschaft – neue Arbeit: Das erfordert die Stärkung unserer Stärken

CDU und Grüne haben Kölns Stärken in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt. Medienunternehmen fehlt der direkte Ansprechpartner, Kulturschaffende belächeln bundesweit die chaotisch-ignoranten Personal- und Sachentscheidungen in Köln, mittelständische Unternehmen und speziell das Handwerk leiden unter dem massiven Auftragsrückgang aufgrund der städtischen Sparpolitik ohne Augenmaß,

Industrie und Handel beklagen eine Rathauspolitik ohne jede Prioritätensetzung.

■ **Unsere Stärke: Medien und Informationstechnologie**

Ausgehend von WDR, Deutschlandfunk und Deutscher Welle und mit großer Unterstützung der Landesregierung ist die Medienwirtschaft vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten nicht nur zu einem tragenden, sondern auch zu einem Image bestimmenden Wirtschaftszweig Kölns geworden. Aber nicht nur die Sender RTL, Viva, Vox, Radio Köln und die Produktionsgesellschaften gehören dazu, sondern auch die vielen Unternehmen der IT-Branche.

Damit sind Chancen und Risiken verbunden. Der rasante Aufstieg und der tiefe Einbruch am Neuen Markt haben das deutlich gemacht. Auf lange Sicht überwiegen eindeutig die Chancen. Schon heute ist die Präsenz Kölns in bundesweit und international verbreiteten Fernseh- und Filmproduktionen eine unbezahlbare Werbung für unsere Stadt. Der städtische Einfluss auf Medieninhalte ist gering. Wir werden uns aber auf der Landesebene und mit unserem Einfluss auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für eine Qualitätsoffensive stark machen, mit der wir Köln nicht nur als Medienstandort, sondern als qualitativ hochwertigen Medienstandort profilieren.

➤ Medienwirtschaft und IT-Branche müssen unsere Markenzeichen bleiben. Deshalb kommt es jetzt darauf an, bei der Entstehung neuer Strukturen vor allem in der IT-Branche die Nase vorn zu behalten. Darum werden wir uns zusammen mit der Kölner Wirtschaft und dem Finanzsektor kümmern. Dabei ist unabdingbar dass die Förderung des Medienstandortes Köln wieder Chefsache wird. Die unter Führung der KölnSPD eingerichtete und erfolgreiche Medienstabsstelle beim Oberbürgermeister muss deshalb ihren alten Stellenwert zurückerhalten.

■ **Unsere Stärke: Automobilbau und Motorenentwicklung**

Was mit den Medien im Dienstleistungssektor gelungen ist, nämlich der Kompetenz Kölns ein Gesicht zu geben, ist im Bereich des produzierenden Gewerbes noch zu wenig ausgeprägt. Dass Köln durch die Ford AG ein Automobilstandort ist, ist bekannt. Ein ganz besonderes Profil hat Köln aber in einem Spezialbereich des Autobaus, der selbst vielen Kölnerinnen und Kölnern noch wenig bewusst ist: Köln ist mit den Entwicklungsabteilungen von Ford, Toyota und Deutz ein führendes Zentrum der Motorenentwicklung. Hier verfügen wir über produktionsorientierte Forschung von weltweitem Spitzenniveau.

➤ Qualitäten und Qualifikationen dieser Art werden wir deutlicher herausstellen und deren Basis verbreitern.

■ **Unsere Stärke: Köln als Zentrum der „Lebenswissenschaften“**

Mit international renommierten Forschungseinrichtungen wie dem Institut für Genetik, dem Zentrum für Molekulare Medizin Köln und dem Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung rangiert Köln im Spitzenfeld der internationalen Forschung und verfügt über ein breites Spektrum an hoch qualifiziertem Wissenschaftspersonal. Gleichfalls stark vertreten sind in Köln traditionell die umsatzstarken Branchen Chemie und Pharmazie sowie die Biotechnologie. Bereits Anfang der 90er Jahre fanden sich Stadt, IHK, Wissenschaftler und Unternehmer im Bio-Gen-Tec e.V. zusammen, um Chancen und Risiken der jungen Bio- und Gentechnologiebranche öffentlich zu diskutieren, zudem entstanden in Köln gleich mehrere Zentren für Gründerfirmen dieser Branche.

- Die KölnSPD tritt dafür ein, dass die Stadt Köln zusammen mit dem Land, den Nachbarkreisen und -gemeinden sowie mit der IHK und anderen Partnern nachhaltig die forcierte Entwicklung dieser Zukunftsbranche unterstützt. Netzwerke wie „Bioriver“, Initiativen und Projekte sind organisatorisch und finanziell zu fördern.
- Als „Bioriver-City“ ist Köln aus Sicht der KölnSPD aufgefordert, jungen Unternehmen, Forschungseinrichtungen, ansiedlungswilligen Firmen sowie in Köln ansässigen Unternehmen, die sich im Zuge des Strukturwandels dieser Branche zuwenden wollen, breite Unterstützung zu geben. Die KölnSPD wird das Projekt „Bioriver Center Cologne“ initiieren, mit dem zusätzliche Kapazitäten innerhalb der Stadtverwaltung auf dieses Ziel hin gebündelt werden.

■ **Unsere Stärke: Messen und Konferenzen**

Köln hat als Messestadt eine lange Tradition. Ihr guter Ruf, Geschichte und Tradition, die Gastfreundlichkeit, das kulturelle und kulinarische Angebot haben die Stadt zu einem begehrten Kongress- und Konferenzstandort gemacht. Allein die KölnMesse lockte mit ihren Veranstaltungen 2003 mehr als 1,4 Millionen Besucher aus 178 Staaten nach Köln. Das bringt unmittelbar Umsatz für Gastronomie, Kultur- und Freizeitwirtschaft, mittelbar aber auch einen Werbeeffect, wenn unsere Gäste daheim über unsere Stadt berichten.

Mit der Erweiterung der Europäischen Union steigt das Potenzial vor allem der deutschen Messestandorte. Die Perspektiven sind also grundsätzlich gut. Es werden jedoch erhebliche Anstrengungen notwendig sein, um Kölns Position in der Messelandschaft zu sichern und auszubauen. Die schwierige Wirtschaftslage und Krisen in wichtigen Branchen führen zu insgesamt abnehmenden Aussteller-, Besucher- und Flächenzahlen im deutschen Messemarkt und zu einem immer schärferen Wettbewerb zu anderen Kommunikationsinstrumenten und Messestandorten.

Dieser Herausforderung begegnet die KölnMesse mit Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe bis zum Jahre 2006, um die Attraktivität für

Aussteller und Besucher zu erhöhen. Ein Masterplan sieht den Bau neuer, moderner Messehallen im Norden des Messegeländes vor. Die neuen Gebäude werden die Flächen der historischen Rheinhallen ersetzen, in die RTL 2008 umziehen wird. Die neuen Messehallen werden mit der zentralen inneren Erschließungsachse, dem Messeboulevard, die Funktionalität und Attraktivität der KölnMesse erheblich verbessern.

- Die KölnSPD sieht die KölnMesse jetzt in der Pflicht, sich im schärferen Wettbewerb auf dem Messesektor neue Potenziale zu erschließen. Hier ist insbesondere zu prüfen, inwieweit privatwirtschaftliches Know How bei der Messe-Betriebsführung genutzt werden kann. Auch die Kooperation mit anderen Messestandorten – vor allem in Nordrhein-Westfalen – muss gestärkt werden.
- Köln hat den einzigartigen Standortvorteil, dass sein Messegelände im Kern der Millionenstadt liegt. Die KölnSPD hält es für unabdingbar, dass die KölnMesse auch weiterhin in ihrem gesamten Erscheinungsbild ein erkennbarer, präsender Teil dieser Stadt ist.
- Die Messeerweiterung, der Ausbau des ICE-Terminal Deutz/Messe mit den Planungen für ein Kongresszentrum mit Hotel und Bürohochhäusern – dies sind die Bausteine für ein neues rechtsrheinisches Stadtzentrum. Die KölnSPD sieht darin für die kommenden Jahre einen Investitionsschwerpunkt in der Stadt.

■ **Unsere Stärke: Lage im Verkehrsdrehkreuz Europas**

Köln liegt im Schnittpunkt der wichtigsten Autobahnverbindungen. Wo andere Städte klagen, können wir zufrieden feststellen: Auf kaum einem großräumigen Hinweisschild an den Autobahnen fehlt die Angabe der Entfernung nach Köln. Köln ist auch Knotenpunkt der Bahn. Köln liegt an der meistbefahrenen Wasserstraße Europas. Und der Flughafen boomt.

Eine pulsierende Metropole braucht leistungsfähige Verkehrsadern, aber auch ein waches Auge darauf, wo vermeidbare Belastungen der Anwohner entstanden sind oder zu entstehen drohen. Die Vergangenheit hat in Köln ebenso wie anderswo gezeigt, wie wichtig Fingerspitzengefühl gerade für den Interessenausgleich zwischen einer wirtschaftlich unabdingbar notwendigen, leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur einerseits und Lebensqualität mindernden Auswirkungen für die Anwohner andererseits ist.

- Die KölnSPD unterstützt den Ausbau des Autobahnringes und sieht im Bau des ICE-Terminals Deutz eine unverzichtbare Voraussetzung für die überörtliche Anbindung Kölns an den modernen Schienenverkehr.
- Die KölnSPD fordert die Weiterentwicklung einer leistungsfähigen Hafenkapazität in Köln mit dem bedarfs- und umweltgerechten Ausbau des Godorfer Hafens. Ein leistungsfähiger Containerhafen in Godorf, der intensiv mit dem Güterverkehrszentrum Eifeltor

kooperiert, eröffnet die Chance zu einer Neustrukturierung des Schwerlastverkehrs in der Stadt, die künftig den Kölnerinnen und Kölnern den Verkehr von bis zu 100.000 Lkw-Einheiten im Stadtgebiet erspart.

- Eine Stadt lebt nicht zuletzt von einem reibungslos funktionierenden Wirtschaftsverkehr. Dem dient innerstädtisch die Einrichtung von Kreisverkehren, Optimierung von Ampelphasen, Koordinierung von Baustellen und die Bereitstellung von Parkraum zum Be- und Entladen. Generell ist der Ausbau einer leistungsfähigen Transportkette über Wasser und Schiene dringend geboten. Die Kölner Güterverkehrssysteme müssen in regionale und überregionale Netze eingebunden werden. Bestehende Gleisanschlüsse und –anlagen für den Güterverkehr sind zu erhalten oder zu reaktivieren. Bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete sollten Gleisanschlüsse mit hoher Priorität geplant und realisiert werden. Neben dem Güterverkehrszentrum Eifeltor im Linksrheinischen muss ein weiteres Güterverkehrszentrum im Rechtsrheinischen errichtet werden. Die Entwicklung eines Konzepts zur Nahversorgungslogistik ist dringend geboten.
- Die KölnSPD wird Sorge dafür tragen, dass die Investitionen in den Erhalt und die Pflege des städtischen Straßennetzes wieder höhere Priorität erhalten. Diese Investitionen sichern zahlreiche Arbeitsplätze in Kölner Unternehmungen und dienen dem Erhalt des städtischen Vermögens. Dabei wird die KölnSPD insbesondere darauf achten, dass nicht nur im Citybereich saniert wird, sondern ebenso in den Kölner Stadtteilen.
- „Verkehr“ ist zweifellos ein gesamtstädtisches Reizthema. Verkehrliche Infrastruktur und deren ständige Erweiterung und Anpassung an die Bedürfnisse sind für eine starke Wirtschaft und neue Arbeit in der Stadt unverzichtbar. Aber ebenso unverzichtbar ist für uns, das Notwendige transparent zu erläutern, die Sorgen der Menschen in den betroffenen Gebieten ernst zu nehmen und in der Planung frühzeitig alles für die Vermeidung unnötiger Lasten zu tun.

■ **Unsere Stärke: Arbeitsplatzmotor Flughafen**

Moderne Arbeitsplätze bedingen schnelle Verkehrsanbindungen, auch mit dem Flugzeug. Für die Menschen in der Region ist darüber hinaus auch ein gutes Angebot von preiswerten und komfortablen Reisemöglichkeiten wichtig. Für die Versorgung der Region ist der Frachtflug wichtig. Die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass rund 12.000 Menschen bei den Betrieben und Dienststellen des Flughafens unmittelbar beschäftigt sind. Gesichert kann davon ausgegangen werden, dass vom Flughafen in der Region Köln/Bonn weitere 24.000 Arbeitsplätze mittelbar abhängig sind.

- Ein leistungsfähiger Flughafen gehört zwingend zur Infrastruktur einer Großstadt. Die KölnSPD steht zur Stärkung des Flughafens auf der Basis der bis 2015 terminierten erteilten Genehmigungen und der gefassten Kölner Ratsbeschlüsse.

Ebenso erst zu nehmen wie die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens sind die Belastungen für die Menschen durch den Flugbetrieb. Dies gilt insbesondere für den Nachtflug. Langfristig wird die Weiterentwicklung des Flughafens nur dann als positiv angesehen, wenn gleichzeitig alles unternommen wird, vermeidbare Belastungen für die Bevölkerung zu unterbinden; dies gilt insbesondere für die mögliche Zunahme von Passagierflügen in der Nacht,.

- Die SPD tritt eine für die strikte Einhaltung der betroffenen Nachtflugregelungen, für die weitere finanzielle Förderung von passiven Lärmschutzmaßnahmen bei den Betroffenen und die strenge Überwachung der zugewiesenen Start- und Landekorridore. Es müssen ausreichend Messstationen eingerichtet werden, die zeitnah Überschreitungen der Grenzwerte registrieren, damit diese sanktioniert werden können.
- Besondere Bedeutung hat die Gestaltung der Start- und Landegeühren. Ziel muss es sein, durch diese Gebühren den Einsatz sehr lauter Fluggeräte in der Nacht unwirtschaftlich zu gestalten und dadurch ihren Einsatz zu unterbinden.
- Besonders belastend sind die militärischen Flugbewegungen, auf die der Flughafen und die Stadt Köln keinen unmittelbaren Einfluss haben. In Gesprächen mit dem Verteidigungsministerium wird die KölnSPD darauf hin wirken, die Anzahl der Nachtflüge und den Einsatz von lärmintensiven Maschinen deutlich zu reduzieren.

■ **Unsere Stärke: Kulturwirtschaft**

Kölns Museen, seine Theater, Oper und Philharmonie, aber auch die ungemein lebendige und kreative Kleinkunstszene sind auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wichtige Standortfaktoren. Das gilt zum einen für die wachsende Zahl von Arbeitsplätzen, die direkt in der Kulturszene entstehen. Darüber hinaus machen viele Investoren in anderen Branchen die Wahl des Unternehmensstandortes auch vom Freizeit- Kultur- und Bildungsangebot für Mitarbeiter und Familienangehörige abhängig.

- Diesen unschätzbaren Standortvorteil Kölns werden wir in einem Kulturwirtschaftsbericht nach dem Vorbild der Landesregierung systematisch erfassen und in die Standortvermarktung einfließen lassen.

■ Unsere Stärke: touristische Attraktivität

Mer losse d´r Dom in Kölle – schon deshalb, weil kaum eine Stadt in Deutschland so eindeutig mit einem Wahrzeichen verbunden ist wie Köln mit dem Dom. Mit dem Dom bündelt sich alles, was die Stadt sympathisch macht, in einem einprägsamen Symbol. Deshalb war der Verzicht der Koelnmesse auf den Dom als Bestandteil ihres Logos ein Fehler. Der Dom steht für Geschichte, Kultur, Tradition, Lebensart.

Der Städtetourismus nimmt zu. Mit der sprunghaft gewachsenen Bedeutung des Flughafens für Billigfluglinien hat sich auch ein neues Segment für den Köln-Tourismus aufgetan: Kurzaufenthalte von Gästen aus ganz Europa. Im Gegensatz etwa zum Flughafen Frankfurt-Hahn, der ganz überwiegend als Abflughafen dient, sind 40 Prozent der Flüge vom und zum Köln/Bonner Flughafen „inbound“, das heißt fast die Hälfte der Passagiere besucht die Stadt.

Das schafft auch neue Anforderungen, neue Strukturen und Arbeitsplätze im Kölner Beherbergungsgewerbe. Niemand kann voraussagen, wie sich der Billigflugmarkt entwickeln wird. Jetzt aber auf die damit verbundenen Chancen zu verzichten, wäre töricht.

- Mit einer deutlich verstärkten systematischen und zielgerichteten Köln-Werbung in Regionen mit Wachstumspotenzial für unsere Tourismus-Branche werden wir eine Aufgabe wahrnehmen, die gegenwärtig zu kurz kommt.

■ Unsere Stärke: lebendige Veedel

- Köln wäre nicht Köln ohne seine lebendigen Veedel. Eine Stadtpolitik, die sich nur auf das Zentrum konzentriert, gefährdet dieses für unsere Stadt so wichtige Gleichgewicht. Die Stärke der Veedel liegt auch in ihrer Versorgungsfunktion für die Menschen im Stadtteil und darüber hinaus. Die Ausdünnung der Zweigstellennetze von Post, Banken und Sparkassen, vor allem aber Probleme für den Einzelhandel vor Ort sind zu einem Teil Folge veränderten Kundenverhaltens (z.B. Homebanking) oder veränderter Kundenerwartungen (z.B. Ladenöffnungszeiten). Insbesondere die Stadtteile des Nordens und des Rechtsrheinischen, die sich im Strukturwandel befinden, sind in einer schwierigen Lage. Der Kaufkraftverlust der Menschen und die oft sehr hohen Gewerbemieten fördern eine Verdrängung der Nahversorgung durch traditionelle kleine Unternehmen. Die KölnSPD setzt sich für den Erhalt funktionierender Strukturen ein und unterstützt entsprechende Initiativen (z.B. durch Genossenschaftsmodelle). Wir treten auch aus ökologischer und infrastruktureller Sicht für die wohnortnahe, fußläufige Erreichbarkeit des Einzelhandels und der Dienstleister in den Veedeln ein

Und nicht zuletzt:

Starke Wirtschaft – neue Arbeit: Das erfordert eine hohe Bereitschaft zur Mitverantwortung aller

Anders als andere Politikbereiche übt die kommunale Wirtschaftspolitik vor allem indirekten Einfluss aus. Sie setzt Rahmenbedingungen und flankiert die Entwicklung der Märkte, sie moderiert und hat mit für ein gutes Wirtschaftsklima zu sorgen. Gerade weil Wirtschaftspolitik noch weniger als andere Felder der Politik – besonders auf kommunaler Ebene – Ergebnisse bestimmen kann, hängt der wirtschaftliche Erfolg unserer Stadt entscheidend von der Bereitschaft aller Bürgerinnen und Bürger zur Mitverantwortung ab. Das gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für Arbeitssuchende ebenso wie für die, die in den Unternehmen Führungs- und Entscheidungsverantwortung haben. Zusammenhalt und Gemeinwohlinteresse nutzen im Ergebnis allen. Sie sind ein wichtiger Standortfaktor.

Stadtentwicklungspolitische Perspektiven

Stadtentwicklung ist ein permanenter Prozess. Sie betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens (Wohnen/Arbeiten/Bilden/Erholen), wenn Standortqualitäten erhalten oder verbessert werden sollen. Die Zukunft liegt in der qualitativen Veränderung aller Lebensbereiche und ihrer sich verändernden Beziehungen zueinander.

Die Basis der Stadt ist das Gebaute, ihr Infrastrukturnetz, die Natur und die Bewohnerinnen und Bewohner. Die Stadt, ihre Bauten, ihre Funktion, ihre Werte sind ein Abbild der Menschen, die in ihr wohnen. Deshalb muss das Gebaute Rücksicht nehmen auf die Bedürfnisse der Bewohner und ihre Vielfalt. Für die KölnSPD folgt daraus generell:

- Steuernde Eingriffe in die Stadtentwicklung müssen transparent sein und verständlich gemacht werden. Sie müssen die Menschen mitnehmen, und die Menschen müssen sich in der Veränderung wieder finden können. Stadtentwicklungsprojekte für dreistellige Millionenbeträge dürfen nicht hinter verschlossenen Türen vergeben werden.
- Stadtplanung muss öffentlich diskutiert, verbindlich und kalkulierbar sein. Für die Menschen, die in Köln leben, für die Kölner Wirtschaft, die die Stadt als verlässlichen Partner an ihrer Seite wissen muss, und für Investoren, die in der Stadt ihre Projekte realisieren wollen.
- Sozialdemokratische Stadterneuerungspolitik stabilisiert „Problemstadtteile“. Sie bringt neue Bewohnerinnen und Bewohner in die Viertel, stärkt die örtliche Geschäftswelt und bringt insgesamt der mittelständischen Kölner Wirtschaft ein erhebliches Auftragsvolumen.
- Sozialdemokratische Wohnungspolitik ist Politik für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie ist die einzige Chance, die katastrophale Entwicklung zu stoppen, die die CDU-geführte Stadtspitze mit dem praktischen Stopp des Mietwohnungsbaus zu Gunsten ihrer Einfamilienhaus-Klientel eingeleitet hat.

Stadtplanung: Verbindlich, verlässlich und kalkulierbar

Verbindlichkeit – dieser Begriff ist für uns ein Schlüsselwort, mit dem wir unser planerisches Handeln überschreiben wollen. Wir müssen in der Stadtentwicklungspolitik ein verlässlicher Partner - auch über längere Zeiträume hinweg - sein für die Bürgerinnen und Bürger, für die Betriebe und Firmen in dieser Stadt und für Interessenten aus dem In- und Ausland. Die Politik in Köln muss wieder planvoll – also berechenbar und verbindlich - entscheiden und handeln.

Voraussetzung dafür ist eine starke konzeptionelle Arbeit in der Stadtentwicklungsplanung. Stadtentwicklung braucht einen

gesamtstädtischen Handlungsrahmen in Form eines Masterplanes, der klare Prioritäten für die Entwicklung der Gesamtstadt und einzelner Stadträume setzt. Nach den im Masterplan formulierten Prioritäten richten sich räumliche und sektorale Fachkonzepte aus.

Anstelle immer wiederkehrender Einzeldiskussionen, die Zeit kostenmüssen wir uns auf räumliche und sektorale Fachkonzepte auch gesamtgesellschaftlich verständigen. Dies gilt beispielsweise für: Hochhauskonzept, Nahversorgungskonzept, Logistikkonzept, Konzept zur Entwicklung der Biotechnologie, Bürostandortkonzept, Stadtteilentwicklungskonzepte, Entwicklungskonzept für die südliche Innenstadtweiterung usw. Diese Fachkonzepte sind dann Grundlage für die politische Entscheidung über Einzelprojekte.

- Die Nachhaltigkeit jeder konzeptionellen Arbeit steht und fällt aber mit ihrer Verbindlichkeit. Die KölnSPD ist bereit, Verantwortung in der gesellschaftlichen Abwägung zu übernehmen und sich an Fachkonzepte zu binden.

Stadterneuerung: Kernaufgabe stadtpolitischen Handelns

Die sozialen Problemlagen vor Ort sind, von lokalen Besonderheiten abgesehen, durch die ökonomischen Rahmenbedingungen verursacht, und diese sind mit lokal begrenzten Programmen nicht zu beseitigen. Mit gezielter Stadterneuerungspolitik können wir jedoch die Probleme mindern und Hilfestellung geben. So konnte denn auch trotz des durchaus erheblichen Einsatzes finanzieller und personeller Mittel in den benachteiligten Stadtteilen bisher relativ wenig an der Armut des Einzelnen geändert werden, aber angesichts der Komplexität der Probleme ist es ein Erfolg, in den „Problemstadtteilen“ die Dynamik der Abwärtsspirale zu stoppen, diese Stadtteile sozial zu stabilisieren und die Problemlösungskompetenz der Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken.

- Für die KölnSPD ist die Stadterneuerungspolitik daher auch weiterhin eine Kernaufgabe stadtpolitischen Handelns. Es muss im Interesse Kölns verhindert werden, dass CDU und Grüne jetzt die Ergebnisse langfristiger sozialdemokratischer Politik als eigene „Erfolge“ feiern und gleichzeitig das Instrument „Stadterneuerung“ abschaffen.

Dies gilt um so mehr, als wir durchaus selbstbewusst auf Erfolge sozialdemokratischer Kommunalpolitik in benachteiligten Stadtteilen verweisen können: das gewachsene bürgerschaftliche Engagement, die gestärkte Stadtteilidentität, die Verbesserung der Wohnqualität und die Erneuerung der Bausubstanz, den positiven Wandel des Images der Stadtteile und den Abbau der Konflikte zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern.

Konkretes Beispiel dafür ist die von der SPD angestoßene Sanierung des Eigelsteinviertels: Dort gab es unter anderem in der Bausubstanz erhebliche Mängel - das Gebiet drohte insgesamt herunter zu kommen.

Zwischenzeitlich sind, angestoßen durch die Sanierung im Wohnungsbau, allein über 70 Millionen Euro an Investitionen geflossen. Mit dem Geld wurden in einer ausgewogenen Mischung über 330 Wohnungen modernisiert und über 200 Wohnungen neu gebaut. Mit der Sanierung ist es gelungen, die nach dem Krieg brachliegenden Grundstücke entlang der Turiner Straße zu bebauen und damit eine offene Wunde im Stadtbild zu schließen.

- Die KölnSPD sieht den Erfolg der Sanierung im Eigelsteinviertel als beispielhaft für ihre erfolgreiche Stadterneuerungspolitik. Weitere Beispiele für erfolgreiche Stadterneuerungspolitik sind die Sanierung in Kalk und die Sanierung in Vingst-Höhenberg.

Kalk ist einer der Stadtteile, die als Gebiete mit besonderem Erneuerungsbedarf Mittelpunkt der Landesförderung waren und sind. Das Handlungsprogramm hat im wesentlichen drei Schwerpunkte. So soll die Wirtschafts- und Beschäftigungsbasis wieder aufgebaut, die Wohnfunktion stabilisiert und verstärkt und die sozial-kulturellen Netze verdichtet werden. Zu den konkreten Maßnahmen gehören unter anderem der Handwerkerhof Kalk und der Bürgerpark Kalk.

Der Schwerpunkt der Sanierung in Vingst-Höhenberg war die sozialverträgliche Modernisierung der so genannten Falksiedlung mit insgesamt 630 Wohnungen. Hier wurden auf der Basis eines Modernisierungsvertrages die Wohnungen zu möglichst geringen Kosten modernisiert. Weitere Wohnungen, insbesondere in den Laubenganghäusern, wurden mit Hilfe von Um- und Ausbaumitteln des Landes ebenfalls modernisiert. Dies geschah unter intensiver Beteiligung eines örtlichen Mieterrates durch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft.

- Sozialdemokratische Stadtentwicklungs- und Erneuerungspolitik zielt auf die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Stadtteilen und Wohnvierteln ab. Soll das gesamtstädtische Gleichgewicht nicht aus den Fugen geraten, muss diese Politik fortgesetzt werden. Andernfalls drohen Segregation der Wohnorte in der Stadt und Suburbanisierung Überhand zu gewinnen und die Grundlagen der Stadtgesellschaft zu untergraben.

Der Handlungsbedarf in den benachteiligten Stadtteilen geht weit über bloße städtebauliche Neuordnungen hinaus. Als Handlungsfelder von integrierten Konzepten sind beispielhaft zu nennen: Wohnumfeldmaßnahmen und Verbesserung des Wohnungsangebotes; Ausbau der sozialen Infrastruktur; Förderung der Stadtteilökonomie, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen; Zusammenleben der verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen; Organisation der Menschen vor Ort.

Erste Erfolge bei der Etablierung gewerblicher Folgenutzungen auf den großen industriellen Brachflächen im Rechtsrheinischen stellen beispielsweise das Branchencluster "Medienproduktion" an der

Schanzenstraße in Mülheim und das Rechtsrheinische Technologiezentrum (auf dem ehemaligen Hagen-Gelände in Humboldt-Gremberg) sowie der Technikhof (auf dem ehemaligen KHD-Gelände in Kalk) dar.

- Im nächsten Schritt müssen nun unter anderem die Umnutzung des ehemaligen Güterbahnhofs sowie ungenutzter Flächen der Firma F&G in Mülheim und die Entwicklung der ehemaligen KHD-Flächen entlang der Deutz-Mülheimer-Straße folgen.

Der Aufbau eines Stadtteilmanagements und der Ausbau sozialstruktureller Netzwerke - Beispiele wären die Mülheimer Bürgerdienste und die Stadtteilgenossenschaft Mülheim für solidarisches Wirtschaften, Wohnen, Arbeiten und Leben (WiWAt e.G.) – dürfen nicht vernachlässigt werden. Die kreativen Ideen und das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner sind unerlässlich, um die benachteiligten Stadtteile sozial zu stabilisieren.

- Im konkreten Fall bedeutet dies die ernsthafte Auseinandersetzung mit der "Mülheimer Erklärung", in der Vorschläge unterbreitet werden für die Kombination von Wohnen und Arbeiten mit Elementen der Selbstversorgung, und diesen Ideen Raum zu geben.

In den Nachkriegssiedlungen des Mietwohnungsbaus besteht dringender Handlungsbedarf zur Behebung der Instandsetzungs- und Modernisierungsmängel und der Infrastrukturdefizite. Zudem sind Wohnumfeldmaßnahmen im privaten und im öffentlichen Raum erforderlich. Über die baulichen Maßnahmen hinaus ist es wichtig, den Bewohnerinnen und Bewohner dieser Siedlungen Hilfsangebote bei der Bewältigung der individuellen Belastungen zu machen. Zwischen den Zielen einer ausgewogeneren Sozialstruktur und der Wohnsicherheit der vorhandenen Wohnbevölkerung kann jedoch ein Widerspruch entstehen, der konzeptionell bearbeitet werden muss. Eine wichtige Rolle bei der praktischen Problembewältigung in Quartieren, die stark von Veränderungen betroffen sind, spielen Mieterräte.

- Die Mieterräte sind wirkungsvolle Interessenvertreter der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in einzelnen Quartieren und lokale Ansprechpartner von Maßnahmenträgern. Die Gründung von Mieterräten ist deshalb zu unterstützen.

Dringenden Handlungsbedarf für Sanierung und Erneuerung sieht die KölnSPD in folgenden Siedlungsbereichen:

- In Bocklemünd-Mengenich ist die Wohnungsmodernisierung fortzuführen und durch soziale Projekte und Initiativen zu erweitern. Zur besseren Anbindung des Viertels und zur Stabilisierung des Ladenzentrums ist die Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 bis in das Görlinger-Zentrum unerlässlich. Das Bundesprogramm „soziale Stadt“ bietet Fördermöglichkeiten und muss in Köln weiter abgefragt werden.

- Die langjährigen erfolgreichen Bemühungen in Chorweiler-Mitte sind nunmehr aufgrund der gravierenden Problemlage nach Chorweiler-Nord zu verlagern.
- Porz-Finkenberg ist seit 2000 ein förmlich festgelegtes Sanierungsgebiet; das integrierte Handlungskonzept aus dem Jahr 2001 muss jährlich fortgeschrieben werden.
- Generell ist zu überprüfen, wo insbesondere für Kinder und Jugendliche Infrastrukturangebote fehlen oder nicht ausreichen. Diese Mängel gilt es zu beheben.
- Die Lösung von Problemen in diesen Stadtteilen sollte durch die Bündelung von Kompetenzen innerhalb der Stadtverwaltung erreicht werden. Die Organisation der städtischen Verwaltung im Bereich der Stadterneuerung und Sanierung muss Gewähr für bürgernahe, auf die Probleme zugeschnitten und flexible Arbeitsmethoden bieten. Es muss in der Verwaltung ein Ansprechpartner vorhanden sein.

Nachhaltigkeit im Umgang mit der knappen Ressource „Fläche“

Die Fläche der Stadt ist begrenzt. An diese Fläche werden vielfältige Anforderungen gestellt: Ausreichende Gewerbe- und Industrieflächen stellen die wirtschaftliche Basis der Stadt dar. Konstante Bevölkerungszahlen und steigender Wohnflächenbedarf erfordern neue Flächen für den Wohnungsbau. Einrichtungen der sozialen, technischen und der Verkehrsinfrastruktur müssen sich wandelnden Anforderungen angepasst werden, daraus erwachsen zusätzliche Flächenansprüche.

- Standortqualität bedeutet aber auch, dass Natur innerhalb der Stadt erlebbar bleibt und gleichzeitig als wohnungsnaher Erholungsflächen für alle Kölnerinnen und Kölner dient. Grün und Freiflächen sind aber zugleich Lebensraum für Tiere und Pflanzen und damit unerlässliche Voraussetzung für Lebensqualität in der Stadt.

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Rhein und seinen Uferflächen zu. Der Rhein hat schon heute eine hohe Erlebnisqualität als Erholungs- und Lebensraum, die zu fördern und auszubauen ist.

- Dabei sollten der Wunsch nach aktiver Freizeitgestaltung am und auf dem Rhein, Rheinevents, aber auch das Bedürfnis nach stiller Erholung und die Belange des Naturschutzes Berücksichtigung finden.
- Das Ufer auf beiden Seiten des Stroms sollte durchgängig frei zugänglich bleiben beziehungsweise gemacht werden. Die „Kölsche Riviera“ dient vielen Kölnerinnen und Kölnern schon heute als Erholungsraum. Freiflächen am Rhein sind ein Gewinn an Lebensqualität vor allem für die Kölnerinnen und Kölner, die über keinen eigenen Garten verfügen.

Nachhaltiger Umgang mit der knappen Ressource Fläche bedeutet, dass für uns die Innenentwicklung erste Priorität hat. In diesem Sinne sind generell alle Möglichkeiten einer maßvollen Nachverdichtung bei Wohnen und Gewerbe zu nutzen. Dazu gehört die Wiedernutzung brach gefallener und minder genutzter Flächen. Ehemals militärisch genutzte Flächen sowie Brachflächen ehemaliger Staatsbetriebe sind systematisch auf Möglichkeiten einer künftigen Nutzung zu untersuchen, ebenso die Flächen im Besitz der städtischen Beteiligungsgesellschaften.

- Eine künftige Nutzung muss nicht unbedingt immer eine bauliche Nutzung sein. Innerstädtische Brachen eröffnen Möglichkeiten Grün und Freiflächen in Stadtviertel zu bringen, die bisher stark unterversorgt sind. Diese Möglichkeiten sind verstärkt zu nutzen.
- Mittel, die als Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft an die Stadt Köln gezahlt worden sind, sollten nicht nur am Siedlungsrand, sondern auch in den Stadtvierteln zur qualitativen Aufwertung von Grünflächen genutzt werden.
- Bei der Ausweisung neuer Bauflächen muss es zu regionalen Strategien, das heißt zu einer Arbeitsteilung in der Region kommen. Basis dazu kann unter anderem das Instrument der Interkommunalen Raumanalyse sein. Mit Hilfe der Bundes- und Landesregierung sind Rahmenbedingungen für einen finanziellen „Lasten-Ausgleich“ zwischen Umland und Oberzentrum zu schaffen.
- Bei laufenden Auskiesungen sollte, im Einvernehmen mit dem Unternehmer, auf Fristsetzungen hingewirkt werden, damit es Planungssicherheit im Hinblick auf die Folgenutzungen und die dafür notwendigen Planungen gibt. Die Ausweisung neuer Kiesabbaukonzentrationszonen auf Kölner Stadtgebiet wird abgelehnt.

Stadtraum „City“: Nutzungsmix erhalten und ausbauen

Der Stadtraum „City“ muss höchst unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden. Die Innenstadt als Einkaufs- und Freizeitzentrum muss auch in Zukunft attraktiv bleiben, um den Angeboten auf der „grünen Wiese“ etwas entgegenzusetzen. Die Kölner Innenstadt muss aber auch künftig ihrem Ruf als attraktivem Wohnort genügen. Der Veedelscharakter muss erhalten bleiben. Dazu gehört, dass Wohnraum auch hier bezahlbar bleibt. Und drittens: Die Attraktivität als Dienstleistungszentrum muss erhalten und ausgebaut werden. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen ist wichtig für eine intakte Innenstadt. Ausgehend von dem Grundkonzept, das der Stärkung der Innenentwicklung Vorrang einräumt, fordert die KölnSPD:

- Die bestmögliche Weiterentwicklung des Einkaufs- und Freizeitzentrums bedarf der Anstrengungen aller Beteiligten. Die SPD wird daher die Akteure, die sich diese Thematik zur Aufgabe machen,

in einem einvernehmlichen Prozess zusammenführen, um gemeinsam und ressourcensparend bestmögliche Ergebnisse zu erzielen.

- Handwerk und Dienstleistungsgewerbe sind auch im Zentrum wie in den Stadtteilzentren in seiner Existenz zu bewahren und zu festigen.
- Vielschichtigkeit in gesellschaftlicher und sozialer Zusammensetzung macht den typischen Charakter eines Kölner Veedels aus. Das Engagement für den sozialen Wohnungsbau auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist hier ebenso wichtig wie die Unterstützung von Wohngenossenschaften, um allen Einkommenschichten das Wohnen in der Innenstadt zu ermöglichen. Die konsequente Umnutzung von innerstädtischen Konversionsflächen hin zu Wohnen und Gewerbe sowie die Schließung von Baulücken ist zu fördern, um mehr Wohnraum in der Innenstadt zu schaffen.
- Das Wohnumfeld muss kontinuierlich verbessert werden. Plätze und Freiflächen sind so zu gestalten, dass sie von den Bewohnern angenommen werden, so dass sinnvolle Freizeitgestaltung und Naherholung auch im Viertel möglich ist. Initiativen von Anwohnern sind zu unterstützen. Auch die Schließung des linksrheinischen Inneren Grüngürtels und der Ausbau von wohnungsnahen Grün- und Freiflächen ist anzustreben.
- Die Wohngebiete in der Innenstadt sind vor Durchgangsverkehr zu schützen und das Wohnumfeld für alle Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern. In Wohngebieten ist die Einrichtung von Anwohnerparken zur Beruhigung des Verkehrs zu unterstützen.

Stadtraum „Erster Vorortgürtel“: Umbruch steuernd begleiten

Im Bereich zwischen der Kernstadt und den Siedlungen am Stadtrand liegt in Köln der so genannte erste Vorortgürtel mit Stadtteilen, von denen einige sich inmitten eines intensiven Strukturwandels befinden. Vor allem in Gebieten rechts- wie linksrheinisch, wo es starke industrielle beziehungsweise gewerbliche Kerne gab, wandert die Industrie ab und wird ersetzt durch Wohnnutzung und Dienstleistungsgewerbe. In einigen dieser Gebiete, in Braunsfeld/Ehrenfeld, in Mülheim an der Schanzenstraße und in Bayenthal, verlief der Strukturwandel bisher wenig durch die Stadt gesteuert ab.

Zweifellos muss es in einer Großstadt Räume geben, die nicht in ihrer Nutzung eng vorbestimmt sind, sondern Raum zum Ausprobieren, für Experimente, für alternative Kultur und Wirtschaft bieten.

- Um grobe Fehlentwicklungen zu vermeiden, wollen wir auch für diese Gebiete in der Stadt Masterpläne entwickeln, die einen Rahmen für künftige Entwicklungen festlegen, aber genügend Freiraum für Einzelentwicklungen lassen.

Stadtraum „Siedlungen am Stadtrand“: Infrastruktur verbessern

Zu den vielen Gesichtern Kölns gehören auch die grünen Vororte und die „Neuen Städte“ der 60er und 70er Jahre am Stadtrand. In den ehemaligen Bauerndörfern, Arbeitersiedlungen, Reihenhäusern und Villenvierteln, aber auch in den Hochhäusern in Chorweiler, Meschenich, Finkenbergr und Mengenich sind viele Kölner und Kölnerinnen zu Hause.

Viele dieser Entwicklungen haben neue Stadtteile geschaffen oder die gewachsenen Strukturen verändert. Diese Veränderungen sind nicht immer gleichgewichtig zum Nutzen aller erfolgt. So haben Monostrukturen wie reines Wohnen ohne Einkaufsmöglichkeiten oder nur einfache Wohnbebauung ohne Kinderspielplätze oder ohne den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auch neue Problembereiche geschaffen und für Unzufriedenheit in den Stadtvierteln gesorgt.

- Stadtentwicklung darf sich nach Auffassung der KölnSPD nicht nur auf die Innenstadt oder allein auf Vorzeigeprojekte konzentrieren. Die eigenständige Stadtteilentwicklung ist genauso zu beachten und zu fördern (Stadtteilentwicklungskonzepte). So ist für den Bestand und den Ausbau eigenständiger Ortsteilzentren das Angebot von Dienstleistungen vor Ort wie zum Beispiel Ärzte, Altenpflege, Veedelskontore, Post oder Sparkasse genauso wichtig wie in der Innenstadt.
- Nachbarschaften leben von öffentlichen Begegnungen auf Märkten, in Schulen, Vereinsplätzen und Bildungsangeboten auch für Erwachsene. Für ein „schönes Wohnen“ oder Urbanität ist die geplante Entwicklung des Stadtteils die Voraussetzung. Deshalb sind hohe Anforderungen an die Planung und an die Stadtgestaltung zu stellen um sowohl Lebensqualität als auch Stadtqualität zu sichern. Besonders gilt dies, wo neue Siedlungen auf alte Dorfkerne treffen.
- Die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Stadtteil und die spezifischen Eigenart des Veedels sollten weiter gestärkt werden. Instrumente können Entwicklungskonzepte oder ein Leitbild für den Stadtteil sein. Dafür gilt es, bestehende Strukturen wie etwa Bürgervereine zu nutzen, und „Neubürger“ im Stadtteil einzubinden. So kann eine gemeinsame neue Identität des Stadtteils entstehen und das Image eines Stadtteils insgesamt verbessert werden.
- Menschen, die mit ihren Familien an den Stadtrand gezogen sind, brauchen eine gute Verkehrsanbindung. Darum müssen P+R Plätze gerade auch im Vorfeld von Siedlungen geschaffen und dem Bedarf angepasst werden.

Energiebewusstes Planen und Bauen

Nachhaltigkeit und Verantwortung für die Zukunft sind die Maßstäbe, an denen sozialdemokratische Energiepolitik gemessen werden. Eine sichere und umweltschonende Energieversorgung hat ihren Preis. Ein sparsamer Umgang mit Primärenergie und der Einsatz regenerativer Energien, dort wo er wirtschaftlich vertretbar ist, kommen allen Kölnerinnen und Kölnern zugute.

- Bei der Energieversorgung der Stadt muss auch weiterhin ein Beitrag zur Emissionsminderung erbracht werden. Dies soll durch die Senkung des Energiebedarfs, durch den Einsatz regenerativer Energien wie etwa Solarthermie, Fotovoltaik, Erdwärme, Wasserkraft und rationelle Energieerzeugung erfolgen. Mit dem Ziel einer rationellen Energieerzeugung sollen verstärkt Blockheizkraftwerke und Brennstoffzellen als Nahwärmeinseln zum Einsatz kommen.
- Für Neubaugebiete, Stadtsanierungs- und Erneuerungsgebiete sind grundsätzlich problemorientierte und räumlich orientierte Energiekonzepte zu entwickeln. Dies soll verbindlicher Standard in der Siedlungsentwicklung werden.
- Energiekostensenkung und restriktiver Energieverbrauch müssen stärker als bisher wesentliche Kriterien modernen und verantwortungsvollen Gebäudemanagements werden. Die KölnSPD fordert die Entwicklung von Konzepten für städtische Objekte, die den Einsatz aller regenerativer Energien, Energieeinsparmaßnahmen und Möglichkeiten der passiven Solarenergienutzung prüfen mit dem Ziel, den Einsatz von Primärenergie zu senken. Dies würde den Stadtetat entlasten und hätte Vorbildcharakter für die privaten Hauseigentümer.
- Die Ratsmehrheit von CDU und Grünen hat die Aufgabe, den CO₂-Ausstoß in Köln zu reduzieren, im Jahre 2003 per Ratbeschluss gestrichen. Die KölnSPD wird diese Aufgabe wieder aufnehmen. Das qualifizierte Beratungsangebot der Stadt Köln für Private und Unternehmen ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen in Köln profitieren von den Aufträgen.

Wohnungspolitik: Katastrophale Fehlentwicklung stoppen

Der Wohnungsmarkt in Köln unterscheidet sich maßgeblich von vielen Märkten in der Bundesrepublik. In den ostdeutschen Städten, aber auch bereits in einigen Ruhrgebietsstädten gibt es ein Überangebot aufgrund erheblicher Rückgänge der Bevölkerungs- und Haushaltszahlen. In Köln stellt sich die Situation ganz anders dar. Entgegen der städtischen Einwohner- und Haushaltsprognose aus dem Jahre 1995 hat Köln bis heute einen erfreulichen Einwohnerzuwachs. Dieser Trend hat sich in Köln nach der von der Stadt im Februar 2003 veröffentlichten ergänzenden Einwohnerprognose weiter fortgesetzt. So wird die Einwohnerzahl noch

mindestens bis 2005 weiter steigen und bis zum Jahr 2015 kaum abnehmen. Die Haushaltszahlen werden bis zum Jahr 2015 zunehmen.

Hinzu kommt eine weitere Zunahme des individuellen Verbrauchs an Wohnflächen, etwa durch gestiegene Wohnansprüche, aber auch dadurch, dass durch den heute möglichen Technikeinsatz in Wohnungen immer mehr Erwerbsarbeit verrichtet wird. Dieses „Mehr“ an Wohnfläche des Einzelnen hat in der Vergangenheit mehr als die Hälfte der neu entstandenen Wohnflächen verbraucht. Kommt es zukünftig pro Jahr nur (noch) zu einem durchschnittlichen Mehrverbrauch von 0,1 qm Wohnfläche pro Person, müssen in Köln 100.000 qm Wohnfläche oder 1.400 Wohnungen nur für diesen Mehrverbrauch jährlich neu entstehen. Damit steht fest, dass in Köln bis mindestens 2015 weiterer zusätzlicher Wohnraum allein aus diesen Gründen benötigt wird.

- Fatalerweise findet in Köln keine bedarfsdeckende und bedürfnisorientierte Wohnungspolitik mehr statt. Die Anfangskoalition aus CDU und FPD hatte sich ganz schnell aus einer vorausschauenden Wohnungspolitik völlig zurückgezogen. Beide Parteien bedienen bestenfalls ihre Klientel und damit nur Teile der Bevölkerung. Ein Umsteuern der jetzigen Rathausmehrheit aus CDU und Grünen ist bisher nicht erkennbar. Offensichtlich fehlt hier den Grünen die Kraft diesen wichtigen Bereich zu verändern.
- CDU und FDP haben in der Ratssitzung am 03.02.2000 alle (!) Bebauungspläne, die Investitionen in den Geschosswohnungsbau ermöglichten, gestoppt. Die Stadtplanung soll alle diese Reserveflächen in Einfamilienhausgebiete umwandeln. Damit findet der Bau von Mietwohnungen, insbesondere öffentlich geförderter Wohnungsbau, auf neuen Wohnungsbauflächen in der Stadt so gut wie nicht mehr statt! Hierzu passt, dass die städtische Wohnungsbauförderung zum Haushalt 2002 auf fast Null reduziert wurde. Auch die städtische Liegenschaftspolitik konzentriert sich beim Wohnen nur noch auf den Einfamilienhausbereich.
- Die ursprünglich sozialen Unternehmensziele der städtischen Wohnungsgesellschaft werden jetzt - nach dem gescheiterten Verkauf der Gesellschaft – durch innergesellschaftliche Umorientierung aufgegeben. Mit Unterstützung der Grünen soll die GAG auf ein vorwiegend gewinnmaximierendes Wohnungsunternehmen umgestellt werden. Im Vordergrund steht damit nur noch die kurzfristige Gewinnerzielung für die Rendite der Gesellschaften; die langfristige Stabilität des Unternehmens wird auf 's Spiel gesetzt.
- Das städtische Wohnungsamt ist praktisch abgeschafft. Mietberatung, Wohnungsvermittlung und das Kölner Selbsthilfe-Modell im Einfamilienhausbau werden im Verwaltungsvollzug eingestellt. Das bundesweit anerkannte Modell der Fachstelle in der Wohnungssicherung und Obdachlosenhilfe wird zerschlagen. Das sozialhilferechtlich sinnvolle Instrument der präventiven Mietrückstandsübernahme wird kostentreibend zurückgefahren.

Diese einseitige Wohnungspolitik wird katastrophale Folgen haben und Köln auf Dauer in ein stadtentwicklungspolitisches Abseits manövrieren. Die Wohnzufriedenheit der Kölnerinnen und Kölner wird abnehmen. Die sozialen Folgekosten werden steigen. Das CDU-Ziel, nur noch gut verdienende Haushalte in Köln zu halten und sozial schwächere Haushalte nach dem Vorbild ihrer Flüchtlingspolitik aus Köln zu drängen, wird sich ins Gegenteil verkehren. Denn gerade die einkommensstärkeren Haushalte sind in Köln nur zu halten, wenn auch ihr Wohnumfeld und die Stadt Köln insgesamt attraktiv sind. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn neben den Themen wie Sauberkeit und Sicherheit sozialer Frieden herrscht und die bewusst betriebene soziale Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile verhindert wird. Nicht umsonst weist die Prognosstudie zur „Einschätzung der zukünftigen sozialen Entwicklung in der Stadt Köln“ auf die Gefahr hin, dass „das soziale Klima den Belastungen nicht mehr dauerhaft standhalten kann“.

Um diese für Köln und viele Kölnerinnen und Kölner katastrophale Entwicklung zu stoppen, wird die Wohnungspolitik auch weiterhin ein Schwerpunktthema der KölnSPD sein. Wohnungspolitik für alle Kölnerinnen und Kölner muss in Köln wieder Thema werden. In diese Diskussion um eine zukunftsweisende Wohnungspolitik für Köln sind alle gesellschaftlichen Kräfte einzubeziehen.

- Planung und Finanzierung sind zu intensivieren, um genügend Grundstücke für Einfamilienhäuser und Geschosswohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Dabei sind dort Flächen vorrangig zu erschließen und baureif zu machen, wo die notwendige Infrastruktur bereits vorhanden ist.
- Der Wohnungsbau muss differenziert beobachtet werden. Da sich die Wohnungsmärkte weiter regional unterschiedlich entwickeln werden, ist eine Orientierung an bundes- bzw. landesweiten Bedarfseinschätzungen zunehmend weniger aussagekräftig. Um die Zukunft des Wohnungsbedarfes in Köln ermitteln und die Nachfragewünsche der Kölner Bevölkerung zeitnah erkennen zu können, wird neben der fünfjährigen Fortschreibung des Wohnungsgesamtplans eine jährliche Wohnungsmarktbeobachtung durch die Verwaltung gefordert. Diese Wohnungsmarktbeobachtung soll Schritt für Schritt auch eine Wohnumfeldbeobachtung der Stadtteile und Stadtviertel einbeziehen, um bei negativen Entwicklungen gegensteuern zu können.
- Die Liegenschafts-, Stadtentwicklungs- und Stadtsanierungspolitik muss im Zusammenwirken mit einer sozialen Wohnungspolitik wieder stärker auf die Wohn- und Wohnumfeldbedürfnisse aller Kölnerinnen und Kölner eingehen. Hier sind Strukturen zu schaffen, die alle Bereiche verbinden. Das Bundesprogramm „Soziale Stadt“ sollte beispielgebend hierfür sein. Die Vernetzung von Stadtpolitik darf dabei aber nicht auf soziale Brennpunktgebiete beschränkt bleiben.

- Durch eine häufigere Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbpacht können die Kosten reduziert und mehr junge Familien in Köln gehalten werden. Dem Verzicht auf Verkaufserlöse steht eine langfristige Sicherung des Vermögen der Stadt Köln gegenüber.
- Der Wohnungsbau für alle Bevölkerungsschichten ist durch die Ausweisung von Wohnungsbauland und den Verkauf von städtischen Wohnungsbaugrundstücken bedarfsgerecht zu forcieren. Dies gilt ausdrücklich für Eigentumsmaßnahmen und den Mietwohnungsbau. Dabei ist es wichtig, dass bestehende Wohnquartiere möglichst durch im Quartier fehlende Wohnangebote ergänzt werden.
- Größere Neubauwohngebiete sollten alle Wohnformen abdecken. Der erforderliche soziale Geschosswohnungsneubau soll bei zukünftigen Wohnungsbauplanungen zur Vermeidung künftiger sozialer Segregation grundsätzlich immer zu einem Drittel Berücksichtigung finden. Ein Abweichen hiervon ist gesondert zu begründen.
- Durch eine ausgewogene und mit den Eigentümern abgestimmte Wohnungsbelegung und über Kooperationsverträge, in die vor Ort engagierte Interessengruppen nach Möglichkeit einzubeziehen sind, sind soziale Brennpunkte zu vermeiden beziehungsweise aufzulösen.
- Die Sanierung der Wohnungsbestände durch die Vermieter ist durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnumfeldqualität zu unterstützen. Die Stadt muss entsprechende mieter- und stadtteilbezogene Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern und der Verbände unterstützen.
- Beim Land NRW ist einzufordern, dass die Wohnungsbestandsförderung attraktiv und bedarfsgerecht ausgestaltet wird und zusätzlich auch nicht-investive Maßnahmen gefördert werden.
- Genossenschaftsgründungen sind im gesamten Stadtgebiet zu unterstützen und zu fördern. Die städtische Wohnungsgesellschaft muss weiterhin (auch) ihren beispielgebenden sozialen Zielen verpflichtet bleiben. In der Kölner Obdachlosenpolitik muss der Gedanke der Prävention wieder in den Vordergrund gestellt werden. Die Vernetzung dieser Aufgabe ist wieder herzustellen.
- Wohnungspolitik im beschriebenen Sinn benötigt in der Verwaltung eine Entsprechung. Bürgerinnen und Bürger wie auch die Politik benötigen einen Ansprechpartner, nur so können diese Zukunftsaufgaben bewältigt werden.

Das Ziel sozialdemokratischer Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik ist die soziale Integration aller Bevölkerungsgruppen in das kommunale Gemeinwesen. Gradmesser für das Funktionieren beziehungsweise die Problemlastigkeit eines Stadtviertels ist nicht der statistische „Ausländeranteil“, dessen Aussagewert zudem nur begrenzt ist, sondern

die gesamte ökonomische, soziale und kulturelle Situation in dem jeweiligen Stadtviertel.

Quotierungen oder Zuzugssperren sind keine geeigneten Instrumente eine bessere Integrationsperspektive zu eröffnen. Integration gelingt umso besser, je größer die tatsächlichen Chancen zur Integration sind. Hierzu trägt zum Beispiel eine ökonomische und rechtliche Gleichstellung der Migrantinnen und Migranten ebenso bei wie inter-ethnische Kontakte und das Erlernen der deutschen Sprache. Für alle benachteiligten Bevölkerungsgruppen gilt, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt und ein ausreichend großes Wohnungsangebot Voraussetzungen sind, Segregation aufzulösen beziehungsweise zu verhindern.

Städtische Planungskultur: Transparenz und Qualität

Planungskultur will die KölnSPD verstanden wissen als das Bemühen um Qualitätsmaßstäbe in der Planung - aber auch als das Bemühen um die Art und Weise, wie Planungsprozesse ablaufen und welche Möglichkeiten der Partizipation den Bürgerinnen und Bürgern in Planungsprozessen gegeben werden. Mit dem Ziel einer verbesserten Planungskultur wollen wir, gemeinsam mit Fachleuten für Stadtgestaltung und Bauleitplanung, in dieser Stadt Zielvorstellungen und Qualitätsmaßstäbe entwickeln.

- Wir wollen, dass die Stadt Köln in Form freiwilliger Selbstverpflichtungen diese Zielvorstellungen zum Standard der Planung macht, an die sich Private wie auch die Stadt selbst halten, damit das Gebaute wieder dem Gesamtbild dient, wir städtebauliche Alleinstellungsmerkmale erhalten und neue Bauqualität schaffen.
- Wenn Kommunalpolitik steuernd in das Leben dieser Stadt eingreift, müssen die Entscheidungsprozesse transparent und nachvollziehbar sein. Stadt-Umbau-Prozesse greifen tief in das Lebensumfeld der Bewohner und Bewohnerinnen ein. Wir müssen die Menschen mitnehmen, und die Menschen müssen sich in den Veränderungen wiederfinden. Deshalb sind wir bereit uns Bürgerbeteiligung etwas kosten zu lassen. Die Form der Bürgerbeteiligung soll die Bedeutung der Planung in angemessener Form spiegeln und sich öffnen. Je nach Planungsaufgabe sind auch unterschiedliche Formen der Mitwirkung anwendbar.
- Kreativität und Phantasie von Architekten, Designern und Ingenieuren zu nutzen heißt, ihnen die Teilnahme an Wettbewerben zu gestatten.
- Mehrfachbeauftragungen und Gestaltungsvorgaben sollen nicht nur für Planungsgebiete in der Innenstadt, sondern für alle stadtentwicklungspolitisch wichtigen Flächen im Stadtgebiet durchgeführt werden. Preisträger bei städtebaulichen Wettbewerben oder Architekturwettbewerben sollen im Falle einer später notwendigen Überarbeitung der Entwürfe angemessen an der Überarbeitung beteiligt werden.

- Die Erarbeitung von Energiekonzepten für Planungsgebiete und die „energetische“ Optimierung von Planung gehört ebenso zur Planungskultur wie der sparsame Umgang mit der Fläche.

Und nicht zuletzt:

Keine Stadtplanung mehr ohne Blick auf die Folgekosten

In Anbetracht der finanziellen Situation der Städte werden wir in Zukunft sehr viel eingehender die Folgekosten unserer Planungen betrachten und berücksichtigen müssen. Wir werden uns Projekte nur an Standorten leisten können, die gut an eine bereits vorhandene, leistungsfähige Infrastruktur angebunden sind. Standorte, die für eine solche Anbindung zuerst einmal umfängliche kommunale Investitionen erfordern, werden allenfalls langfristig Chancen auf eine Entwicklung haben. Daraus leitet sich die Notwendigkeit ab, die künftige Siedlungsentwicklung noch stärker als bisher auf die vorhandene Infrastruktur abzustimmen. Dies gilt insbesondere für die Verkehrsinfrastruktur. Zudem muss die Ausweisung von Flächen für Wohnungen und Gewerbe künftig stärker regional abgestimmt werden. Um die Kosten der Infrastruktur finanzieren zu können, müssen die Stadt Köln und ihre Nachbarn neue Formen der gerechten Verteilung von Lasten und Vorteilen entwickeln.

„Mobile Stadt“ und Verkehrskreuz im Westen

Mit seiner zentralen Lage in Europa, mit seinen guten Verkehrsverbindungen über Schiene, Wasser, Luft und Straßen wird Köln zu Recht als das „Verkehrskreuz des Westens“ bezeichnet. Seit Jahrhunderten ist dies ein entscheidender Standortvorteil für diese Stadt, in deren Einzugsgebiet mittlerweile über 2,5 Millionen Menschen wohnen. Dieser Standortvorteil muss gepflegt und gezielt gefördert werden. „Mobil sein“ bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger ein hohes Maß an Freiheit und Lebensqualität. Industrie, Handel und Gewerbe sind existenziell darauf angewiesen, dass der Verkehr mit Gütern und Personen möglichst reibungslos funktioniert.

- CDU und Grüne ignorieren die existenzielle Bedeutung des Verkehrs für Köln und haben gesamtstädtisch verantwortungsvolle Verkehrspolitik durch eine Folge von aktionistischen und unkoordinierten Ratsbeschlüssen ersetzt, denen jeder erkennbare Handlungsstrang fehlt. Hinzu kommen unausgelegene Phantastereien wie die von der Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt oder dem Bau einer neuen Rheinbrücke.
- Die Haushaltsmittel für die Straßenunterhaltung wurden von CDU und Grünen so weit unter das erforderliche Minimum für die rund 1.800 Kilometer Straßennetz gesenkt, dass von einer vorsätzlichen Schädigung des städtischen Vermögens gesprochen werden kann.
- Mit dem Verzicht auf notwendige Investitionen in die städtische Verkehrsinfrastruktur gehen zugleich Millionen-Aufträge für die mittelständische Kölner Wirtschaft verloren – CDU-geführte Ratsmehrheit und Stadtspitze sind insofern eindeutig mitverantwortlich für die schwierige Lage in Kölns Mittelstand und Handwerk.
- CDU und Grüne bekämpfen aus kurzfristigen wahlkampfaktischen Gründen eine der wichtigsten Infrastrukturentscheidungen für Köln – den Ausbau des Godorfer Hafens zum Containerumschlagplatz. Damit blockiert die wirtschaftsfeindliche Ratsmehrheit jede Chance zu einer bedarfs- und umweltgerechten Weiterentwicklung des Schwerlastverkehrs, der bei einer Kooperation des Hafens Godorf mit dem Güterverkehrszentrum Eifeltor den Kölnerinnen und Kölnern enorme Mengen an LKW-Verkehr ersparen könnte.
- Trotz aller Beteuerungen hat es die CDU-geführte Stadtspitze nicht geschafft, eine reibungslose Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs zu organisieren. Dem Parken in zweiter und dritter Reihe wird nicht annähernd hinlänglich Einhalt geboten, die ausreichende Bereitstellung von Be- und Entladezonen ist nicht einmal in der Planung.

Mit der KölnSPD wird es keinen Verzicht mehr auf eine bedarfsorientierte und zukunftsorientierte Verkehrspolitik geben. Kölnerinnen und Kölner, Unternehmen, Beschäftigte, Kunden und Besucher brauchen ein Gesamtverkehrssystem, in dem sich die Verkehrsträger mit ihren jeweiligen Vorteilen optimal ergänzen und für das die öffentliche Infrastruktur bedarfsgerecht ausgebaut wird. Dieses Gesamtkonzept muss zudem stadtentwicklungs-, wirtschafts- und umweltpolitischen Ziele miteinander verknüpfen und die zielgerichtete Steuerung des Verkehrs ermöglichen.

Dabei ist sich die KölnSPD sehr wohl der Tatsache bewusst, dass Verkehr immer auch zu einer hohen Belastung für die in der Stadt lebenden und arbeitenden Menschen führt. Diesem Widerspruch zwischen den Mobilitätsbedürfnissen von Menschen und Unternehmen einerseits und dem Wunsch nach Wohnqualität in den Stadtvierteln andererseits muss sich jede Verkehrspolitik mit ihren Lösungsansätzen stellen. Die KölnSPD steht zu ihrem kommunalpolitischen Leitsatz:

- Sozialdemokratische Verkehrspolitik will die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen und der Unternehmen befriedigen und zugleich die unerwünschten Folgen des zunehmenden Verkehrs für die Menschen und die Umwelt begrenzen.

Die Finanzknappheit in allen Bereichen der Politik zwingt auch die Verkehrspolitik dazu, Schwerpunkte zu setzen. Aus diesem Grund können Netzerweiterungen bei kostenintensiven Verkehrsträgern wie Straße und Schiene nur punktuell vorgenommen werden.

- Unser Schwerpunkt wird der Erhalt und, wo wirtschaftlich möglich, die Optimierung der Verkehrsinfrastruktur sein, um so dem Substanzverlust entgegen zu wirken und die Effizienz zu steigern.
- Bei allen Überlegungen und Maßnahmen legt die KölnSPD außerdem besonderen Wert auf Barrierefreiheit, das heißt die Zugänglichkeit für Behinderte und mobilitätseingeschränkte Personen. Bei der Planung von Gebäuden, Straßen und Einrichtungen des Öffentlichen Personennahverkehrs muss die Zugänglichkeit für mobilitätseingeschränkte Menschen garantiert sein.

Integrierte Stadtplanung der „kurzen Wege“

Die KölnSPD tritt für eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung ein, die darauf gerichtet ist, zusätzlichen Verkehr möglichst zu vermeiden. Bei Stadtumbauten wie beispielsweise in Braunsfeld, Deutz, Mülheim, Kalk (ehemaliges CFK-Gelände) und dem Butzweiler Hof (Coloneum) ist daher eine ausgewogene Mischung zwischen Wohn-, Gewerbe- und Büronutzung unabdingbar.

- Die integrierte Stadtplanung mit Nutzungsmischung in den einzelnen Stadtvierteln und einer besseren Verknüpfung der Verkehrswege von

Fußgängern, Radfahrern, Nahverkehrsnutzern und Autofahrern ist zu einer Politik der „kurzen Wege“ fortzuentwickeln.

- Optimierte Verknüpfung von Fahrrad und öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) ist ebenso anzustreben wie der Ausbau kurzer Fußwege sowie deren Attraktivierung (etwa durch verbesserte Beleuchtung) zwischen Geschäftszentren und Wohngebieten.
- Bei der Planung von großen Wohn-, Büro oder Gewerbestandorten sowie von neuen Stadtteilen ist die gleichzeitige Planung von ÖPNV-Anschlüssen unerlässlich.

Regionale Zusammenarbeit

Neben der fachlichen Integration von Stadt- und Verkehrsplanung brauchen wir auch eine räumliche Integration, das heißt eine verbesserte Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden in der Region im Bereich Verkehr. Ein langfristig erfolgreicher ÖPNV kann nur auf regionaler Basis organisiert werden. Die bereits bestehende Kooperation im Rheinland, verkörpert durch die „Regio Rheinland“, ist bereits ein erster Ansatz. Dieser muss forciert werden, um den gewünschten Nutzen in der Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden zu erreichen.

- Die KölnSPD hält einen regionalen Generalverkehrs- und Flächennutzungsplan für erforderlich, der die Ziele und Maßnahmen der integrierten Stadt- und Verkehrsplanung auf regionaler Ebene formuliert.

Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Tragende Säule eines integrierten Verkehrskonzepts ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Ziel der KölnSPD ist es, den Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen deutlich zu steigern. Dazu müssen Stadt und Verkehrs-Betriebe trotz der äußerst schwierigen Finanzlage sicherstellen, dass sie weiterhin Investitionen in die Verkehrswegeinfrastruktur und die Attraktivierung des ÖPNV leisten können. Angesichts der auf lange Zeit absehbar extrem knappen Finanzressourcen müssen mit den vorhandenen Mitteln möglichst hohe Effekte erzielt werden.

- Die KölnSPD wird daher jede Investitionsplanung darauf hin überprüfen, ob mit Blick auf das Gesamtspektrum der Verkehrsträger alle denkbaren Alternativen gegeneinander abgewogen worden sind, ob eine optimale Vernetzung mit den übrigen Verkehrsträgern erreicht wird und ob alle möglichen Synergieeffekte ausgeschöpft werden (beispielsweise der Bau von Tiefgaragen über U-Bahn-Strecken).
- Grundsätzlich haben für die KölnSPD Investitionen in Streckenausbau, Betrieb und Service Vorrang vor Ausgaben für Komfort.

- Die KölnSPD ermuntert die Verkehrs-Betriebe ausdrücklich, über innerbetriebliche Verfahren wie Vorschlagswesen, Wettbewerbe und ähnliches das Know-How aller Beschäftigten optimal zu nutzen, um alternative Betriebsmodelle – auch unter Einbeziehung anderer Verkehrsträger sowie Angeboten privater Dienstleister - für einzelne Strecken, Betriebszeiten oder neue Serviceangebote zu entwickeln. Die KölnSPD wird die Verkehrs-Betriebe nachhaltig unterstützen, wenn es gilt, Ergebnisse solcher Optimierungsprozesse beispielsweise im Rahmen von Pilotprojekten, Probetrieben oder Kooperationsmodellen auf Zeit zu erproben und bei Erfolg in den regulären Betrieb zu integrieren.
- Die KölnSPD erkennt an, dass die Beschäftigten der Verkehrs-Betriebe große Anstrengungen unternommen haben und unternehmen, um das Angebot zu optimieren und den Service zu verbessern. Um diese Anstrengungen noch stärker auf die Bedürfnisse der Kunden hin zu optimieren, hält die KölnSPD Kundenbefragungen durch externe, unabhängige Dienstleister für ein geeignetes Mittel. Auftraggeber für die Befragungen sollte der Stadtwerke-Konzern sein.

Der jetzt begonnene Bau der Nord-Süd-Stadtbahn wird das südliche linksrheinische Köln an das Stadtbahnnetz anschließen. Dieses Projekt wird auf Jahre Kapazitäten binden. Dennoch muss kurz- und mittelfristig in die Optimierung investiert werden, parallel sind Planungen für den langfristigen Netzausbau voran zu treiben.

- Bedarf für kurz- und mittelfristige Investitionen sieht die KölnSPD zur Verbesserung der Kapazität der besonders belasteten Innenstadt-Strecke, in Maßnahmen zur Optimierung ebenerdiger Einstiege, im Ausbau des Bike&Ride- sowie des Park&Ride-Systems, zur Erhöhung der Fahrplantreue und der Verbesserung der Anschlusssicherheit, zu einer mit den übrigen Verkehrsträgern abgestimmten Vorrangschaltung sowie zum Ausbau der Informationssysteme für die Fahrgäste.
- Schwerpunktprojekte zur Netzerweiterung sieht die KölnSPD im Weiterbau der Linie 3 bis in das Görlinger Zentrum, im Ausbau des Deutzer Bahnhofs, im Ausbau des Hauptbahnhofes um zwei weitere S-Bahn-Gleise sowie in den Verlängerungen der Linie 1 von Weiden Schulstraße bis zur Bonnstraße, der Linie 7 bis zur Ranzeler Straße und der Linie 13 von Sülz über Zollstock nach Bayenthal sowie die Verlängerung der Nord-Süd-Stadtbahn Richtung Rondorf und Meschenich.
- .Perspektivisch sind für den Streckenausbau die rechtsrheinische Querverbindung von Mülheim bis nach Gremberghoven, die Anbindung von Neubrück und die Weiterführung der Nord-Süd-Bahn zu sehen.
- Die KölnSPD wird sich zudem dafür einsetzen, dass die Deutsche Bahn AG die Planungen zum Bau des S-Bahn-Weststrings stärker vorantreibt.

- Die Bussysteme in den Stadtbezirken sollen systematisch auf mögliche Verbesserungen hin untersucht werden. Zudem sollen wichtige Verbindungen, wie die Buslinie auf der Inneren Kanalstraße / Universitätsstraße, eingerichtet werden und Umsteigeknotenpunkte einen abgestimmten Fahrplan (Rendezvous-Prinzip) erhalten.

Klare Organisation und Aufgabenverteilung

Der ÖPNV steht vor erheblichen strukturellen Umwälzungen, auf die wir uns in Köln vorbereiten müssen. Eine geplante EU-Richtlinie wird die Ausschreibung aller Verkehrsleistungen durch die Städte und Gemeinden vorsehen, um so mehr Wettbewerb im ÖPNV zu erreichen. Der Stadt fällt hiermit eine wichtige Schlüsselrolle zu, nämlich die Kontrolle und Steuerung der Verkehrsleistungen privater Anbieter.

Die Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs und die damit gewonnene Kompetenz der Städte, den gesamten ÖPNV über Nahverkehrspläne zu steuern, muss offensiv genutzt werden.

- Ein umfassender und bedarfsgerechter ÖPNV gehört zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge und ist eine Aufgabe der Stadt Köln. Die KölnSPD bekennt sich zu dieser Verpflichtung und setzt sich deshalb für eine effiziente und umfassende Gewährleistung des ÖPNV als kommunale Aufgabe ein. Grundsätzlich tritt die KölnSPD dafür ein, dass die Stadt Köln auch weiterhin die Steuerung dieser wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge wahrnimmt. Die dafür notwendigen Ressourcen müssen in der Stadtverwaltung zur Verfügung stehen.
- Die Bereitstellung der Infrastruktur einerseits und die Abwicklung des Verkehrs andererseits sind mit klaren Schnittstellen und Zuständigkeiten zu organisieren. Dabei ist der Zugriff der Stadt Köln auf die Infrastruktur sicher zu stellen.
- Die KölnSPD wird sich dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen erhalten oder geschaffen werden, die zum Erhalt der Quersubventionen innerhalb des Stadtwerke-Konzern erforderlich sind.
- Die KölnSPD wird Beschäftigte und Management der Verkehrs-Betriebe dabei unterstützen, über gemeinsame Zielvereinbarungen das Unternehmen so zu positionieren, dass es im europäischen Wettbewerb bestehen kann.

Mehr Mobilität durch optimierten Autoverkehr

Der individuelle Verkehr mit dem privaten Fahrzeug ist ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil des städtischen Verkehrs. Die Motorisierung, die in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat, führt allerdings zu erheblichen Problemen in den stark verdichteten

Bereichen der Stadt, durch Lärm und Abgase, durch Platzbedarf, insbesondere für den ruhenden Verkehr, sowie durch Gefährdungen für schwächere Verkehrsteilnehmer.

Der Raum für den ruhenden Verkehr ist im Bereich der Innenstadt und der verdichteten städtischen Quartiere knapp. Die Nutzung der knappen Ressourcen bedarf der Steuerung. Für diesen Zweck ist in Köln ein Parkraummanagement in der Innenstadt und in einigen Ortsteilzentren aufgebaut worden. Ein umfassendes, abgestimmtes System aus Parkraumbewirtschaftung und Bewohnerparken schafft einen Ausgleich der Interessen von Besuchern und Bewohnern. Die umfassende Bewirtschaftung sowohl der Dauer- als auch der Kurzzeitparkplätze sowie die Staffelung der Parkgebühren je nach Lage der Parkplätze zum Zentrum hin entlasten die City und Ortsteilzentren vom Autoverkehr; diese Bewirtschaftung sichert dem Einkaufs-, Dienstleistungs- und Anwohnerverkehr die erforderlichen Stellplätze.

- Dieses System hat sich bewährt. Die KölnSPD setzt sich ausdrücklich für dessen Erhaltung ein. Das Parkraummanagement ist, wo dies sinnvoll ist, auf weitere Gebiete der Stadt auszudehnen.
- Gleichzeitig ist die Überwachung des ruhenden Verkehrs erheblich auszuweiten. Um den Verkehrsfluss zu verbessern, muss die Stadt insbesondere gegen das Parken in zweiter und dritter Reihe sowie auf Flächen, die dem Ladeverkehr vorbehalten sind, massiv vorgehen.
- Bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs sind – in enger Abstimmung mit der Polizei - auch neue Formen der Zusammenarbeit mit privaten Partnern zu prüfen. Ziel der Überlegung ist die Schaffung neuer Arbeitsplatzangebote in diesem Aufgabenspektrum.
- Das bestehende Parkleitsystem muss in ein gesamtstädtisches Verkehrsleitsystem eingebunden werden, das sowohl mit dem Verkehrsberuhigungskonzept als auch mit der Verkehrsplanung der Umlandgemeinden abgestimmt ist.
- Die KölnSPD unterstützt den Bau von Quartiersgaragen in solchen Fällen, wo erhöhter Parkdruck im Quartier besteht und stadtgestalterische Aspekte – beispielsweise bei zugeparkten Allees – Berücksichtigung finden müssen. Da sich solche Projekte nicht allein durch die Stellplatzablösemittel finanzieren lassen, sind Kooperationen mit privaten Partnern zu suchen. Dem derart geschaffenen Mehrangebot an Stellplätzen müssen erkennbare Nutzungsverbesserungen im Straßenbereich gegenüberstehen.
- Der seit Jahren fortschreitende Wertverfall bei Straßen und Wegen muss gestoppt werden. Die knappen Mittel sind daher in die Ausbesserung des maroden Straßennetzes zu investieren, um spätere, sehr viel höhere Kosten für Generalsanierungen zu vermeiden.
- Die KölnSPD tritt für die Einrichtung von Tempo-30-Zonen dort ein, wo dies von den Bewohnern der Viertel gewünscht und

verkehrspolitisch realisierbar ist. Wir werden dieses Instrument einsetzen, um so die Beruhigung von Wohnvierteln zu erreichen.

- Investitionen in Straßenneubauten sind in absehbarer Zeit nur sehr schwer zu realisieren. Abgesehen von notwendigen Erschließungsprojekten sieht die KölnSPD zwei Investitionsbereiche: den Bau von langfristig kostensparenden und verkehrsoptimierenden Kreisverkehren sowie den Bau von Ortsteilumgehungen.

Stärkung des Umweltverbundes: Mehr Rad- und Fußwege

Gerade in einer Großstadt ist das Fahrrad oft das Verkehrsmittel erster Wahl für kurze und mittlere Strecken. Voraussetzungen sind jedoch gute Bedingungen für das Radfahren. Die Teilnahme Kölns am Programm „Fahrradfreundliche Stadt-NRW“ ist sinnvoll. Durch den Austausch mit anderen Städten und Gemeinden hinsichtlich der Förderung des Radverkehrs kann Köln nur gewinnen. Wichtige Erfolge dieser Maßnahme sind die Velo-Routen, deren Einrichtung vor einigen Jahren begonnen wurde.

- Die KölnSPD wird diese Velo-Routen fortentwickeln und Lücken im Radwegenetz der Stadt schließen. Dabei wird sie mit den Umlandgemeinden zusammenzuarbeiten, um durchgehende Netze zu schaffen.
- Auch mit einfachen und kostengünstigen Maßnahmen sind beachtliche Erfolge zu erzielen. Zu nennen ist hier die Öffnung von Einbahnstraßen für Radfahrer in Gegenrichtung, die wir verstärkt umsetzen wollen.
- Radwege sollen zukünftig so angelegt werden, dass sie einen Teil der Straßenfläche bilden. Dies ist kostengünstiger als aufwändig eigenständige Radwege zu bauen und bietet den Vorteil, dass Radfahrer in den fließenden Verkehr integriert werden. Dies erhöht die Sicherheit.
- Wo es verkehrspolitisch sinnvoll ist, wird die Kölner SPD den Bau weiterer Radstationen fördern.“

Ein wichtiges Ziel der nächsten Legislaturperiode liegt in der Förderung des Fußverkehrs und damit der behindertenfreundlichen Ausgestaltung des öffentlichen Raumes. Schwerpunkt muss hier in der Verbesserung der Wegebeziehungen zwischen Wohnstandort und Einkaufszentren liegen.

- Fußgänger sind bei der Planung von Straßen oder Kreuzungspunkten wesentlich stärker als bisher zu berücksichtigen. Eine „Ampel-Odyssee“ beim Überqueren einer Straße oder Kreuzung ist für Fußgänger nicht zumutbar.

Und nicht zuletzt:

Verkehrsmanagement – stadtweit und für die Region

Ein Mittel zur optimierten Nutzung vorhandener Infrastruktur ist das Verkehrsmanagement. Hierbei geht es einerseits um die Steuerung des Verkehrs, andererseits um Informationen für die Verkehrsteilnehmer. Verkehrsmanagement umfasst dabei alle Verkehrsträger und arbeitet mit Mitteln der modernen Technik auf die optimale Verknüpfung dieser Verkehrsträger hin.

- Über die Bereiche hinaus, die - wie beispielsweise das Parkleitsystem - in Köln schon verwirklicht worden, ist die Verkehrssteuerung fortzuentwickeln und zu verbessern. Die Bereitstellung von Informationen über Verkehrslage, Baustellen und Angebote des ÖPNV ist auszubauen.
- Wo es möglich ist, sollen Regulierungen zurückgenommen werden. Vorhandene Ampelanlagen sind auf Abschaffung oder Ersatz durch intelligente Ampelschaltungen zu überprüfen. Vor der Einrichtung oder der Erneuerung von Ampelanlagen sollen alternative Möglichkeiten geprüft werden.
- Das Verkehrsmanagement soll in die Region ausgeweitet werden. Hierbei ist der Schwerpunkt auf hochaktuelle Verkehrsinformationen zu legen, die nutzerspezifisch aufbereitet und über viele Informationskanäle verbreitet werden. Die 500.000 Pendler sollen schneller aktuelle Informationen für ihre individuelle Reiseplanung erhalten. Dies erspart Investitionen in den Wegebau.

Kunst, Kultur und Medien

Moderieren – Gestalten - Konzentrieren

Kunst und Kultur sind kein Selbstzweck, kein schmückendes Beiwerk, sondern unverzichtbares gesellschaftliches Gut einer offenen, gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft, ebenso wie der Sozialstaat und das friedliche Zusammenleben der Menschen.

Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur fördert die Vielfalt unseres Lebens, bringt grundlegende Werte zum Ausdruck, schärft den Blick für soziale Teilhabe und ist Grundlage für Emanzipation und Persönlichkeitsentwicklung, für individuelle Freiheit, Sinnggebung und Selbstbestimmung.

Der Kunst kommt in einer Phase tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche besondere Bedeutung zu. Sie trägt dazu bei, konkrete Visionen für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu geben. Kunst und Kultur schaffen Räume für den Menschen jenseits der marktgemäßen Rollen als Arbeitskraft und Konsument. Kunst und Kultur sind zentrale Aspekte für die gesellschaftliche Reform- und Zukunftsfähigkeit.

➤ Ziel sozialdemokratischer Kulturpolitik ist, den Menschen durch den Umgang und die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur zu befähigen, Selbstbestimmung gegen Fremdbestimmung, im Grunde Kreativität dem Konsum entgegenzusetzen.

Die Sozialdemokratie verstand sich in der Tradition von Humanismus und Aufklärung von Beginn an auch als Kulturbewegung. Als Partei der Gerechtigkeit ist die SPD für die Freiheit von Kunst und Kultur eingetreten, für die Förderung und Ermöglichung künstlerischen Schaffens. Sie setzt sich dafür ein, dass allen Menschen gleichermaßen Zugänge zu Bildung und kulturellem Reichtum eröffnet werden.

Kultur ist als Identitätsanker der einzelnen Menschen, wie der Gesellschaft insgesamt, gerade in Zeiten forcierter Globalisierung wichtiger geworden. Angesichts der dramatischen Veränderungen, in denen wir uns befinden, gibt es ein erhebliches Bedürfnis nach Vergewisserung, nach Verständigung und nach Identitätsbildung. Kunst und Kultur sind ihrer Geschichte und ihrem inneren Wesen nach der Ort, an dem genau diese Fragen diskutiert und reflektiert werden können.

Die Künste übernehmen die für unsere Gesellschaft so wichtige Aufgabe, uns Menschen einen Spiegel vorzuhalten, unsere Lebensstile zu reflektieren und Identitätsangebote zu formulieren. Kultur ist mehr als teurer Zeitvertreib für wenige, kommerzialisiertes Event oder die oberflächliche Trivialwelt mancher Fernsehprogramme.

➤ Sozialdemokraten machen sich dafür stark, dass die Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen mit den hierfür erforderlichen Bühnen

und Orten, seien es Theater, Museen, Konzerthallen, Bibliotheken, Gedenkstätten, Galerien und Ausstellungshäuser oder soziokulturelle Zentren, erhalten wird.

- Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten wird sozialdemokratische Kulturpolitik stets bemüht sein, dem Experimentellen, Innovativen, Sperrigen und Widerspenstigen zum Durchbruch zu verhelfen, um der Gesellschaft Denkanstöße und Impulse zu bewahren.

Über allem muss mehr noch als in der Vergangenheit die Frage nach dem Qualitätsanspruch stehen.

- Kultur muss allen zugute kommen, aber nicht alles muss auch gefördert werden!

Dabei werden die Kölner Sozialdemokraten das Ziel nicht aus den Augen verlieren, Kunst und Kultur nicht länger nur als freiwillige Leistung der öffentlichen Hand zu begreifen, sondern als öffentliche Pflichtaufgabe in der Landesverfassung zu verankern.

Kultur ist kein Luxus, sondern unverzichtbares Lebensmittel unserer Gesellschaft.

Angesichts der immer neuen Einnahmeausfälle in den städtischen Haushalten muss es in den nächsten Jahren darum gehen, das Kulturfördersystem in Deutschland und natürlich auch in Köln dauerhaft zu reformieren. Dafür müssen tief greifende Strukturreformen in Angriff genommen werden, um finanzielle Spielräume zu schaffen und effektiver zu nutzen, mitunter auch gegen liebgewonnene Gewohnheiten und Partialinteressen.

- Die KölnSPD wird die Eigeninitiative der städtischen Kulturinstitutionen zu mehr Publikumswirksamkeit und „unternehmerischem Handeln“ vorantreiben.
- Die gemeinsame Suche nach intelligenten Lösungen mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung muss handlungsorientiert ein gemeinsames Anliegen der Politik, der Kulturszene und aller Bürgerinnen und Bürger sein.
- Chancen und Vorteile verstärkter regionaler Zusammenarbeit müssen in die notwendigen Veränderungen einbezogen werden.

Das ist etwas anderes als konzeptionsloses Ansetzen des Rotstiftes!

Ruf der Kölner Kultur hat Schaden genommen

Kölns Ruf hat im Kulturbereich in den letzten Jahren Schaden genommen. Die entsprechend negative Berichterstattung auch in den überregionalen Medien haben dem Image der Kulturstadt nachhaltig geschadet.

- Dies liegt einerseits am unsoliden Krisenmanagement des Oberbürgermeisters, der eine Ankündigungspolitik betrieben hat, die innerhalb von 24 Stunden bereits wieder hinfällig war und teilweise ins Gegenteil verkehrt wurde. Auch der Umgang mit Personalfragen bei der Besetzung von Leitungspositionen städtischer Kulturinstitutionen hat dazu geführt, dass Spitzenkräfte im Kulturbetrieb derzeit Köln als nicht akzeptablen und vertrauenswürdigen Arbeitsort ansehen.
- Das Grundproblem liegt andererseits auch daran, dass es in Köln für die Fortentwicklung von Kunst, Kultur und Medien keinerlei Perspektivenplanung gibt, keinerlei Ziele oder gar Visionen formuliert werden, an denen sich alle Beteiligten orientieren könnten. Stadtspitze und schwarz-grüne Ratsmehrheit reagieren folglich nur, getrieben von aktuellen Haushaltslöchern, statt zu agieren und hinterlassen Flickwerk, statt konzeptionelle Fortentwicklung voranzubringen. Auch und gerade bei Sparvorhaben ist ein inhaltlich orientiertes Vorgehen erforderlich und keine panischen Verschiebeaktionen mal zu Gunsten, mal zu Ungunsten einzelner Einrichtungen.

Die KölnSPD lässt sich in der konkreten Kulturpolitik von folgenden Zielen und Überlegungen leiten:

- Köln braucht kurzfristig einen **Kulturentwicklungsplan**, der Aussagen trifft zu allen Bereichen der Kunst, Kultur und der Medien, zu Strukturen und Entwicklungspotenzialen sowohl der städtischen Institutionen wie der freien Szene. Integraler Bestandteil einer solchen Planung muss auch ein Arbeits- und Zeitplan sein, an dem abzulesen ist, welcher Bereich, wann und wie angepackt werden soll und wann eine Reform als abgeschlossen gelten kann. Der Bewerbungsprozess zur Kulturhauptstadt Europa 2010 trägt in den inhaltlichen Aussagen viele Ansatzpunkte, die in einen Kulturentwicklungsplan Kultur und Medien einfließen können.
- Zur Überprüfung, Evaluierung und medialen Begleitung des Kulturentwicklungsplanes sollte ein jährlicher **Kulturbericht** publiziert werden, der im Wechsel sich in einem Jahr die städtischen Institutionen zum Inhalt macht, im anderen Jahr die freie Szene. Ein solcher Bericht dient sowohl der Unterrichtung der politisch Verantwortlichen wie der Medien und einer interessierten

Öffentlichkeit. Ein Einsatz in den Möglichkeiten der Stadtwerbung und der Tourismusförderung ist denkbar.

- Der Umbau der städtischen **Kulturverwaltung** in der letzten Ratsperiode mit der Abschaffung des Kulturamtes entspricht nicht dem sozialdemokratischen Gedanken einer aktiven Kulturpolitik und folgte ohne Konzept den Sparauflagen. Dem muss schnellstmöglich eine durchdachte Neuorganisation entgegengesetzt werden. Wichtig wird dabei sein, neben der Bündelung der verwaltungstechnischen und koordinierenden Zuständigkeiten für die städtischen Institutionen auch wieder eine flexible Anlaufstelle für die vielfältigen Aktivitäten der freien Szene, der Stadtteilkulturarbeit, der kulturellen Bildung und der Hochschulen zu schaffen.
- Bürgerinnen und Bürger erwarten in der Form eines **Kulturbüros der Stadt Köln** Hilfestellung bei der Selbstorganisation ihrer kulturellen Beiträge. Gerade die vielfältige freie Kulturszene und die kulturellen Aktivitäten in den Stadtbezirken brauchen neben einer finanziellen auch eine beratende und helfende Unterstützung durch Fachleute in der Stadtverwaltung, die inhaltlich in der Kulturarbeit verankert sind, aber auch durch die Auflagen, Genehmigungsverfahren und sonstigen vermeintlichen Hindernisse einer Stadtverwaltung führen können.

Grundsätzlich erwartet die KölnSPD von der Kulturverwaltung einen stärkeren inhaltlichen Diskurs über die Entwicklung und Perspektiven der Kölner Kultur und eine aktive Moderation der unterschiedlichen Akteure und Träger der freien und städtischen Kulturbetriebe und der in Köln lebenden und arbeitenden Künstlerinnen und Künstler.

Die Medienstadt Köln darf nicht nur unter Ansiedlungs- und Wirtschaftsaspekten betrachtet werden, sondern auch im Hinblick auf das künstlerische Angebot im Bereich der Film- und Medienkunst. Hier gilt es vorhandene Stärken und Profile optimal zu fördern und auszubauen.

Köln war nie Residenzstadt, war kulturell nicht durch ein Fürstenhaus geprägt, sondern gewinnt seit Jahrhunderten seine ganze Kraft aus der eigenen Bürgerschaft und deren Wirtschaftskraft. Dies führte auch dazu, dass Köln die Finanzkraft zur Erhaltung der reichhaltigen Kulturlandschaft aus eigenen Mitteln aufbringen muss ohne nennenswerte Hilfestellungen von Land und Bund wie etwa Düsseldorf und Bonn. Köln muss alles aus eigener Kraft leisten. Dies ist Aufgabe und Bürde zugleich und stellt die Stadt gerade in Zeiten knapper Kassen vor schwierige Entscheidungen.

Die Verantwortung für die städtischen Kulturinstitutionen hat einen hohen Stellenwert.

Für die KölnSPD bedeutet dies, dass bei allen Diskussionen über Rechts- und Betriebsformen gewährleistet sein muss, dass die städtische Trägerschaft und die Zuständigkeit und Verantwortung des Rates der Stadt Köln erhalten bleiben.

- Der städtische Kulturbesitz muss in der Hand aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln verbleiben. Dies schließt Formen des public-private-partnership mit städtischer Mehrheitsbeteiligung nicht aus. Die steuerlichen Instrumente für Unternehmen und Privatpersonen, die Kulturförderung betreiben, müssen weiter verbessert werden.

Die Bühnen der Stadt Köln haben in der letzten Zeit immer wieder für negative Schlagzeilen gesorgt, hauptsächlich ging es um Etatfragen. Das Abrücken von der Generalintendanz, hin zu einem Intendantenmodell mit dem kaufmännisch / geschäftsführenden Intendanten an der Spitze war richtig und hat sich in anderen Städten bewährt. Für die städtischen Bühnen heißt dies nun, dem künstlerischen Neuanfang Strukturveränderungen folgen zu lassen.

- Wir werden mit allen Verantwortlichen diesen notwendigen Prozess konstruktiv begleiten. Schauspiel und Oper müssen wieder an den Rang vergleichbarer Bühnen anderer Großstädte aufschließen.

Dabei ist es für uns Sozialdemokraten wichtig, Spielorte für kleinere experimentelle Formen des Theaters wie zum Beispiel die Schlosserei zu erhalten. Die Halle Kalk muss weiterhin einer kulturellen Nutzung zur Verfügung stehen. Bei der zukünftigen Planung für die Halle Kalk ist die freie Tanz- und Theaterszene einzubeziehen.

Der zukünftige Finanzbedarf zur nachhaltigen Sanierung von Oper und Schauspiel erfordert weitreichende Lösungen, die längst von der Stadtspitze angelegt sein müssten.

- Die KölnSPD wird eine Lösung für dieses Problem mit Hilfe eines Internationalen Architektenwettbewerbs und eines Investorenmodells für den Bereich Offenbachplatz / Nord-Süd-Fahrt / Glockengasse vorantreiben.

Durch den Verlust des Tanzforums in den 90er Jahren hat Köln eine renommierte Sparte der darstellenden Künste in die freie Szene oder in die Präsenz gelegentlicher Gastspiele abgedrängt. Dies kann auf Dauer kein Ersatz für ein eigenes, städtisches Tanzensemble sein. Die Bemühungen von Politik und Kulturverwaltung in Zusammenarbeit mit den Bühnen und privaten Geldgebern, in Köln den künstlerischen Tanz wieder am städtischen Haus mit eigener Compagnie zu etablieren, sind zu begrüßen und zu unterstützen. Die Leitung dieser Tanzcompagnie sollte gleichberechtigt in das Intendantenmodell der Bühnen integriert werden.

Die Philharmonie ist mit ihrer Programm Mischung und dem anhaltenden Publikumszuspruch ein zu pflegender Grundpfeiler des Kölner Musiklebens. Der langgehegte Wunsch nach einem Kammermusiksaal sollte in der Zukunft erfüllt werden.

Die zahlreichen Museen in städtischer Trägerschaft haben durch den Neubau des Wallraf-Richartz-Museums/Foundation Corboud und das Kulturzentrum am Neumarkt mit der geplanten Unterbringung von zwei

Museen und der Kunsthalle neue positive Signale erhalten. Nicht abgeschlossen, und teilweise auch nicht konsequent vorangetrieben, sind Überlegungen zur organisatorischen Neuordnung der Kölner Museen.

- Die Eigenverantwortung der Museen muss beibehalten und ausgebaut werden. Wichtig ist die Stärkung der Kooperation der einzelnen Museen zur Abstimmung von Ausstellungen, zur Entwicklung gemeinsamer Projekte und gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit. Gerade im letztgenannten Punkt bestehen viele Defizite, die es dringend zu beheben gilt.

Schon vor der Eröffnung des Kulturzentrums am Neumarkt muss über die zukünftige Belegung der Kunsthalle nachgedacht werden. Die Konzeption der letzten Jahre, die Kunsthalle als zusätzliches Schaufenster für die Kölner Museen zu bespielen, greift zu kurz. Festzustellen ist, dass wichtige, internationale Ausstellungen mangels Raum an Köln vorbeiziehen. Bonn und Düsseldorf haben hier Köln den Rang abgelaufen. Entscheidend für ein unverwechselbares Profil, den Erfolg und die wirtschaftliche Sicherung der Kunsthalle wird eine eigenständige, künstlerische Leitung sein.

Die positive Entwicklung der Kölner Stadtbibliothek als modernes Zentrum für Informationssuche und -vermittlung muss weiter unterstützt werden.

- Dabei steht die KölnSPD fest zu der Zentrale am Neumarkt und der Präsenz verschiedener Stadtteilbibliotheken in den Vierteln, um die literarische Grundversorgung, auch im Hinblick auf die Ergebnisse der PISA-Studie, zu gewährleisten. Die alljährlich aufflackernde Diskussion über eine mögliche Schließung von Außenstellen muss beendet und durch eine klare, dauerhafte Konzeption, die eine Vernetzung mit anderen Bibliotheksträgern vorsieht, ersetzt werden.

Die Rheinische Musikschule gehört zu den ältesten Einrichtungen dieser Art in Deutschland und leistet eine hervorragende Arbeit im Bereich der musikalischen, tänzerischen und kreativen Ausbildung nachrückender Generationen. Diese und andere Einrichtungen, wie zum Beispiel der **Museumsdienst** oder die **Jugendkunstschulen** in freier Trägerschaft leisten unverzichtbare Arbeit für die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen.

- Die Unterstützung der kulturellen Bildung wird deshalb ein besonderes Augenmerk sozialdemokratischer Politik erfahren.

Der freien und soziokulturellen Szene gilt unsere besondere Aufmerksamkeit.

Das Kölner Kulturleben wird wie in keiner anderen vergleichbaren deutschen Stadt mitgeprägt durch eine aktive und vielfältige freie und soziokulturelle Szene. Hier verbinden sich persönliches Engagement,

Kreativität, Professionalität mit unterschiedlichen künstlerischen Ausdrucksformen, Lebensstilen und Kulturen.

- Kulturpolitik muss sich in Zukunft noch stärker als Netzwerkarbeit verstehen, in der unterschiedliche Akteure wie Sponsoren und Mäzene, Stiftungen und kulturelle Vereine eine bedeutende Rolle spielen.

Die Kulturpolitik hat aufgrund ihres öffentlichen Auftrags eine Kommunikations- und Moderationsfunktion wahrzunehmen, um alle Akteure miteinander ins Gespräch zu bringen. Der geforderte Kulturbericht, der alle zwei Jahre die Entwicklung der freien Szene zum Thema haben wird, birgt die Chance, ein größeres Augenmerk auf diese Facetten des Kulturlebens zu lenken und vielen Aktivitäten und Initiativen zu einer größeren Aufmerksamkeit zu verhelfen.

Gerade das Thema der Wahrnehmung und Aufmerksamkeit und daraus resultierender Wertschätzung wurde in Gesprächen mit Vertretern aller Sparten immer wieder als großes Defizit in Köln formuliert. Gekoppelt mit dem Kulturentwicklungsplan wird ein solcher Bericht Entwicklungslinien und gestaltende Möglichkeiten für die städtische Kulturpolitik aufzeigen.

Innerhalb der freien Theaterszene ist mit der Verabschiedung eines Theaterförderkonzeptes bereits ein wichtiger Weg beschritten worden. Wenn die Politik solche Konzepte verabschiedet, die in enger Zusammenarbeit mit den Theatermachern entstanden sind, dann müssen solche Konzepte konsequent umgesetzt werden. Dies gilt auch für die Respektierung von Beirats- oder Juryentscheidungen!

Zielsetzung solcher Konzepte ist die Erhaltung und Förderung von Qualität nach dem schon erwähnten Leitspruch: Kultur muss allen zugute kommen, aber nicht alles muss auch gefördert werden.

Ein Förderkonzept für den Tanz ist in Arbeit und sollte ebenfalls zügig vorgelegt werden. Der Tanz- und Theaterszene Kölns fehlt es an geeigneten Proben- und Spielstätten. Die KölnSPD unterstützt deshalb die konzeptionelle Weiterentwicklung der Halle Kalk.

Viele Potenziale hat Köln im Musikbereich, die dringend gepflegt und moderiert werden müssen. Mit der Musikhochschule, der Philharmonie, den Rundfunkanstalten, dem Jazzhaus, über 200 Ensembles für Alte, Neue und improvisierte Musik, Gürzenich-Orchester und 450 Chören und auch in der populären Musik und in der Techno und der Elektronischen Musik ist die Kölner Szene international bekannt. Die Musikszene erzielt neben der Bildenden Kunst die meisten überregionalen Effekte für die Stadt. Die Innenwahrnehmung in Köln ist allerdings unzureichend.

Die Kulturverwaltung hat ein Musikförderkonzept entwickelt, was bald in die Beratungen der Ausschüsse und des Rates gelangen muss, um mit einer zügigen Umsetzung beginnen zu können. In diesem Feld ist dringender Handlungsbedarf, weil Abwanderungstendenzen aus der

Musikszene in das Ruhrgebiet, den süddeutschen Raum und nach Berlin zu beobachten sind.

Die Bildende Kunst ist unbestritten das kulturelle Aushängeschild für die Stadt Köln. Festzustellen ist allerdings, dass Köln immer noch von einer langen Tradition und gewachsenen Strukturen profitiert, von der wichtigen Galerienszene, den Künstlern und der freien Szene. Dieser außergewöhnliche Reichtum wird ebenfalls von der Politik nicht entsprechend wahrgenommen und gepflegt. Es fehlt an ausreichend gefördertem Atelierraum und an Ausstellungsmöglichkeiten für junge Künstler. Gestaltende Kulturpolitik muss sich dieses für Köln so wichtigen Bereiches aktiv annehmen und mit den zahlreichen Initiativen, die Bildende Kunst vermitteln, zusammenarbeiten. Die Erhaltung und zusätzliche Schaffung von Atelier- und Ausstellungsräumen muss bei hoher Priorität in neuen Formen von privater und öffentlicher Zusammenarbeit verfolgt werden.

Köln verfügt über eine Vielzahl großer und kleinerer Veranstaltungen im Bereich der Literatur. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Literatur in Köln gegenüber den anderen Bereichen der Kultur einen deutlichen Aufschwung in Wahrnehmung und Publikumszuspruch erfahren hat.

➤ Das Literaturhaus, die SK Stiftung Kultur, die Stadtbibliothek und die vielen aktiven Buchhandlungen, die Lit.Cologne, die Off-Szene bis hin zu in Köln produzierten Literatursendungen bilden ein gutes Fundament, was es zu stärken und zu unterstützen gilt.

Die Wertschätzung für den Film und die Medienkunst als Ausdruck künstlerischen Schaffens ist in Köln nicht ausgeprägt. Es fehlt die Einbettung in eine die Medienförderung betreffende ganzheitliche Konzeption. Die filmkulturellen Angebote sind überwiegend in privater Trägerschaft, chronisch unterfinanziert und schlecht vernetzt.

➤ Köln verfügt über ein ansehnliches Angebot freier Träger in der Film- und Medienszene. Viele sind in ihrem Fortbestand akut gefährdet. Es gilt daher diese Träger zu stärken. Die KölnSPD wird die Neukonzeption und Wiedereröffnung der Cinemathek im Museum Ludwig unter Einbeziehung der freien Träger vorantreiben.

Eine Stadt, in der ein Drittel aller deutschen Fernsehproduktionen entsteht, muss sich des enormen kreativen Potenzials dieser filmkulturellen Szene annehmen.

Köln und sein Stadtbild berührt nur am Rande den kulturpolitischen Bereich, dennoch ist die Forderung nach einer städtebaulichen Gesamtplanung, die berücksichtigt, dass Städtebau nicht nur Wirtschaftsbau ist, sondern auch mit Lebensqualität und Stadtbaukultur zu tun hat, an dieser Stelle berechtigt. Die Trennung der Themen Stadtentwicklung und Wirtschaft in der Dezernatszuständigkeit scheint jedenfalls ein richtiger Schritt zu sein.

Und nicht zuletzt:

Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010 – Chancen und Pflichten

Köln ist eine westeuropäische Stadt der Künste mit enormen Potenzialen in den aufgezeigten Bereichen. Diese gilt es zu pflegen und an einigen Stellen weiterzuentwickeln.

- Die KölnSPD begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Bewerbung Kölns zur Kulturhauptstadt Europas 2010 und wird aktiv am Gestaltungsprozess mitwirken. Dies setzt auch voraus, dass, wenn Köln den Zuschlag erhalten hat, daraus ein gesamtstädtisches Projekt mit höchster Priorität und entsprechender öffentlicher und privater Finanzausstattung wird.

Die Bewerbung Kölns als Kulturhauptstadt Europas 2010 bietet der Stadt die große Chance, die Herausforderungen der Zukunft zu bündeln und die Entwicklung der Stadt in allen Bereichen voranzutreiben. Dies gilt in der Vorbereitung bis 2010 und in besonderer Weise natürlich im Hauptstadtjahr selber. Hier rückt die Stadt in den Mittelpunkt der internationalen, öffentlichen Aufmerksamkeit – sie wird zur Bühne der europäischen Idee. Die klangvollen Namen der bisherigen Kulturhauptstädte und deren enorme kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwünge sind Köln Verpflichtung und Ansporn zugleich. Mit seiner zentralen Lage am Rhein ist die Stadt internationaler Knotenpunkt für Menschen, Waren und Ideen.

Die lebendige Gegenwart der kulturellen Substanz und die experimentellen Ideen Kölns erfüllen nicht nur die hohen Anforderungen der Europäischen Union an ihre Kulturhauptstadt, sondern sind in der Lage, drei selbstgesetzten Zielen zu genügen: Köln macht sein historisches Erbe stärker zugänglich (Via culturalis, Via sacra, Via nova, Via literaris und anderes mehr). Köln stimuliert das außergewöhnliche bürgerschaftliche Engagement. Und Köln nutzt die innovative Kraft seiner starken freien Kulturszene für die Entdeckung neuer künstlerischer Entwicklungen und Ausdrucksformen.

Die viertgrößte Stadt Deutschlands bietet in jeder Kunstsparte unterschiedliche Fragen an und Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Der Titel einer Kulturhauptstadt entwickelt die Identität als westeuropäisches Kulturzentrum fort. Großzügigkeit, Offenheit und Transparenz im Denken und Handeln demonstrieren den Anspruch einer Kulturmetropole von europäischen Rang. In Köln sind alle Kulturen Europas und der Welt präsent. Im Dialog der Kulturen entsteht Wertschätzung für das jeweils andere. Eigener und fremder Blick berühren, vergleichen und verändern sich in Gegenseitigkeit.

Köln lädt Europa ein und dies ist von Interesse für die internationalen Gäste und Beobachter der Kulturhauptstadt, aber auch und gerade für die eigene Bevölkerung und hier besonders für die junge Generation. Die Internationalisierung unserer Stadt stellt darüber hinaus eine

Bereicherung des kulturellen Lebens dar. Kunst und Kultur sind dabei ein wichtiger Katalysator des Integrationsprozesses.

- Die KölnSPD will den Dialog und Austausch der verschiedenen Kulturen fördern, denn aus dem gegenseitigen Kennen lernen entspringen Toleranz, Achtung und Wertschätzung füreinander.

Solidarische Stadtgesellschaft im 21. Jahrhundert

Köln ist eine liebenswerte Großstadt mit Vielfalt und Kraft in allen Lebensbereichen: Bildung, Kultur, Wirtschaft, Sport und Soziales. Allerdings ist die soziale Balance dieses in Jahrhunderten gewachsenen urbanen Lebens von Menschen mit sehr unterschiedlichen Talenten, Zielen und Wertvorstellungen bedroht.

- Die derzeitige Stadtführung verschärft die soziale Polarisierung. Sie hat erkennbar keine Antworten auf den wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Wandel zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ihr fehlen Konzeption und Verlässlichkeit. Enttäuscht wenden sich damit immer mehr Bürgerinnen und Bürger von der Stadtpolitik ab.

Die KölnSPD setzt dagegen auf die Vision einer Stadt, in der sich bürgerschaftliches Engagement und verlässliches Handeln von Rat und Verwaltung verbinden und gegenseitig stärken.

- Ziel der KölnSPD ist eine Stadt, in der sich alle zu Hause fühlen können, die allen faire Entwicklungschancen gibt und in der das Zusammenleben von gegenseitiger Achtung und Hilfsbereitschaft geprägt wird. Diese gemeinsame Idee ist die verbindende Kraft aller Gruppen in einer sozialen Stadt. Sie ermöglicht Individualismus in Solidarität.

Megatrends zur Zukunft der Stadtgesellschaft: Solidarität und Vielfalt sichern

Lebensqualität in Köln, Toleranz zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie sozialer Ausgleich sind Kern sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Wir in Köln leben in einer Metropole mit sozialer Lebensqualität, die sonst nur in viel kleineren Städten zu finden ist. Diese Lebensqualität wollen wir sichern. Eine wichtige Rolle dabei spielen die Veedel.

- Generell wird die Stadtpolitik der KölnSPD das Ziel haben, folgende Trends sich verstärkender Polarisierungen zu verhindern, abzumildern und zu kompensieren: Alt gegen Jung, Arm gegen Reich, Menschen mit gegen Menschen ohne schulische oder berufliche Qualifikation, Gesamtstadt gegen Veedel, Stadt gegen Umland – und vielleicht sogar zunehmend: Kölsche contra Immis.

Die derzeitigen Entwicklungen gefährden den sozialen Zusammenhang der Stadtgesellschaft. Auch in Köln zeigen sich bereits 'überforderte Nachbarschaften' in einigen Veedeln, während in anderen Veedeln der Wohlstand wächst und private Sicherheitsdienste engagiert werden. So

geht die soziale Stabilität als Basis einer sozialen Balance von Stadtteilen und Wohngebieten verloren.

- Die KölnSPD orientiert ihre Sozialpolitik an dem Ziel, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen, um Lebensqualität und Entwicklungschancen für Kölnerinnen und Kölner zu sichern.

Unsere Leitlinien einer sozialen Stadtpolitik: Nah an den Menschen im Veedel

Die Einhaltung folgender zentraler Leitlinien werden das sozialpolitische Handeln der KölnSPD bestimmen:

Gerade in einer Millionenstadt haben Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf übersichtliche Verwaltungsstrukturen und kommunale Serviceleistungen vor Ort. Dezentraler Bürgerservice stärkt die Identifikation mit dem Wohnumfeld und fördert die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement für das gemeinschaftliche, solidarische Leben im Veedel.

- In die neue dezentrale Stadtstruktur will die KölnSPD auch die bisherigen Bürgerämter der Stadtbezirke einbeziehen. Nach Maßgabe der Haushaltskonsolidierung sollen sie wieder gestärkt werden, um einerseits einen umfassenden Bürgerservice anzubieten, andererseits als handlungs- und leistungsfähige Bezirkszentralen in der neuen dezentralen Stadtstruktur zu arbeiten. (Die/der Leiter/in des Bürgeramtes erhält als zusätzliche Aufgabe die Koordination der bezirklichen Veedelskontore) Ist zu ersetzen durch den nachfolgenden Satz: Unter Federführung der Bezirksvertretung werden die Veedelskontore eingebunden
- Stadtpolitik ist mehr als Sozialpolitik; Sozialpolitik ist aber unverzichtbarer Bestandteil der Stadtpolitik. Alle Vorhaben in anderen Politikfeldern wie Schule, Kultur, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Sport etc. sind ständig darauf zu prüfen, ob sie ‚sozialverträglich‘ sind, also die soziale Balance in der Stadt fördern und Integration ermöglichen.
- Sozialpolitik in Köln muss sich neu ausrichten: hin zur Sozialraumorientierung. Veedel mit hohem Anteil an Bürgerinnen und Bürgern mit besonderem Unterstützungsbedarf (etwa Alleinerziehende, Senioren, Behinderte, Migranten, Arbeitslose) haben bei dieser Umorientierung Priorität.
- Absoluten Vorrang müssen der Erhalt bzw. die Wiedereinrichtung und ggf. der Ausbau von ‚Notdiensten‘ haben, die Überleben, Existenz und Integration von Menschen sichern. Beispiele sind hier die Wohnungsnothilfe, die Schuldnerberatung, das ambulante

sozialpsychiatrische System sowie Notschlafstellen und in Obhutnahmen für Menschen, die auf der Straße leben.

- In allen Bereichen der Daseinsvorsorge in den Stadtteilen hat das Bürger-Engagement eine zentrale Bedeutung: von der Nachbarschaftshilfe, über die Vereinsarbeit bis hin zur gemeinwesenorientierter Arbeit im Veedel. Sozialraumorientierung heißt hier, dass solidarische Bürgerarbeit die hauptamtliche geleistete Facharbeit von Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Schulen und Verwaltung ergänzt. Die soziale Bürgerarbeit soll deshalb nicht nur Anerkennung, sondern eine nachhaltig öffentlich geförderte finanzielle und fachliche Struktur und Begleitung erhalten.
- Kommunalpolitik in den Bezirksvertretungen und im Rat benötigt einen stärkeren Austausch mit freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Es müssen deshalb verbindlichere Strukturen für ihre Teilhabe im Vorfeld politischer Entscheidungen geschaffen werden, um Partizipation zu stärken und der Politikverdrossenheit Einhalt zu gebieten. Freiwillige Mitwirkung in der sozialen Bürgerarbeit ist dabei unverzichtbar für die Legitimation dieser Teilhabe.

Projekte und Pläne für die soziale Zukunft Kölns

Die pauschale Zentralisierung von Leistungen – wie von CDU und Grünen derzeitig betrieben - ist keine Antwort auf die Finanzkrise, sondern wird die Negativtrends noch verstärken, weil die Stadtteile weiter geschwächt werden.

- Die KölnSPD wird sich dafür einsetzen, dass stadtweit bedarfsgerecht eine neue dezentrale Stadtstruktur eingerichtet wird, deren Herzstück „Veedelskontore“ mit einem gebündelten Vor-Ort-Angebot gesamtstädtischer Dienstleistungen sein werden.

■ Veedelskontor – Raum für alle

Die Veedelskontore werden auch alle Beratungs- und Hilfeangebote kommunaler und freigemeinnütziger Träger übersichtlich und bürgernah aus einer Hand anbieten. Dort, wo dieses Basisangebot wegen spezieller Probleme nicht ausreicht, wird verbindlich der Weg zu weiterführenden Fachdiensten geebnet.

Ziele des Aufbaus der Veedelskontore sind neben Bürgernähe vor allem die Schaffung neuer Strukturen zur Sicherung von Qualität, Bedarfsorientierung und Gerechtigkeit des Leistungsangebots. Vor Ort wird das Angebot durchforstet und damit der heutigen Zersplitterung, der Doppel- und Mehrfachbetreuungen, der Unübersichtlichkeit und Lückenhaftigkeit wirksam Einhalt geboten, Hilfen aus einer Hand werden damit möglich. Durch eine solche Neuordnung der sozialen Dienstleistungen der Stadt Köln werden folgende Ziele erreicht:

- Die Bereitstellung der Hilfen wird transparenter, übersichtlicher, effektiver und kostengünstiger.
- Versorgungslücken werden im Interesse der Bürgerinnen und Bürger geschlossen.

Das Ziel ist die Stabilisierung der einzelnen Stadtteile, wobei Ausgangspunkt für diese Bemühungen das von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entwickelte und eingeführte Pro-veedel-Programm ist. Dieses werden wir ausbauen.

■ Sozialraumbudgets sichern Finanzierung

Sowohl Bund, Land als auch Stadt müssen ihre Haushalte konsolidieren. Damit gerade trotz verknappter Mittel in sozialen Notlagen wirkungsvoll geholfen werden kann, müssen diese Mittel künftig ämterübergreifend auf Stadtteilebene gebündelt werden.

- Konkret bedeutet dies, dass die bislang getrennt im Haushalt aufgeführten Bereiche (beispielsweise Jugend, Bildung, Soziales, Gesundheit, Sport) in Sozialraumbudgets überführt werden. Dadurch wird eine bedarfsgerechte, auch für die Bürgerinnen und Bürger transparente Verteilung möglich. Die Verantwortlichen in den Stadtteilen können so besser integrierte Programme zur Stärkung ihrer Stadtteile entwickeln. So wird die Verantwortung auf allen Ebenen zusammengeführt und Mitgestaltung im Interesse der in den jeweiligen Stadtteilen lebenden Kölnerinnen und Kölner möglich.

■ Stärkung der Bürgerbeteiligung

Die Bürgerinnen und Bürger müssen aktiver in die Lösung wohnortnaher Probleme einbezogen werden. In einer Ellenbogengesellschaft ziehen am Ende alle den Kürzeren!

- Die stadtweiten Projekte zur Förderung der freiwilligen Bürgerarbeit sind auszubauen und um Veedelsprojekte zu ergänzen. Dabei wollen wir auch modellhaft erproben, wie vor Ort Bürgerinnen und Bürger ein Veedelsbudget eigenverantwortlich einsetzen können.
- Die Stadt kann bürgerschaftliches Engagement fördern, sollte sich aber darüber klar sein, dass auch ehrenamtliches Engagement eine knappe Ressource ist. Vor allem benötigen soziale Projekte und Initiativen langfristige Perspektiven, wenn sie überhaupt wirken sollen. Es muss daher Ziel jeder sozialen Stadtpolitik sein, gleichzeitig Verlässlichkeit und Flexibilität sozialer Projekte zu sichern.

■ Sicherung der Teilhabe

Die verstärkte Stadtteilorientierung muss getragen sein von städtischen Gesamtprogrammen, die sicherstellen, dass die Bedürfnisse bestimmter Gruppen angemessen berücksichtigt werden. Gerade hier gilt es, durch Sicherung der Teilhabe Ausgrenzung zu verhindern oder zu beseitigen. Die KölnSPD wird sich daher an folgenden Vorhaben orientieren.

- Der ‚Plan für ein seniorenfreundliches Köln‘ ist uneingeschränkt umzusetzen, damit ältere Bürgerinnen und Bürger in allen Stadtteilen von Kontaktmöglichkeiten, Beratung und Hilfe Gebrauch machen können. In diese Netzwerke ist die Kölner Seniorenvertretung aktiv einzubeziehen. Die Angebote für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sind gemäß den Vorgaben des Kölner Pflegebedarfsplanes zügig weiter zu entwickeln. Ziel muss es sein, Heimunterbringungen durch den Ausbau ambulanter Dienste möglichst zu vermeiden.
- Köln muss noch kinder-, jugend- und familienfreundlicher werden. Dazu ist ein neues Verständnis von öffentlicher, d. h. von Bürgerinnen und Bürgern getragener Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen erforderlich. Wir treten dafür ein, den Ausbau von Betreuungsangeboten noch stärker unter den Gesichtspunkt besserer Bildung und Chancengleichheit zu stellen (siehe auch Kapitel „Unsere Kölner Zukunft – Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen). Stadtplanung und Stadtentwicklung haben dafür Sorge zu tragen, dass Kinder, Jugendliche und ihre Familien Spiel- und Gestaltungsräume vorfinden.
- Köln braucht wieder Frauen-Power! Das durch die Bundesregierung bereits im Koalitionsvertrag verankerte Prinzip des Gender Mainstreaming soll in Köln in allen Bereichen von Politik und Verwaltung umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass alle politischen Entscheidungen und Maßnahmen, beispielsweise für Kinder und Jugendliche, für Familien, Seniorinnen und Senioren in den Bereichen Arbeitsmarkt, Städte- und Wohnungsbau, Soziales und Gesundheit unter dem Gesichtspunkt überprüft werden, welche Auswirkungen sie auf Männer und Frauen haben werden. Zur Durchsetzung dieser Ziele, damit Frauen und Männer in allen Lebensbereichen die gleichen Chancen haben, ist das Frauenamt in seiner ursprünglichen Aufgabenstruktur notwendig.
- Zu den vorrangigen Zukunftsaufgaben in den Stadtteilen gehören Entwicklung und Sicherstellung von Angeboten für Alleinerziehende, junge Familien sowie Seniorinnen und Senioren aus dem Veedel. Dabei ist die bewährte interkulturelle Zusammenarbeit fortzusetzen.
- Wichtigstes soziales Bindemittel in den Kölner Stadtteilen sind die vielen bürgerschaftlichen Vereine, die neben ihren speziellen Vereinsaktivitäten (wie etwa Sport oder Karneval) auch den

nachbarschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.
Diese Strukturen werden wir weiter unterstützen.

- Die bewährten Programme für Kinder aus sozialbenachteiligten Familien mit gesundheitlichen Problemen oder Handicaps (wie die Frühförderung), von Gewalt bedrohte Frauen, Prostituierte, psychisch Kranke, Drogenabhängige, Alkohol- und Medikamentenabhängige sowie Aids-Kranke sind bereits heute vorbildlich organisiert und müssen bedarfsgerecht fortgeführt werden. Das gleiche gilt für die Hilfen für alleinstehende Wohnungslose und Haushalte in Obdachlosigkeit.
- Menschen mit Behinderungen benötigen sensible und vorausschauende Stadtplanung und Stadtgestaltung, deshalb müssen die von der SPD-Fraktion in den Rat eingebrachten Vorschläge für ein barrierefreies, behindertenfreundliches Köln (*siehe* www.koelspd2004.de) zügig umgesetzt werden. Dabei ist die Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen bzw. ihrer Selbsthilfeorganisationen weiter auszubauen. Da viele spezielle Hilfen für diese Menschen ab Mitte 2004 nicht mehr durch die Stadt Köln, sondern den Landschaftsverband Rheinland erbracht werden, werden wir mit unseren Vertreterinnen und Vertretern in den politischen Gremien des LVR darauf achten, dass diese weiterhin bedarfsgerecht erbracht werden.
- Für dauerhaft benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt sind weiterhin und verstärkt leicht zugängliche Arbeitsmöglichkeiten zu vermitteln. Diese dienen der beruflich-sozialen Teilhabe, der Gesunderhaltung und der Qualifizierung für den allgemeinen Arbeitsmarkt beziehungsweise als Ersatz für dort nicht erreichbare Stellen. Wir werden die beispielhafte und erfolgreiche Kooperation zwischen Arbeitsverwaltung und Sozialverwaltung fortsetzen, um arbeitslose Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Gesundes Köln – Fit für die Zukunft

Kaum ein Thema ist für die Bürgerinnen und Bürger so wichtig wie ihre eigene Gesundheit und die Gesundheit ihrer Familie. Zugleich ist Gesundheit weit mehr als nur ein privates Gut. Die Gesundheit der Menschen ist eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Gemeinwesens. Folgerichtig wird die gesundheitliche Infrastruktur einer Millionenstadt wie Köln zunehmend auch zu einem wichtigen Standortfaktor im interkommunalen Wettbewerb.

■ Konsequente Gesundheitsförderung

Konsequente Gesundheitsförderung kann zu einer Senkung gesundheitsbedingter Ausgaben (zum Beispiel im Sozialetat) führen, so

dass auch unter haushalterischen Gesichtspunkten eine aktive kommunale Gesundheitspolitik hohe Priorität genießen sollte. Die KölnSPD ist sich der aus dieser Situation resultierenden Verantwortung bewusst. Dabei fühlt sich die KölnSPD dem Gesundheitsförderungsansatz der Weltgesundheitsorganisation verpflichtet. Dies bedeutet konkret, dass wir in Köln eintreten

- für die Schaffung und Erhaltung einer gesunden städtischen Umwelt,
- für den Abbau sozialer Hemmnisse für Gesundheit sowie
- für die Stärkung von Kompetenz und Eigenverantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger für ihre Gesundheit.

Folgende Maßnahmen hält die KölnSPD in diesem Zusammenhang für vordringlich:

- die stärkere Einbeziehung der Gesundheitsverträglichkeitsprüfung in kommunalpolitische Entscheidungen zur Stadtsanierung und -entwicklung,
- die Sicherung sowie bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Hilfe und Beratung für Schwangere, Mütter und Familien,
- die Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern insbesondere aus sozio-ökonomisch schlechter gestellten Familien sowie die Förderung einer gesunden körperlichen, seelischen und emotionalen Entwicklung von der frühesten Kindheit an,
- die Sicherung der gesundheitlichen Versorgung für Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Lage oder ihrer persönlichen Situation keinen ausreichenden Zugang zum gesundheitlichen Versorgungssystem haben, wie zum Beispiel insbesondere psychisch Kranke, Wohnungslose, Abhängigkeitskranke sowie Menschen mit Migrationshintergrund,
- die Verbesserung der ärztlichen Versorgung in Notfällen und außerhalb der Sprechstundenzeiten durch die zuständigen Träger,
- die Sicherung angemessener gesundheitlicher und pflegerischer Hilfen für ältere Menschen unter besonderer Berücksichtigung psychisch kranker und verwirrter Personen, wozu insbesondere die aktive Unterstützung betroffener Angehöriger in kurzfristigen Notlagen zählt.

Bei der Umsetzung der gesundheitspolitischen Ziele setzt die KölnSPD auf die Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität, der Förderung von Eigeninitiative und Selbsthilfe sowie auf die konsensgetragene sektorübergreifende Kooperation mit allen maßgeblich am Gesundheitswesen in der Stadt Beteiligten.

- Wichtiges Gremium für die Konsensfindung und Abstimmung ist die vom Rat der Stadt berufene kommunale Gesundheitskonferenz Köln.

Die KölnSPD wird dieses Gremium stärken und mehr noch als bisher in die Entwicklung der gesundheitlichen Versorgung der Kölnerinnen und Kölner einbinden.

■ Daseinsvorsorge mit den städtischen Kliniken

Die Kliniken der Stadt Köln sind einer der größten Krankenhauskonzerne der Bundesrepublik - mit Umsätzen von über 200 Millionen Euro pro Jahr und annähernd 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

- Die stationäre Krankenhausversorgung gehört zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge und ist damit eine öffentliche Aufgabe. Die KölnSPD bekennt sich zu dieser Verpflichtung und setzt sich deshalb für den Erhalt städtischer Kliniken ein.
- Städtische Kliniken bedürfen einer flexiblen und effizienten Steuerung und einer Rechtsform, die dies zulässt, aber gleichzeitig den städtischen Einfluss sichert.
- Für die Zukunft dieser Kliniken ist es unabdingbar, sich weiterhin den Herausforderungen des stärker werdenden Wettbewerbs zu stellen, um auch zukünftig qualitätsvolle und wirtschaftliche Dienstleistungen für die Kölnerinnen und Kölner erbringen zu können.

Und nicht zuletzt:

Zusammen sind wir Köln!

Die Integration der Migrantinnen und Migranten ist an dem von der KölnSPD beschlossenen Konzept (das Gesamtkonzept unter www.koelnspd2004.de) auszurichten. Ziel ist es, die rund 250.000 Kölnerinnen und Kölner, die aus anderen Ländern in die Rheinmetropole zugewandert sind, besser zu integrieren. Dabei ist uns bewusst, dass die Integration von Zuwanderern sowohl neue Potenziale und Chancen mit sich bringt, als auch neue Herausforderungen schafft und Konflikte auslöst.

- Unsere Integrationspolitik wird Sorge tragen, dass niemand zum Verlierer von Zuwanderungsprozessen und deren lokale Folgewirkungen, beispielsweise in den Veedeln dieser Stadt, wird.

Für die Integrationspolitik der KölnSPD gilt deshalb der Grundsatz von Fördern und Fordern. Wir wollen Integration fördern, indem wir Zugewanderten Angebote zur sprachlichen und beruflichen Qualifizierung und zur sozialen Orientierung und Teilhabe unterbreiten. Wir erwarten andererseits die Bereitschaft der Zugewanderten, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse eines toleranten und friedlichen Miteinanders aktiv daran mitzuwirken, dass sie gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft sind. Dazu gehört vor allem die aktive Beteiligung im

Bildungs- und Ausbildungssektor, aber auch interkulturelles Wirken im Kultur-, im Sport-, im Sozialbereich, in der Stadtentwicklung sowie bei der politischen Partizipation.

Köln hat in der Vergangenheit bereits oft unter Beweis gestellt, dass es bereit und in der Lage ist, humanitäre Hilfen für Flüchtlinge zu leisten. Unsere Politik zielt – im Gegensatz zu den Absichten der CDU – darauf ab, alle Stadtteile gleichermaßen, etwa bei der Unterbringung von Flüchtlingen – zu beteiligen. Damit wird sichergestellt, dass die Verantwortung und die Belastungen, die mit humanitärer Hilfe verbunden sind, von allen in der Stadtgesellschaft solidarisch getragen werden:

- Ein arbeitsfähiger Runder Tisch soll eingesetzt werden, ausgestattet mit Kompetenzen und Befugnissen. Der Runde Tisch sollte allerdings nicht nur Unterbringungsfragen regeln, sondern auch alle wichtigen Bereiche der kommunalen Flüchtlingspolitik bearbeiten.
- Frühzeitige Einbindung gesellschaftlicher Gruppen und der in der Nachbarschaft betroffenen Menschen
- Dezentrale Unterbringung – keine Gettoisierung von Flüchtlingen
- Erhalt der Beratungsstellen für Flüchtlinge
- Besondere Förderung der schulischen und beruflichen Integration junger Flüchtlinge, um dadurch auch ein Abrutschen in die Kriminalität zu verhindern

Zusätzlich setzen wir uns beim Land und beim Bund – entgegen der CDU, die durch ihre Blockadehaltung beim Zuwanderungsgesetz eine gerechte und sozialverträgliche Lösung boykottiert - dafür ein, dass es auch für unerlaubt eingereiste Menschen einen Verteilungsschlüssel analog dem Asylverfahren gibt, um eine Entlastung für Köln zu erreichen.

Unsere Kölner Zukunft - Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen

Die große Pluralität der Lebensformen, das Ende der Vorherrschaft der Kleinfamilie mit dem alleinverdienenden Vater und einer im Haushalt tätigen Mutter, ist in der modernen Gesellschaft ein nicht mehr weg zu diskutierendes Faktum. Von der Qualität der Kindheit hängen die Lebenschancen, das heißt die Chancen auf Teilhabe an den gesellschaftlichen Entwicklungen, ab.

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war Europa ein „jugendlicher Kontinent“, die Sozialpolitik war darum bemüht, die Lebenssituation der Älteren zu verbessern, heute drohen die europäischen Gesellschaften zu überaltern und es wird nötiger, in den Wohlstand von Kindern zu investieren. Die jungen Familien stehen heute vor neuen Herausforderungen. In den postindustriellen Gesellschaften kann Familiengründung eine Armutsgefahr sein.

Die Kölner Zukunft ist gewährleistet, wenn Familien, Kindern und Jugendlichen eine Chance gegeben wird. Dabei sind viele Familien von gesellschaftlichen und sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Verarmung, sozialer Ausgrenzung und den Folgen von Migration betroffen. Die Wahrnehmung der Chancen ist nur möglich, wenn die Kommunalpolitik im Rahmen ihrer Möglichkeiten politische, ökonomische und soziale Bedingungen schafft, die Familien, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung und ihrer Lebensperspektive stärkt.

Köln – eine familienfreundliche Stadt

- Die KölnSPD hat den Köln-Pass mit ihrer damaligen Mehrheit beschlossen, um Familien, die nicht auf der „Sonnenseite“ leben, eine Teilhabe am städtischen Leben, Mobilität und die Benutzung von kommunalen Einrichtungen zu ermöglichen. Dieses Ziel verfolgen wir auch unter den schwierigen kommunalen Finanzbedingungen weiter.
- Die KölnSPD wird dafür Sorge tragen, dass für Familien, soweit sie Beratung, Unterstützung und Hilfe benötigen, Angebote wie z.B. Familien- oder Erziehungsberatung bereitstehen.
- Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Spielplätze und Grünanlagen erhalten bleiben, mit Spielmöglichkeiten für alle Altersgruppen ausgestattet und für alle Generationen attraktiv gestaltet sind.
- Bei der Gestaltung und Veränderung des Lebensumfeldes, z.B. bei der kommunalen Verkehrs- und Wohnungsbaupolitik, sind die Bedürfnisse der Familien besonders zu berücksichtigen und ihre Interessen im Rahmen eines Familienforums einzubeziehen.

- Die Stadt Köln muss ein soziales Frühwarnsystem aufbauen, in dem unterschiedliche soziale Fachdienste zusammenarbeiten, um solche Familien zu unterstützen, die mit der Geburt und Erziehung von Kindern überfordert sind, bzw. um problematische Entwicklungen gerade bei Kindern bereits im Ansatz zu erkennen und anzugehen.
- Deshalb unterstützt die KölnSPD die Initiative der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Schaffung lokaler Bündnisse für die Familie: „ Partner für mehr Familienfreundlichkeit“.

Die Chancen für eine gelingende Erziehung können nur wachsen, wenn Eltern und Familie, wenn die Verantwortlichen in Kindergarten, Schule und Jugendhilfe, die Bekannten und Freunde in Nachbarschaft und Stadtteil sich kümmern und vertrauensvoll zusammenwirken.

- Aus diesem Grund fordert die Kölner SPD Hilfe und Unterstützung für Kinder und Jugendliche vor Ort als Bedingung für Chancengleichheit.

Gemeinsam wirken - Erziehung stärken

Familie, Kindergarten, Schule, Nachbarschaft und Lebenswelt, die Medien, die Gesellschaft – sie alle sollen verantwortlich sein für das Wohl und Scheitern von Kindern und Jugendlichen. Trotzdem finden sich oft nur wenige, die die Verantwortung tatsächlich übernehmen.

Oft genug werden Zuständigkeiten hin- und hergeschoben, Schuldige gesucht und Ideologien thematisiert, wo Handeln angesagt wäre. Viele Institutionen kümmern sich um ein Kind oder einen Jugendlichen und ihre Familien – oft, ohne dass sie von einander wissen. Sie arbeiten nebeneinanderher und viele Kinder und Jugendliche fallen so einfach durch die „Mitte“.

- Die Kölner SPD findet, dass es Zeit wird, diese Lücke zu schließen : Schule, Jugendverbände, Gesundheitseinrichtungen, Sportvereine, kulturelle Institutionen und kommunale Einrichtungen müssen gemeinsam zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen wirken.
- Die unterschiedlichen Hilfsangebote müssen miteinander vernetzt und koordiniert werden, mit dem Ziel das Selbsthilfepotenzial der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familie zu stärken.

„Kommunale Bildungslandschaften“ für Kinder und Jugendliche

Unsere Vision ist ein Ort, an dem LehrerInnen und ErzieherInnen gemeinsam mit Ärzten, Sporttrainern und anderen die Entwicklung des Kindes begleiten.

- Die KölnSPD setzt sich aus diesem Grund für die Schaffung „Kommunaler Bildungslandschaften“ ein.

- Mit dem Motto „Bildung von Anfang an“ und den Erkenntnissen über die Bedeutung der frühen Kindheit werden Bildungsangebote für Eltern und Kinder von der Geburt an in die kommunale Bildungslandschaft integriert.
- Darüber hinaus werden die bestehenden Angebote im Rahmen der Tagespflege (öffentlich wie privat) vernetzt. Eltern erhalten somit die Chance, das für sie und ihr Kind geeignete Angebot auszuwählen.

Ziel ist die optimale und individuelle Förderung von Kölner Kindern und Jugendlichen durch eine gesteuerte Vernetzung aller relevanten Bildungs- und Erziehungsakteure.

Unter Bildung verstehen wir mehr als schulisches Lernen: Körperliche und intellektuelle Entwicklung wird im Kindergarten gemeinsam mit den Eltern beobachtet und gefördert. Familienhilfen und Vorsorgeuntersuchungen werden hier koordiniert.

Die Förderempfehlungen der ErzieherInnen bilden die Grundlage für die pädagogische Arbeit in den Grundschulen, in denen weiterhin verschiedene Professionen zusammenarbeiten. Vielfältige Erkenntnisse über Stärken und Schwächen eines Kindes dienen der optimierten individuellen Bildungsunterstützung.

So ist das primäre Ziel der Kölner SPD zum Aufbau kommunaler Bildungslandschaften, ein gemeinsames Bildungs- und Qualitätsverständnis der einzelnen Institutionen zu schaffen. Es müssen sich Verantwortungsgemeinschaften bilden und eine gemeinsame Steuerungsstruktur aufgebaut werden. Die Institutionen müssen aufgabenbezogen kooperieren und die Unterstützungsleistungen für die Kinder und Jugendlichen koordinieren.

Aufgabe und Chancen der Kölner Tageseinrichtungen für Kinder

Die Tageseinrichtungen sind für Kölner Kinder die ersten Prüfsteine für Chancengleichheit und individuelle Förderung. Bildung bedeutet hier nicht nur die Aneignung von Wissen und Fertigkeiten. Kinder sollen in ihrer sensorischen, motorischen, emotionalen, sozialen, ästhetischen, kognitiven, sprachlichen und mathematischen Entwicklung begleitet, gefördert und herausgefordert werden. Kinder werden so auf künftige Lebens- und Lernaufgaben vorbereitet und zur Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft ermutigt.

Ziel ist es, Kinder in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Sie sollen ihre Entwicklungspotenziale vielseitig ausschöpfen und ihre schöpferischen Verarbeitungsmöglichkeiten erfahren lernen.

Kleine Kinder lernen aus Erfahrungen in konkreten Situationen. Sie sind auf Lernsituationen angewiesen, die sie individuell herausfordern und fördern. Dies bedarf der Entwicklung konkreter Konzepte für die

vorschulische Erziehung. Hierfür ist eine Vernetzung mit den allgemeinen Diensten der Kinder- und Jugendhilfe, der Erziehungsberatung, der Familienhilfe und Familienbildung sowie der Gesundheitsfürsorge, vor allem der Kinderärzte mit den ErzieherInnen und LehrerInnen erforderlich. Fachliche, institutionelle und gesetzliche Hindernisse, die zur Zeit die Zusammenarbeit verhindern, müssen analysiert und beseitigt werden.

- Notwendig ist vor allem ein Ausbau von Fördermaßnahmen für sozial benachteiligte und leistungsschwächere sowie aus Zuwanderer-Familien stammende Kinder und Jugendliche mit dem Ziel der Herstellung von mehr Chancengleichheit.

■ **Qualitätsentwicklung in Kölner Tageseinrichtungen für Kinder**

Der Bildungsauftrag der Tageseinrichtungen für Kinder zeigt, dass nicht vorrangig nur Kinder von erwerbstätigen Eltern früh einen Kindergarten besuchen sollten. Ziel der Kölner SPD ist es, dass zumindest zwei Jahre vor der Einschulung alle Kinder eine Tageseinrichtung besuchen. Wir wollen alle Eltern dazu ermutigen, ihren von der Sozialdemokratie durchgesetzten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz frühzeitig zu nutzen.

- Die Köln SPD will zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen fördern und ausbauen, das heißt, bewährte Modelle weiterhin unterstützen.
- Die finanzielle Situation der Kommune lässt eine flächendeckende Einrichtung von Betreuungsplätzen nicht zu, deshalb unterstützen wir die Elterninitiativen, die in Eigenverantwortung ein Angebot schaffen wollen. Dabei setzen wir uns besonders dafür ein, dass kreative Pilotprojekte eine Chance bekommen.

Die Erzieherinnen und Erzieher bilden den Schlüssel zur Entwicklung unserer Kinder, ihre qualifizierte Ausbildung ist deshalb besonders wichtig.

- Die Kölner SPD fordert aus diesem Grund die Formulierung verbindlicher Anforderungen an die Fort- und Weiterbildung durch die Träger der Tageseinrichtungen für Kinder. Voraussetzung hierfür sollte die Formulierung und Überprüfung von Qualifikationsanforderungen an den Tageseinrichtungen für Kinder sein.

■ **Sprachförderung als Schlüssel für mehr Chancengleichheit**

Eine besondere Bedeutung für die Wahrnehmung von Bildungschancen hat die Sprachkompetenz – bei deutschen und nicht-deutschen Kindern. Das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist die

wichtigste Schlüsselqualifikation. Dies gilt für alle Kölnerinnen und Kölner, für solche mit Migrationshintergrund in besonderer Weise.

Kindertagesstätten mit ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag sind die ersten Einrichtungen, die auch Kinder aus Zuwanderfamilien (pro Jahr werden rund 2.800 Kinder ausländischer Eltern in Köln geboren) umfassend erreichen. Deshalb bietet sich dem Kindergarten die große Chance, interkulturelles Lernen aller Kinder und die sprachliche und soziale Integration der Kinder aus Zuwandererfamilien zu fördern. Um der damit verbundenen Verantwortung gerecht werden zu können, bedarf es der fachlichen Unterstützung der Träger und der pädagogisch Verantwortlichen.

Die KölnSPD wird darauf hinwirken, dass das Land und alle Träger :

- das Tagesstättenangebot für alle Kinder unter dem Gesichtspunkt einer zukunftsorientierten Familienpolitik flächendeckend ausbauen,
- Tageseinrichtungen für Kinder mit einem Migrantanteil bereits ab 50 % fördern,
- bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern besonderes Gewicht auf Kompetenzen zur interkulturellen Erziehung legen und dies in die Curricula aufnehmen,
- erfolgreiche Maßnahmenprogramme zur Integration ausländischer Kinder ausbauen,
- eine Informations- und Werbeoffensive starten, um ausländische und spätausgesiedelte Eltern gezielt für die aktive Mitwirkung in den Kindertagesstätten und deren Gremien zu interessieren und zu motivieren,
- in Kooperation mit Tageseinrichtungen und Weiterbildungsträgern möglichst wohnortnahe Sprachförderangebote für Eltern einrichten.

Für Köln sind diese Maßnahmen von besonderer Bedeutung, da sich die Probleme der Kinder und Jugendlichen mit Sprachdefiziten vor Ort sozial und individuell auswirken.

Einer bedarfsdeckenden und vollständigen Landesfinanzierung ist Priorität einzuräumen, damit diese zentrale Förderung nicht von der Finanzkraft der Kommune abhängig ist.

Etwa jeder 4. Kölner besitzt einen Migrationshintergrund. Bei den Kindern unter 14 Jahren steigt diese Zahl auf 40%. Nach der Bevölkerungsprognose für die Stadt Köln bis 2015, erstellt vom Amt für Wirtschaftsförderung und Statistik, wird diese Zahl weiter deutlich anwachsen. Der Zuzug von Migranten nach Köln geht weiter. 2002 kamen ca. 11.000 Ausländer nach Köln, der Anteil der Migranten an den Zuzüglern aus dem ganzen Bundesgebiet ist hoch.

Das bedeutet: In Köln leben auf Dauer Kinder und Jugendliche, die mehrsprachig mit Deutsch und einer anderen Muttersprache aufwachsen, die die deutsche Kultur kennen und zugleich in ihrer Herkunftskultur verwurzelt sind. Die Mehrsprachigkeit und die Vertrautheit mit dem Leben in unterschiedlichen Kulturen sind ein großes Potenzial, eine enorme Chance für die Schulen und die gesamte Stadt Köln:

Die Existenz mehrsprachiger Schüler/innen schafft völlig neue Chancen für das Sprachenlernen an den Schulen. Die Schüler/innen, die nur mit der deutschen Sprache aufgewachsen sind, können eine neue Fremdsprache direkt anwenden und im Alltag mit Muttersprachlern sprechen. Das kann der klassische Fremdsprachenunterricht nicht bieten.

Die systematische Einbindung der Muttersprachen in schulisches Lernen verbessert die Chance der Migranten, effektiver und schneller die deutsche Sprache zu lernen. Von einem Unterricht, der sprachsensibel ist, haben alle etwas. Auf diese Weise können unter den Schüler/innen die gegenseitige Akzeptanz gestärkt und Vorurteile und Misstrauen abgebaut werden.

Köln ist eine weltoffene Stadt, eine wichtige Drehscheibe zum Westen Europas mit vielfältigen kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Verbindungen. Im zusammenwachsenden Europa sind Mehrsprachigkeit, das unkomplizierte Umgehen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen und Kulturen notwendig. Die speziellen Fähigkeiten der Migranten in diesem Bereich müssen gefördert und ausgebaut werden, sie müssen nutzbar gemacht werden für die europäische Metropole Köln.

Köln ist ein Wachstumsstandort. Dieser Standort wird aber nur eine Zukunft haben, wenn die Wirtschaft auf gut ausgebildete Fachkräfte zurückgreifen kann. Dies gilt auch für die in Köln arbeitenden ausländischen Firmen und die Arbeitgeber mit Migrationshintergrund. Angesichts der Kölner Alterspyramide ist es wichtig, heute auch in die jungen Migranten zu investieren. Sie sind unersetzbar für die Zukunft der Stadt Köln.

Offene Ganztagsgrundschule – ein erster Schritt in die richtige Richtung

Die KölnSPD hat in der Zeit ihrer politischen Verantwortung für einen großen Ausbau des Hortangebotes gesorgt. Köln verfügt dank der Sozialdemokraten über den höchsten Betreuungsstandard in Nordrhein-Westfalen. Der Bedarf an Betreuungsplätzen ist weiter gestiegen, unsere Vision ist ein Ganztagsangebot für alle Kinder. Dies lassen die finanziellen Bedingungen jedoch zurzeit nicht zu.

- Die Politiker der schwarz-grünen Koalition setzen sich für einen Erhalt der Horte ein und streichen gleichzeitig alle kommunalen Zuschüsse. Das ist ein unehrlicher Politikstil!

Die KölnSPD wird bei der Förderung qualifizierter Betreuungsangebote einen wichtigen politischen Schwerpunkt setzen.

- Wir werden bei der Landesregierung dafür eintreten, dass in Stadtteilen mit besonderem Jugendhilfebedarf der hohe Kölner Betreuungsstandard erhalten bleiben kann und ausgebaut wird.
- Der Anteil der freien Träger und Wohlfahrtsverbände muss eingefordert werden. Die Elternbeiträge müssen sozialverträglich gestaffelt zur Finanzierung hinzu gezogen werden.

53 Millionen Euro Investitionshilfe des Bundes im Schulbaubereich für Köln unterstützen die räumliche Verbesserung für die kommenden vier Jahre.

- Die Einführung der offenen Ganztagsgrundschule halten wir für einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

Das Ganztagsangebot unter einem Dach soll die Schulen für mehr Differenzierung und für außerschulische Partner öffnen. Lehrerinnen und Lehrer sowie alle beteiligten Pädagoginnen und Pädagogen haben mehr Zeit für die unterschiedlichen Förderbedarfe und Bedürfnisse der Kinder, zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen, zur Hilfe für diejenigen, die es schwerer haben, und zur Förderung besonderer Begabungen.

Die offene Ganztagsgrundschule verlängert nicht den Unterricht. Sie fügt Vor- und Nachmittag, Unterricht, Förder- und Freizeitangebote zu einem kohärenten Bildungs- und Erziehungskonzept zusammen, das auf dem Schulprogramm basiert. Das „ganztägig geöffnete Haus des Lernens“ zeichnet sich durch fünf Merkmale aus:

- **Offenheit für Kinder und Eltern**, die ein freiwilliges Angebot vorfinden, für das sie sich entscheiden können, aber nicht müssen. Die Angebote müssen so attraktiv sein, dass die Kinder gern hingehen und die Eltern durch die Lernerfolge überzeugt werden.

- **Offenheit für viele Partner der Schule**, für Jugendverbände, Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereine. Öffnung von Schule wird ein System verbindlicher Absprachen über gemeinsam konzipierte Angebote. Die offene Ganztagsgrundschule bündelt diese Angebote im Umfeld der Schule. Die Schule und ihre Partner müssen sich über gemeinsame Bildungsziele verständigen.

- **Offenheit für unterschiedliche Professionen**. Nicht nur Lehrerinnen und Lehrer sind in der Lage Kinder angemessen zu fördern. Kinder brauchen unterschiedliche Ansprache und Ansprechpartner. Was einem weniger gelingt, gelingt einem anderen besser. Auch die Lehrerinnen und

Lehrer gewinnen dadurch, dass sie die Kinder in anderen Kontexten erleben.

- **Offenheit für unterschiedliche Förderintensitäten:** Die Landesregierung will mit der Pauschalfinanzierung pro Kind den Kommunen und den Schulen die Möglichkeit geben, das Geld so einzusetzen, dass jedes Kind die Förderung erhält, die es braucht. Sprachfördergruppen mit wenigen Kindern sind genauso wichtig wie Sportangebote und Instrumentalensembles mit vielen Kindern. Offene Ganztagsgrundschule soll Kinder nicht im Klassenverband durch fünf Tage von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr und dann noch durch die Ferien beschäftigen. Die offene Ganztagsgrundschule hat klassenübergreifende, altersgemischte und differenzierte Gruppen.

- **Offenheit für Erziehungspartner:** Eltern müssen nicht mehr an verschiedenen Orten nachfragen, um zu erfahren, wie es ihren Kindern geht. Elternberatung unter dem Dach der Schule hat einen erheblich höheren Wirkungsgrad. Wenn dann noch ein Sprachkurs für Mütter dazukommt, erhöht sich auch die Wirkung des Sprachförderangebotes für die Kinder. Eine Institution muss die Entwicklung des Kindes bestmöglich und individuell begleiten.

Die offene Ganztagsgrundschule ist nicht durch ministerielle Anordnung oder kommunalen Gründungsbeschluss zu verwirklichen. Das Land bietet mit dem Dach der Schule einen Rahmen und mit der Finanzierung von 820 Euro pro Kind pro Jahr einen Anreiz. Viele offene Ganztagsgrundschulen werden noch eine Weile mit additiven Konzepten arbeiten, aber die Chance für ein so notwendiges integratives Konzept ist damit geschaffen.

Pisa - Konsequenzen aus Kölner Sicht

In Ländern, die bei der PISA- Studie mit guten Ergebnissen abgeschnitten haben, ist vielfach eine höhere Wertschätzung für Schule und Bildung verbunden mit einer Kultur der Leistung und Anstrengungsbereitschaft festzustellen. Maßnahmen zur Bildungsreform erfordern daher nicht nur eine struktur- und ressourcenorientierte Diskussion, sondern vielmehr auch die Förderung des Bewusstseins für die Bedeutung beziehungsweise den Wert von Bildung und Erziehung.

■ Ganzheitliches Bildungsverständnis

Bildungseinrichtungen können in Zukunft keine geschlossenen Systeme mehr sein, sondern sind Orte der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und auch Sozialisations- und Integrationsinstanz.

➤ Aufgabe der kommunalen Bildungspolitik ist es, die Handlungsmöglichkeiten in den für Kinder und Jugendliche relevanten Politikfeldern - insbesondere von Schule, Jugendhilfe, Sport und Kultur

- zu verzahnen und zusammenzuführen. Die KölnSPD fühlt sich dieser Aufgabe verpflichtet.

■ **Vorschulische Bildung und Neugestaltung der Schuleingangsphase**

Entscheidend ist, dass eine Verständigung zwischen Kindergarten- und Schulbereich über Bildungsinhalte, frühzeitige Diagnostik und Förderung erreicht wird. Dies kann nur durch eine gemeinsame Konzeptentwicklung beider Bereiche geschehen. Die neu gestaltete Schuleingangsphase ermöglicht einen stärker der individuellen Entwicklung und Begabung der Kinder gerecht werdenden Eintritt in die Schullaufbahn.

➤ Wichtig ist dabei für uns, dass die vorhandenen personellen Ressourcen der bisherigen Schulkindergärten für die gezielte und individuelle Förderung nicht nur erhalten bleiben, sondern bedarfsgerecht aufgestockt werden.

Insgesamt kommt es darauf an, Lernen und Fördern an den Schulen generell zu individualisieren. Dies gilt sowohl für benachteiligte und leistungsschwächere wie auch für hochbegabte Schülerinnen und Schüler. Die Voraussetzungen für eine individuelle Förderung sind darüber hinaus am ehesten in Schulen mit Ganztagsbetrieb gegeben.

■ **Enttabuisierung der Schulstrukturdiskussion**

Bei nüchterner Betrachtung ist festzustellen, dass die bestehende Schulstruktur weder dem Ziel der Chancengleichheit noch den schulorganisatorischen Möglichkeiten und Erfordernissen vor Ort immer Rechnung trägt. Überdies haben die internationalen Vergleichsstudien belegt, dass integrative Organisationsformen der Schule offensichtlich leistungsfähiger sind als selektive Systeme.

➤ Aus Sicht der KölnSPD stellt sich daher die Frage, ob die gegenwärtig bestehende Struktur von vier unterschiedlichen Schulformen der Sekundarstufe I nicht durch ein eigenständiges und integratives System bis zur Klasse 9 oder 10 ersetzt werden sollte. Aufbauend auf den ersten qualifizierenden Abschluss würde dann alternativ eine allgemein bildende Oberstufe (Abitur) oder eine berufliche bzw. duale Ausbildung möglich.

■ **Förderung der Selbstständigkeit der Schulen**

In der Bildungspolitik besteht ein breiter Konsens, dass selbstständige und eigenverantwortlich handelnde Schulen bessere Ergebnisse in der Bildungsarbeit erzielen.

- Aus kommunaler Sicht ist der Ansatz, die Einzelschule in ihrer Verantwortlichkeit und Selbstständigkeit zu stärken, nachhaltig zu unterstützen.

In Köln haben sich 33 Schulen mit großem Engagement entschlossen am NRW Modellprojekt „Selbstständige Schule“ teilzunehmen. Politik und Verwaltung in Köln haben den Worten jedoch keine Taten folgen lassen. CDU und Grüne lassen jedes Konzept zur Weiterentwicklung der Schullandschaft vermissen!

- Die KölnSPD wird den Ausbau der Selbstständigkeit der Schulen tatkräftig unterstützen. Durch eine Vernetzung der Schulen in den Veedeln kann die Nutzung der Ressourcen optimiert werden. Die örtlichen Bildungsbüros, in denen Landes- und kommunale Zuständigkeiten personell und finanziell gebündelt werden, müssen schnellstmöglich weiterentwickelt werden - und zwar mit der Zuständigkeit für alle Schulformen. Langfristig sollten diese Bildungsbüros beziehungsweise lokalen Unterstützungsstrukturen die inzwischen überholte zwei- beziehungsweise dreistufige Struktur der Schulaufsicht in NRW ersetzen.

■ **Bessere Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen**

Der bauliche Zustand und die Ausstattung der Schulen spielen eine nicht unerhebliche Rolle für die Qualität der Bildung. Der Schulträger ist verantwortlich für eine lernfördernde bauliche Gestaltung der Schulen, deren Umgestaltung aufgrund neuer Anforderungen, wie zum Beispiel Ganztagschulen, sowie die Ausstattung der Schulen mit modernen Medien. Hier ist besonders das Problem der Wartung für die Schulen zu lösen.

Über neue Finanzierungsinstrumente im staatlichen Bereich hinaus sind auch neue Modelle von Public-Private-Partnership denkbar. Erste Modelle auf Leasingbasis gibt es bereits und sie bieten durchaus Chancen, die Probleme im Bereich der Bauunterhaltung der Schulen effizienter und kurzfristiger zu bewältigen.

Qualitätsarbeit in der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe

Ziel aller Maßnahmen und Verfahren muss die Verbesserung der kommunalen Jugendhilfe für die Kinder und Jugendlichen in Köln sein.

- Jedes Mädchen und jeder Junge, gleich welcher Herkunft, hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit, ohne jedoch die Eltern aus ihren Pflichten und Verantwortungen zu entlassen.

- Mädchen und Jungen sollen weiterhin koedukativ begleitet werden, brauchen aber aufgrund unterschiedlicher Bedürfnisse und Lebenslagen in bestimmten Phasen oder Situationen geschlechtsspezifische Angebote und Förderungen. Das Gender Mainstreaming muss als ein Leitprinzip angewandt werden.
- Die Fort- und Weiterbildung der PraktikerInnen aus der Jugendhilfe ist entsprechend der jeweiligen Bedarfslagen ein ausdrückliches Ziel der KölnSPD für die kommunale Jugendhilfeförderung.
- Es muss selbstverständlich sein, dass Qualitätsarbeit selbst ein Qualitätsstandard der Jugendhilfe ist. Die KölnSPD will darauf hin wirken, dass die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, da nur so eine qualitative Weiterentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit erwartet werden kann.

■ Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiger Baustein der Kinder- und Jugendhilfe. Sie erbringt mit ihren Leistungen einen zentralen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung von Kindern. Sie findet zum einem in Institutionen und Einrichtungen statt und zum anderen in der Selbstorganisation in den Jugendverbänden.

- Die KölnSPD will auf kommunaler Ebene die Verfahren der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung (kommunaler Wirksamkeitsdialog) - ähnlich einem auf Landesebene erprobten Verfahren – weiter ausbauen. Der Wirksamkeitsdialog soll überprüfen, welche Kinder und Jugendliche erreicht werden, wo es Probleme gibt und welcher Bedarf besteht.
- Die Selbstorganisation in einem Jugendverband wird ausdrücklich unterstützt, da sie eine Chance ist, dass Jugendliche selbst aktiv werden.

Eine fehlende Vernetzung der Jugendhilfe und Schule muss mit Hilfe des Wirksamkeitsdialogs analysiert und behoben werden. Es muss ein Austausch zwischen Jugendhilfe und Schule stattfinden, um eine (messbare) Nachhaltigkeit und Weiterentwicklung beider Systeme zu erreichen.

Mit den Ergebnissen des Wirksamkeitsdialoges ist die fachliche Reflexion der Arbeit, Überprüfung des wirksamen Einsatzes von Fördermitteln und Begründung für die Neubeantragung von Landesfördermitteln möglich.

■ Prävention vor Einzelfallhilfe

Durch das Haushaltssicherungsgesetz stehen in den nächsten Jahren alle freiwilligen Leistungen der Stadt auf dem Prüfstand. Nur die Schaffung

neuer Strukturen ermöglicht die Weiterführung bewährter Unterstützungsangebote.

- Der Schwerpunkt muss zukünftig verstärkt im präventiven Bereich liegen. Haushaltsmittel müssen so eingesetzt werden, dass immer weniger Einzelfallhilfen notwendig werden, also immer weniger Kinder und Jugendliche in bedrohliche oder asoziale Lebenslagen geraten.
- Erfahrungen aus der sozialraumorientierten Vernetzung der Jugendhilfe wie beim „Modellprojekt Buchheim“ müssen ausgewertet und übertragen werden. In diesem Kontext werden wir die Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Kölner Wohlfahrtsverbände aus deren Projekt „Das soziale Köln der Zukunft“ in unser politisches Handeln einfließen lassen.
- Die KölnSPD will die Angebote für Kinder und Jugendliche erhalten. Durch eine Vernetzung öffentlicher Förderung mit Vereinen und Verbänden müssen wirtschaftliche Synergieeffekte erreicht werden.

Chancengleichheit durch Verbesserung der gesundheitlichen Situation

Die Gesundheitsstörungen bei Kindern und Jugendlichen haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte verändert. Infektions-, Mangel- und akute behandlungsbedürftige Erkrankungen sind zurückgegangen. Dafür haben psychische Auffälligkeiten, psychovegetative Beeinträchtigungen und chronische Erkrankungen an Bedeutung gewonnen.

Wissenschaftlich bewiesen ist, dass alle gesundheitlichen Auffälligkeiten außer den Allergien negativ mit dem sozio-ökonomischen Status der Familie korrelieren, das heißt, je schlechter die soziale Situation, um so häufiger und schwerwiegender die Auffälligkeit. Auffallend ist außerdem die geringe Inanspruchnahme präventiver Gesundheitsleistungen (Schutzimpfungen, Früherkennungsuntersuchungen, vor allem U8 und U9) durch diese Kinder beziehungsweise durch deren Eltern.

Kinder aus sozial benachteiligten Herkunftsfamilien sind somit häufig mit einem doppelten Handicap belastet: Zu der geringen Förderung und den sozialen Benachteiligungen gesellen sich gesundheitliche Probleme, die vor allem auch die jeweilige Bildungschance beeinträchtigen können. Oft werden schlechte oder keine Schulabschlüsse erreicht, die letztendlich ausschlaggebend für die spätere berufliche und soziale Situation und die Realisierung von Lebenschancen sind.

■ Prävention und Kooperation eröffnen Kölner Kindern neue Lebenschancen

- Die KölnSPD will eine möglichst frühzeitige Erkennung von Auffälligkeiten durch eine Erhöhung der Teilnahme an den

vertragsärztlichen Früherkennungsuntersuchungen (U7-U9). Sie favorisiert hierfür niederschwellige Angebote, das heißt Hilfen vor Ort.

Es ist im Gesundheitsbereich für unsere Kölner Kinder und Jugendlichen „lebensnotwendig“, dass endlich Kooperationsbarrieren einzelner Institutionen wie Elternhaus, Kindertagsstätten, Schulen, Jugendhilfe und Gesundheitsamt überwunden werden. Kooperationen der verschiedenen Dienste in der Kommune sowie der unterschiedlichen Sektoren des Gesundheitswesens müssen in Form von Qualitätszirkeln, Fallkonferenzen und anderem mehr verstärkt werden.

- Die KölnSPD will „soziale Netzwerke“ zur Unterstützung sozio-ökonomisch benachteiligter Familien stärken und fördern. Insbesondere Mütter mit jungen Kindern benötigen soziale Gruppenangebote, damit Überforderung und Benachteiligung nicht entstehen bzw. weitere Unterstützung gegeben werden kann
- Des Weiteren fordert die KölnSPD die Entwicklung eines Maßnahmenprogramms zur Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation benachteiligter Kinder und Jugendlicher in Köln (analog dem Maßnahmenprogramm zur Integration ausländischer Kinder).

■ **Langfristige Hilfen statt einmaliger Projekte**

Die Kölner Bürgerinnen und Bürger müssen erfahren, dass ihnen langfristig geholfen werden soll, und dass es wirklich um sie und nicht um das Verbrauchen von Fördermitteln oder die Beschäftigung von ProjektmitarbeiterInnen geht.

- Einmalige Projekte, wie sie schon mehrfach im Gesundheitswesen durchgeführt wurden, lehnt die KölnSPD daher strikt ab. Ihre Wirksamkeit war bisher – aufgrund der fehlenden Nachhaltigkeit - nur marginal.

Die durch den Verzicht auf einmalige Projekte eingesparten Gelder müssen der nachhaltigen Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit zugute kommen.

Und nicht zuletzt:

Lebenschancen durch Ausbildung und Weiterbildung

Die Lebenschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hängen wesentlich von den Möglichkeiten in Ausbildung und Berufsfindung ab. Neben den wichtigen, im Bereich Jugend genannten Forderungen sind für uns die folgenden Aspekte von großer Bedeutung.

Jugendliche verfügen über ein berufliches Bildungsinteresse und wollen Qualifikationen erwerben. „Aufstieg statt Ausstieg“ ist das Motto vieler junger Menschen. Es ist die Pflicht von Politik und Wirtschaft, dafür zu sorgen, dass junge Menschen eine Chance auf Ausbildung und Arbeit bekommen! Die Wirtschaft muss deshalb in ihrem ureigensten Interesse alle Anstrengungen unternehmen, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Es ist ein Fehler, dass Unternehmen genau dort sparen, wo es um ihre Zukunft geht.

- Die KölnSPD will darauf hinwirken, dass die Zahl der ausbildenden Betriebe bedeutend gesteigert wird. Die Stadtverwaltung Köln und die stadtnahen Betriebe müssen hier eine Vorbildfunktion einnehmen. Für Jugendliche mit eher praktischen Fähigkeiten müssen Angebote geschaffen werden. Sie scheitern oft schon an den Aufnahmeverfahren, aussichtsreich ist eine Qualifizierung über Ausbildung.
- Ein besonderer Schwerpunkt bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss auf der Förderung von Menschen liegen, die Sozialhilfe beziehen oder vom Sozialhilfebezug bedroht sind. Hierfür muss das in Köln bereits erfolgreich verlaufende Modellprojekt „JobBörse Junges Köln“ weiter ausgebaut und dezentral erweitert werden.
- Jugendliche müssen in ihrer Berufswahlkompetenz gestärkt werden. Diese Unterstützung kann nur in intensiver Zusammenarbeit mit den Schulen ausgebaut werden.
- Wir unterstützen das „Kompetenzzentrum Sprachförderung“, eine Projekteinrichtung von Bezirksregierung, Universität und Stadt Köln, mit vielfältigen Aufgaben zur Sprachförderung von Jugendlichen und Erwachsenen.

Weiterbildung ist zu einer persönlichen und beruflichen Notwendigkeit geworden und für die Gestaltung und Absicherung der gesellschaftlichen Teilhabe unverzichtbar. Die Vielfalt der Weiterbildungsangebote in Köln ermöglicht ein alle Lebensbereiche umfassendes lebensbegleitendes Lernen. Dies unterstützen wir im Sinne eines inhaltlich universalen Weiterbildungsbegriffs, der die Aspekte Politik, Familie, Gesundheit und Sinnfragen ebenso umfasst wie die Qualifizierung für Arbeit und Beruf.

- Die verschiedenen Institutionen wie Schule, Handwerkskammern, Arbeitsanbieter, Unternehmen, Arbeitsamt und Weiterbildung müssen stärker zusammenarbeiten.
- Die KölnSPD ist stolz auf unser kommunales Weiterbildungszentrum Volkshochschule. Wir setzen uns dafür ein, dass allen Kölner Bürgerinnen und Bürgern weiterhin ein qualifiziertes, wohnortnahes und erschwingliches Weiterbildungsangebot zur Verfügung steht. Um dies auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, müssen Synergieeffekte, z.B. durch die Mitnutzung von Gebäuden in städtischer Trägerschaft verstärkt werden.“

Sport in Köln -

Soziales und gesundes „Lebensmittel“

Das Interesse am Sport umfasst alle Generationen und gesellschaftlichen Schichten. Über 190.000 Kölnerinnen und Kölner sind Mitglied eines Sportvereins. Mindestens ebenso viele Menschen treiben regelmäßig außerhalb organisierter Strukturen Sport. Hinzu kommen die über 100.000 Kunden der kommerziellen Sportanbieter. Somit ist mindestens für die Hälfte der Kölner Bevölkerung der Sport ein fester Bestandteil ihrer Freizeitgestaltung.

Der Sport im Verein verbindet körperliche Ertüchtigung mit Geselligkeit und Gemeinschaftserlebnis. Damit wirkt er dem gerade in der Großstadtgesellschaft zu beobachtenden Trend der Vereinzelung entgegen und ist geeignet, die gegenseitige Verantwortung von Menschen füreinander zu stärken.

- Aus diesem Grund bekennt sich die KölnSPD ausdrücklich zum Vereinssport und dessen Förderung.
- Ganz besonders begrüßt die KölnSPD die im Januar 2004 gefassten Beschlüsse der NRW-SPD-Fraktion zur Übungsleiter- und zur Sportpauschale, die gewährleisten, dass 2004 und 2005 fast 2,5 Millionen Euro direkt der Übungsarbeit in den Vereinen und der Sportinfrastruktur in unserer Stadt zugute kommen.
- Weil der organisierte Sport nach wie vor das größte ehrenamtliche Engagement in Köln auf sich vereinigt, setzt sich die KölnSPD auch in Zukunft für eine angemessene öffentliche Förderung ein.
- Grundvoraussetzung für ein reiches sportliches Angebot ist eine entsprechende Sportinfrastruktur. Deshalb müssen die zahlreichen städtischen Sportstätten und Bäder den Vereinen weitgehend kostenneutral auf Dauer erhalten und gepflegt zur Verfügung gestellt werden.

In den vergangenen Jahren haben sich den traditionell Sport treibenden gesellschaftlichen Gruppen weitere hinzugesellt. Unter Frauen, älteren Menschen und Behinderten hat der Sport den größten Zuwachs und hierdurch seine Bedeutung als weitaus größte und erfolgreichste Freiwilligenorganisation noch gesteigert.

Auch die Motive, aus denen heraus Menschen sich sportlich betätigen, sind vielfältiger geworden. Zur Freude an Spiel und Bewegung sind insbesondere gesundheitliche Aspekte hinzu gekommen. Durch zielgruppenorientierte Angebote bieten insbesondere die Sportvereine Möglichkeiten zur Vorbeugung wie zur Rehabilitation. Sport dient als Mittel zur Entspannung und zum Stressabbau ebenso wie zur Sucht- und Gewaltprävention. Die gesundheitsfördernde Wirkung des Sports wird

durch zahlreiche Kooperationsprojekte zwischen Sportvereinen und Krankenkassen unterstrichen.

Sport ist auch Jugendarbeit

Insbesondere für Kinder und Jugendliche bietet der Sport vielfältige Chancen. Die Jugendarbeit in den Sportvereinen stellt ein geeignetes Mittel zur Erziehung junger Menschen zur Persönlichkeit und zur Mitverantwortung dar und prägt in hohem Maße Verhalten und Bewusstsein der Jugendlichen. Art und Inhalt der Jugendarbeit beeinflussen das gesellschaftliche Verhalten junger Menschen, geben ihnen die Möglichkeit, Konflikte bewusst und fair auszutragen, erziehen zum gemeinschaftlichen Handeln und ergänzen die Bildungseinflüsse aus Elternhaus, Schule und Beruf.

- Die KölnSPD setzt darauf, dass neue Konzepte der schulischen Ausbildung wie die offene Ganztagsgrundschule, die auf eine Kooperation mit dem organisierten Sport ausgerichtet sind, die Bedeutung des Sports als Bestandteil der Erziehung von Kindern und Jugendlichen künftig noch ausbauen werden.

Sport spricht alle Sprachen

Dem Vereinssport kommt seit vielen Jahren auf dem Gebiet der Integration eine herausgehobene Bedeutung zu. Sport spricht alle Sprachen und kennt keine Grenzen, so ist es auch in Köln. Hier mischen Migranten selbstverständlich mit, hier findet der kulturelle Austausch spielerisch im Wettkampf statt.

Aus dem Kölner Sport sind Migranten schon lange nicht mehr wegzudenken. Auf keinem anderen gesellschaftlichen Betätigungsfeld ist ihre Integration so weit fortgeschritten wie hier. Durch ihr sportliches Können und ihren Einsatz für die Gemeinschaft erwerben sich Woche für Woche sporttreibende Migranten Respekt und Sympathie ihrer deutschen Mitsportler. Der Sport hebt auf diese Weise spielerisch gesellschaftliche und sprachliche Barrieren auf, schafft neue Einsichten und verbindet Menschen aller Kulturen.

Die Organisationen des Sports wie der Deutsche Sportbund, die Deutsche Sportjugend und Sportfachverbände wie der Deutsche Fußballbund setzen die Popularität des Sports gezielt ein, um Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu bekämpfen. Kampagnen wie „Mein Freund ist Ausländer“ sind bundesweit bekannt geworden und unterstreichen die integrative Kraft des Sports.

- Die KölnSPD ermutigt und unterstützt die Kölner Sportvereine, die vorhandenen Ansätze zur Integration von Migrantinnen und Migranten auszubauen. Kommunalpolitik und Stadtverwaltung müssen den

Dialog zwischen Sportvereinen und –verbänden und den örtlichen Migrantenorganisationen vermitteln und unterstützen.

Sport ist ein positiver Standortfaktor

Zunehmende Bedeutung hat der Sport aber auch durch seine stete Präsenz in den Medien gewonnen. Insbesondere das Fernsehen trägt maßgeblich dazu bei, dass der Sport eine Aufmerksamkeit genießt, die weit über den Kreis der aktiv Sporttreibenden hinaus geht.

Übertragungen von sportlichen Spitzenveranstaltungen wie Olympischen Spielen, internationalen Fußballmeisterschaften oder Formel-1-Rennen stehen regelmäßig an der Spitze der Fernsehsendungen mit der höchsten Einschaltquote. In der Boulevardpresse entscheiden oft Schlagzeilen aus der Welt des Sports über die Auflage. Aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses stellt der Sport einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar.

- Vielfalt und Leistungsfähigkeit der örtlichen Sportangebote sind daher aus Sicht der KölnSPD ebenso wie eine lebendige kulturelle Szene ein positiver Faktor, mit dem die Region Köln im härter gewordenen Wettbewerb um Wirtschaftsstandorte wuchern kann.
- Der Spitzensport ist als wichtiger Standortfaktor durch die Absicherung der notwendigen Infrastruktur und die punktuelle Unterstützung von Großveranstaltungen zu fördern.

Die mit der Entwicklung zur modernen Mediengesellschaft einhergehende Kommerzialisierung, namentlich des Leistungssports, hat allerdings zu wirtschaftlichen Abhängigkeiten geführt, die den Facettenreichtum des Sports bedrohen. Die wirtschaftliche Potenz und die Attraktivität von Sportverbänden und –vereinen ist heute stark mit der Präsenz im Fernsehen verbunden. Die Fokussierung des Medieninteresses auf einige wenige Sportarten führt zu einer sehr einseitigen Verteilung von Werbeeinnahmen und Vermarktungschancen.

Langfristig hat dies auch Auswirkungen auf den Breitensport. Weniger beachtete Sportarten werden nicht nur in ihrer Leistungsfähigkeit sondern auch in ihrer Ausbreitung zurück gedrängt. Die Sportlandschaft droht zu verarmen.

KölnSPD - Wir stehen für den Sport

In der Erkenntnis, dass der Sport das Bedürfnis nach Spiel und Bewegung erfüllt, die Lebensqualität und das Zusammenleben in der Großstadt verbessert, ein maßgebliches Instrument der Kinder- und Jugendarbeit ist, die Menschen über alle, auch sprachlichen, Grenzen verbindet, die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit fördert, bekennt sich die

KölnSPD zur Förderung des Sports als einem zentralen Ziel kommunaler Daseinsvorsorge. Der Sport stellt somit einen Wert für sich dar.

Sportliche Angebote müssen auch in Zukunft allen Kölnerinnen und Kölnern offen stehen. Dies erfordert eine Förderung des vereinsgebundenen und auch des nicht organisierten Sports. Die KölnSPD wird den Sport in Köln als verlässlicher Partner auch weiterhin begleiten und seine Organisationskräfte fördern. Hierzu lassen wir uns von folgenden Zielsetzungen leiten:

- Kommunale Sportförderung ist eine öffentliche Aufgabe. Sie gehört in den Kontext öffentlicher Verwaltung, politischer Einflussnahme und Verantwortung. Dabei steht die Förderung des Vereinssports und namentlich der sportlichen Jugendarbeit an erster Stelle des administrativen und politischen Handelns.

Deshalb lehnen wir Nutzungsgebühren, die die Jugendarbeit von Sportvereinen gefährden, ab.

- Kommunale Sportförderung hat die Aufgabe, den Sport in seinem Facettenreichtum sicherzustellen. Daher sind Sportangebote jeglicher Art, von Anfängerkursen bis hin zu nationalen und internationalen Spitzenereignissen, durch die Stadt Köln zu unterstützen.

Die von CDU und Grünen stadtweit vorgenommene planlose und kurzsichtige Streichung der Hallenwart-Stellen lehnen wir ab. Sie bewirken das Gegenteil der erwünschten Sparmaßnahmen; schon jetzt zeigt sich die Verschmutzung und Zerstörung der Sportstätten.

- Für Unterhaltung und Sauberkeit von Sportstätten und Bädern sind darüber hinaus Standards zu definieren, die unter sozialverträglicher Beteiligung der Nutzer einzuhalten sind. Sportanlagen sind verstärkt in Vereinshand zu übertragen, die Unterhaltung durch entsprechende Beihilfen ergebnisneutral zu finanzieren. Die mit den Vereinen zu treffenden Vereinbarungen sind fair zu gestalten.
- Neue Formen der Zusammenarbeit, der Bündelung und Vernetzung von Ressourcen und Sportangeboten der Vereine werden wir aktiv fördern. Die Kommunikation mit renommierten Adressen des deutschen Sports in Köln wie Deutsche Sporthochschule, Deutsches Sport- und Olympiamuseum, Trainerakademie und Sportmesse ist zu intensivieren.
- Niemand darf aus finanziellen Gründen vom Sport ausgeschlossen bleiben. Die Mitgliedschaft in einem Sportverein ist daher sozialhilferechtlich als beihilfefähiges Anrecht zu verankern.
- Kölns traditionsreiche Volkssportanlagen sind unveräußerlicher Besitz aller Kölnerinnen und Kölner. Sie stehen daher auch weiterhin uneingeschränkt der Allgemeinheit zur Verfügung.

Und nicht zuletzt:

Sport braucht Engagement, Unterstützung und Räume!

Ehrenamtliches Engagement ist das Rückgrat des Vereinssports. Deshalb bedarf es eines Bewusstseinswandels bei den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung. Um die durch unentgeltliche und freiwillige Arbeit geschaffenen Werte und Strukturen zu schützen, reicht symbolische Anerkennung durch einen Tag des Ehrenamtes nicht aus. Vielmehr ist bei allen Entscheidungen, die den Sport betreffen, darauf zu achten, dass sie ehrenamtliche Strukturen im Vereinssport nicht beeinträchtigen.

- In Anerkennung herausragender ehrenamtlicher Leistungen im Sport wird die KölnSPD die Förderung des Vereinssports finanziell angemessen vornehmen.
- Im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik wird die KölnSPD dafür sorgen, dass geeignete Flächen geschaffen werden, die für Bewegung und Sport geeignet sind. Bei der Neuanlage von Wegen und Plätzen ist darauf zu achten, dass diese auch sportlich nutzbar sind.
- Um unsere Ziele für den Kölner Sport zu erreichen, strebt die KölnSPD eine gemeinsame Offensive für den Sport in Köln an. Institutionen des Sports, der Wirtschaft, der Kultur, der Jugendhilfe, der Bildung und der Politik sollen sich in eine „Allianz für den Kölner Sport“ einbringen, um jeweils aus ihrer Sicht aktiv für den Sport zu werben und im Sinne der vorgenannten Leitlinien Beiträge zu leisten.

Sicher leben und wohlfühlen in der Großstadt

In einer so dynamischen Stadt wie Köln gibt es leider auch Schattenseiten. So ist zum Beispiel die Kriminalitätsrate innerhalb der letzten zwei Jahre stark gestiegen. Vor allem in den Bereichen Körperverletzung, Raub, Taschendiebstahl und Wohnungseinbrüche sind erschreckende Steigerungen festzustellen.

- Mit dieser Entwicklung findet sich die KölnSPD nicht ab! Für die KölnSPD gilt, dass jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht hat, in Sicherheit zu leben. Und es ist die Pflicht von Bund, Land und Kommune, diese Sicherheit zu gewährleisten.

Doch dabei setzen wir nicht auf autoritäre Maßnahmen oder machen mit platten „Law and Order“-Parolen falsche Versprechungen. Erfolgversprechende Sicherheitspolitik muss in ein gesamtpolitisches Konzept eingebunden sein, dass mit einer verantwortlichen Arbeits-, Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik dazu beiträgt, Wohlstand und Chancengleichheit für alle zu fördern und soziale Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Dazu muss die Kriminalitätsbekämpfung eine vernünftige und sinnvolle Kombination aus verschiedenen Maßnahmen enthalten.

- Vorbeugung, Hilfe und Sanktion sind für die KölnSPD gleichwertige Instrumente zur Kriminalitätsbekämpfung. Denn wir wollen, dass die Kölnerinnen und Kölner Vertrauen in die demokratische Ordnung haben. Wir wollen, dass in allen Veedeln unserer Stadt jeder ohne Angst um sich, seine Familie oder sein Eigentum gewaltlos leben kann. Und wir wollen, dass diejenigen, die diese Angst verursachen, mit aller Konsequenz strafrechtlich verfolgt und verurteilt werden.

Doch damit sich Menschen in ihrem Veedel wohlfühlen, muss neben der Sicherheitspolitik verstärkt auch auf eine saubere Stadt geachtet werden. Und wie die meisten Großstädte hat auch Köln ein Problem mit den Unmengen von Müll, die Tag für Tag produziert werden. Ob Parks und Plätze, die U-Bahnhöfe, Kinderspielplätze, Verkehrsinseln oder Haupteinkaufsstraßen - das Stadtbild wird zunehmend durch Müll und Schmierereien geprägt und vermittelt den Eindruck von Verwahrlosung.

Der städtische Raum bleibt ungenutzt, wenn er nicht ausreichend gepflegt wird. Die Menschen meiden öffentliche Orte, da sie sich dort weder wohl noch sicher fühlen. Vernachlässigte öffentliche Räume provozieren überdies Vandalismus. Dies zeigt sich besonders deutlich bei der Benutzung von Bussen und Bahnen: Leere Bahnsteige, beschmierte Wände und zerkratzte Fensterscheiben veranlassen vor allem ältere Menschen, abends nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Der schlechte Zustand des öffentlichen Raums mindert die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

- Zu einem lebenswerten Stadtteil gehört deswegen für die KölnSPD neben der Sicherheit vor allem auch, dass Grün- und

Gemeinschaftsflächen sauber sind und dass Straßen, Wege und Bahnhöfe nicht durch Müll, Schmierereien oder Hundekot verreckt sind.

- Wir wollen, dass unsere Kinder auf sauberen Spielplätzen spielen, dass die Kölnerinnen und Kölner sich in gepflegten Parks ausruhen und spazieren gehen können und dass die Bürgerinnen und Bürger zu allen Uhrzeiten ohne Angst mit Bus und Bahn fahren können.

CDU hat ihre Wahlversprechen nicht gehalten!

Im Kommunalwahlkampf 1999 und beim Wahlkampf vor der Oberbürgermeisterwahl 2000 hat die CDU versprochen, sich für mehr Sauberkeit und Sicherheit in unserer Stadt einzusetzen.

- Die Realität heute zeigt, wie sehr die CDU auf diesem wichtigen Feld der Kommunalpolitik versagt hat: Bereits zum zweiten Mal gibt es einen deutlichen Anstieg in der Kriminalitätsstatistik. Insbesondere Gewaltdelikte sowie Kinder- und Jugendkriminalität nehmen erschreckende Ausmaße an. Und auch im Bereich Sauberkeit ist es der CDU nicht gelungen ihre Wahlversprechen einzuhalten. An vielen Stellen in der Stadt gibt es nach wie vor wilde Müllablagerungen, Farbschmierereien und verreckte Containerstandorte. Die groß angekündigten ServiceTeams fielen dem Rotstift zum Opfer.

Außer ein paar öffentlichkeits-wirksamen Aktionen (clean-up-Cologne) und einem Bußgeldkatalog, der mangels Kontrollpersonal bisher kaum wirksam wurde, kann man heute ohne Übertreibung, und ohne sich dem Vorwurf der Polemik auszusetzen, feststellen: Die CDU hat ihre Wahlversprechen nicht annähernd eingehalten!

Unsere Sicherheitspolitik für Köln – Erfolge durch Handeln

Wir machen Sicherheitspolitik durch Handeln – nicht durch Sprechblasen. Wir setzen weder einseitig auf repressive noch auf präventive Maßnahmen. Erfolg versprechende Konzepte der Kriminalitätsbekämpfung beinhalten den vernünftigen Dreiklang aus Vorbeugung, Hilfe und Strafe.

■ Die Koordinierungsstelle „Sicher in Köln“

Die Stadt Köln und die Kölner Polizei machen mit dieser Einrichtung die besondere Bedeutung deutlich, die sie der Kriminalitätsbekämpfung zumessen.

- Diese Koordinierungsstelle ist nach den Vorstellungen der KölnSPD eine ständige, gemeinsame Einrichtung von Stadt und Polizei. Ihre organisatorische Anbindung erfolgt unmittelbar an die Spitze der

Stadtverwaltung. Sie ist besetzt mit jeweils einem geeigneten Beamten der Stadtverwaltung und der Kölner Polizei. Die logistische Ausstattung ist professionell. Die Koordinierungsstelle ist eine Anlaufstelle und reagiert kurz- bis mittelfristig auf die jeweilige aktuelle Sicherheitslage in Köln. Weiter gesichert und fortgeführt werden muss die Zusammenarbeit von Polizei, Stadtverwaltung, Justiz und Wohlfahrtsverbänden im Rahmen mit der Bekämpfung von häuslicher Gewalt nach dem Gewaltschutzgesetz. Die 2002 eingerichteten Kriseninterventionsstellen müssen dauerhaft erhalten bleiben und ausgebaut werden.

■ Synergien nutzen und Ordnungspartnerschaften verbessern.

Partner sind vor allem Justizbehörden, Ordnungsbehörden, Jugendamt, Arbeitsamt, Sozialamt, Wohnungsamt, Baubehörden, Bundesgrenzschutz, KVB, Taxiunternehmen, Wohnungsgesellschaften, Kirchengemeinden, Schulen, Kindergärten, Einzelhandel und das Veedelskontor.

- Die vorhandenen Ordnungspartnerschaften in den Bezirken müssen verbessert und ausgebaut werden. Zielsetzung und eine regelmäßige Qualitätskontrolle durch eine übergeordnete Stelle garantieren eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Einmal jährlich treffen sich alle Teilnehmer zu einer bezirkseigenen Sicherheitskonferenz, um ihre Arbeit zu bewerten, Probleme zu besprechen, aber auch, um neue Ideen zu entwickeln.

■ Vorbeugung durch Zusammenarbeit

Die KölnSPD wird die bestehenden Erziehungspartnerschaften von Schule, Polizei und Jugendhilfe weiterhin unterstützen.

- Durch diese Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen müssen Standards für die gewaltpräventive Arbeit unter Einschluss lokaler Rahmenbedingungen entwickelt werden, um so präventiv der steigenden Jugendkriminalität entgegen zu wirken.

Doch neben Aufklärung und Information geht es auch darum, den Jugendlichen zu vermitteln, dass die Polizistinnen und Polizisten nicht Gegner, sondern Partner sind.

■ Wiederholungsstraftaten vermeiden

Um bei jugendlichen Straftätern Wiederholungstaten zu vermeiden müssen hinreichende Sanktionen geschaffen werden. Die Diversion im Jugendstrafverfahren ist hierbei ein wichtiger Aspekt.

- Mit der direkten und schnellen Konfrontation des Jugendlichen mit seiner Straftat kann verhindert werden, dass der erste Fehltritt das

Fundament einer kriminellen Karriere wird. Dabei geht es darum, im Zusammenwirken von Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendamt und Jugendgericht kriminell gewordenen Jugendlichen die geballte Staatsmacht gegenüberzustellen. Denn es ist belegt, dass schnell bestrafte kriminelle Jugendliche deutlich weniger rückfällig werden.

- Wir wollen den Täter-Opfer-Ausgleich weiter stärken. Denn durch den unmittelbaren Kontakt des Täters mit seinem Opfer wird ihm vor Augen geführt, welchen materiellen, körperlichen und seelischen Schaden er angerichtet hat. Damit wird auf sein zukünftiges Verhalten oft besser eingewirkt als durch eine herkömmliche Strafe. Auch für das Opfer hat eine persönliche Entschuldigung des Täters und – wenn möglich – Wiedergutmachung durch den Täter oft eine genugtuende Wirkung.

■ Einführung eines „Warnschussarrestes“ auf Probe

Durch den „Warnschussarrest“ soll den Jugendgerichten die Möglichkeit eingeräumt werden, neben der Verurteilung zu einer Jugendstrafe auf Bewährung auch einen Jugendarrest zu verhängen. Viele verurteilte Jugendliche sehen in einer Jugendstrafe auf Bewährung keine spürbare Sanktion, sondern einen „Freispruch zweiter Klasse“. Sie werden sich deshalb des Ernstes ihrer Lage nicht bewusst und realisieren nicht, welche Konsequenzen weitere Straftaten haben.

- Durch den Vollzug eines Arrestes von bis zu vier Wochen am Anfang der Bewährungszeit inklusive einer intensiven sozialpädagogischen Betreuung kann dem Jugendlichen deutlich vor Augen geführt werden, dass die Gesellschaft von ihm eine grundlegende Verhaltensänderung erwartet.

Nach Ablauf der Probezeit für diese Regelung soll der Landtag über eine dauerhafte Regelung auf Grundlage eines Erfahrungsberichtes beschließen.

■ Verbindliche Heimunterbringung für Intensivstraftäter

Die KölnSPD will nicht zurück zu Heimkonzepten der 50er und 60er Jahre mit dem einfachen Wegschließen, sondern Reformkonzepte des Wiedererlangens eines verantwortungsbewussten Umgangs mit der eigenen Freiheit.

- Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass bei Intensivstraftätern diese Möglichkeit auch angewendet wird.

■ Für Sicherheit im Stadtteil sorgen

Nicht nur die Situation der Kölner Polizei ist zurzeit geprägt von einer landesweiten Umstrukturierung, die höhere Effizienz der Arbeit und mehr Polizei „auf der Straße“ zum Ziel hat. Die KölnSPD begrüßt diese Maßnahmen, wenn sie nachhaltig zu einer verbesserten Präsenz der Polizei in den Stadtvierteln beitragen. Die im NRW-Landeshaushalt vorgesehene Erhöhung der Mittel für Kriminalitätsbekämpfung wird genau dieser Forderung gerecht.

Wir wollen die Ordnungspartnerschaften in den Stadtbezirken durch Stärkung der Bürgerämter wieder reaktivieren.

- Durch Veedels-Beamte wird für lokale Ansprechpartner und Helfer gesorgt, die den Stadtteil und seine besonderen Gegebenheiten gut kennen. Denn nur wer seine „Pappenheimer“ und ihre Treffpunkte kennt, nur wer mit den Verhältnissen im Stadtteil vertraut ist, kann schnell und vernünftig reagieren und Kriminalität bekämpfen.

■ Die Zivilcourage erhöhen

Die KölnSPD befürwortet die Fortsetzung des Polizei-Projekts „Hinsehen – Handeln – Hilfe Holen“ unter Beteiligung der Kommune. Damit zeigt die Stadt, wie wichtig die Bürger-Verantwortung im öffentlichen Raum ist, wie wichtig Zivilcourage genommen wird! Gemeinsam mit der Polizei sollen die Bürgerinnen und Bürger Probleme bei Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung anpacken und lösen.

■ Mehr Sicherheit und Sauberkeit in U-Bahnen und Bahnhöfen

In Zusammenarbeit mit Polizei und KVB wollen wir die Sicherheit in U-Bahnen und Bahnhöfen erhöhen.

- Regelmäßige Streifen sollen Straftaten verhindern und die Sicherheit steigern.
- Der gezielte Einsatz von Videoüberwachung und eindeutige Hinweisschilder in Bahnen und Bahnhöfen werden einen Beitrag zu mehr Schutz im öffentlichen Nahverkehr leisten.
- Und wir wollen für helle und saubere Bahnhöfe sorgen. Bessere Beleuchtung, frische Farben, klare Fenster und saubere Wände und Böden tragen zu einem besseren Erscheinungsbild und mehr Sicherheit bei.
- Darüber hinaus müssen die Betreiber der Bahnhöfe Zerstörungen, Schäden und Graffiti zügig entfernen und die Bahnhofsanlagen – auch im Außen- und Eingangsbereich – häufiger reinigen.

■ Eine Drogenpolitik, die hilft, schützt und Kriminalität bekämpft

Mit der SPD-geführten Bundesregierung haben wir endlich die rechtliche Absicherung von Gesundheitsräumen geschaffen.

- Wir befürworten die Einrichtung von bedarfsgerechten Gesundheitsräumen. Ziel ist es, die Abhängigen an den Szenetreffpunkten zu erreichen und zugleich eine Verfestigung der Szene und Belastung der Bevölkerung vor Ort zu vermeiden.

Die Bundesregierung hat einen Modellversuch zur ärztlichen Heroinvergabe begonnen. Auch in Köln wird dieser Versuch durchgeführt, um auch solche Drogenabhängige, die für keine Therapie erreichbar sind, nicht ihrem Schicksal zu überlassen. Die Auswirkungen der Drogenszene müssen für die Bürgerinnen und Bürger erträglich gehalten werden.

- Wir werden dafür eintreten, dass das erfolgreiche Konzept der Drogeneinsatzgruppe der Polizei weiter fortgesetzt wird, und mit aller Kraft daran arbeiten, offene Drogenszenen zu entzerren, Dealer zu verfolgen und vor Gericht zu bringen.

Aktive Politik für ein sauberes Köln

Von illegalen Müllablagerungen über falsch und gefährdend parkende Autos, Verstößen gegen Konzessionen durch Gaststättenbetriebe bis hin zu Wildplakatierungen und Farbschmierereien umfassen diese Ordnungswidrigkeiten alle möglichen Regelverstöße, die nicht existentiell bedrohlich sind, aber den Eindruck verstärken, für einige gelten die Regeln nicht oder der Verstoß gegen sie ist folgenlos.

- Die KölnSPD wird die Möglichkeiten ausbauen, personelle und finanzielle Mittel gezielter zur Beseitigung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten einzusetzen.
- Die von der schwarz-grünen Politik im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes reduzierten und abgeschafften Luftmessstationen im Kölner Stadtgebiet werden nach dem Willen der Kölner SPD bestehen bleiben bzw. wieder in Betrieb genommen, damit eine Kontrolle der Luftqualität auch in Zukunft möglich ist.

■ Zuständigkeiten deutlich machen

Das Wegräumen von Müll scheitert oft schon daran, dass es unmöglich ist, die zuständige Behörde herauszufinden. Die Bürokratie hat sich unter der CDU-Stadtspitze so chaotisch entwickelt, dass man überhaupt nicht mehr weiß, wer für welchen Müll verantwortlich ist. Wer macht Bahnhöfe sauber? Wer Gehwege oder Parks? Wer Haltestellen und öffentliche Plätze? Derzeit sind außer den Abfallwirtschaftsbetrieben das Grünflächenamt, das Ordnungsamt, die Bürgerämter und das Duale

System Deutschland für die Beseitigung von Müll, Grünschnitt, Unrat und Wertstoffen zuständig.

- Wir werden die Zuständigkeiten für Müllbeseitigung konzentrieren. Bürgerinnen und Bürger, Geschäftsinhaber, Gewerbetreibende, Kiosk-Besitzer und Firmen brauchen klare Ansprechpartner.
- Dazu werden wir mit Hilfe der bezirklichen Bürgerämter den Zuständigkeitswirrwarr beseitigen, die verschiedenen Kräfte bündeln und dafür sorgen, dass die von den Bürgern gewünschte bessere Reaktionsfähigkeit für den schnelleren Reinigungsservice gewährleistet wird.

■ **Wilde Müllkippen vermeiden**

Die KölnSPD tritt nach wie vor für die schnellstmögliche Einführung des Holsystems für Wertstoffe ein, um endlich den Missbrauch der Containerstandorte als wilde Müllkippen zu beenden. Die Containerstandorte sind kurzfristig zu beseitigen und die Wertstoffe durch das Holsystem einzusammeln.

■ **Kein Geld, kein Personal – sinnvolle Alternativen aufzeigen!**

Neben mangelnden Zuständigkeiten scheidet das Säubern häufig an finanzieller und personeller Not. Das kann aber aus Sicht der KölnSPD kein Grund sein, die Stadtteile einfach verschmutzen zu lassen, vielmehr müssen sinnvolle Alternativen geschaffen werden.

- So kann man zum Beispiel in stark betroffenen Stadtteilen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen lokale Reinigungsgruppen einrichten, die für die Sauberkeit von Straßen und Plätzen sorgen.
- Für Geschäftsstraßen muss die Möglichkeit bestehen, dass die Geschäftsinhaber selbst die Verantwortung für die Reinigung der Gesamtfläche übernehmen können.
- Darüber hinaus ist der Einsatz von Patenschaften sinnvoll. Ob Eltern, Kirche, Bürgerverein oder die Bewohner einer Straße, alle können zur Verantwortung gezogen werden, wenn es darum geht, Spielplätze, öffentliche Grünanlagen oder Straßen sauber zu halten.

■ **Voraussetzungen für Sauberkeit schaffen.**

Nach einem netten Grillabend in den Parks der Stadt stellt sich die Frage, wohin man denn mit dem Müll soll. Denn man steht meistens vor zwei Problemen: Die bestehenden Abfallbehälter sind bereits mehr als voll, oder aber sie eignen sich nicht für derartigen Abfall. Natürlich ist das Gebüsch dann nicht die richtige Alternative, allerdings kann man diesen

Akt zumindest nachvollziehen, wenn überhaupt keine Möglichkeit zur gerechten Entsorgung besteht.

- Die KölnSPD wird dafür sorgen, dass an öffentlichen Plätzen oder Parks ausreichend feste und geschlossene Müllbehälter aufgestellt werden, die regelmäßig geleert werden.

■ Konsequenzen für Fehlverhalten klar machen

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich für die Sauberkeit ihrer Straßen, Wege, Plätze und Parks verantwortlich fühlen, unabhängig davon, ob sie Verursacher sind oder nicht. Deswegen müssen gezielte Kampagnen wie Clean up Cologne fortgesetzt werden.

Neben Kampagnen für mehr Sauberkeit muss den Bürgerinnen und Bürgern aber auch deutlich gemacht werden, dass ihr Handeln Konsequenzen hat. Wer seinen Müll einfach da fallen lässt, wo er gerade steht und erwischt wird, muss auch bestraft werden.

- Deswegen müssen die Bußgelder erhöht und die Kontrollen verschärft werden. Bürgernahe Beamte oder Angestellte der Stadt sollten regelmäßig zur Kontrolle auf die Straße gehen. Auch hier kann der Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sinnvoll sein.

■ Einsatz für ein schöneres Straßenbild

Ob Verkehrs- oder Baumineln: Was eigentlich zur Verschönerung gedacht ist, sieht durch Zerstörung oder unregelmäßige Pflege furchtbar aus. Ob im Frühling Osterglocken auf den Straßen blühen oder sich mittlerweile das Unkraut breit macht, ob Bäume von Efeu und Blumen oder von Hundekot und Fahrrädern dekoriert werden, ist für ein positives und freundliches Stadtbild ausschlaggebend.

- Die KölnSPD wird dafür sorgen, dass diese Flächen regelmäßig in Stand gehalten werden. Auch hier kann eine kostengünstige Umsetzung über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Patenschaften realisiert werden.

Und nicht zuletzt:

Hunde – des einen Freu(n)d ist des anderen Leid

Hunde sind für viele Menschen lieb gewordene Begleiter und eine wichtige Bereicherung des eigenen Lebens. Gleichzeitig sind frei umherlaufende Hunde und Hundekot in Parks und auf Wegen ein großes Ärgernis und stellen für viele Menschen- vor allem Kinder und Senioren und Jogger- eine immer größere Bedrohung dar.

- Deswegen fordern wir ein generelles Anleinen von Hunden auf Straßen, Spielplätzen und in öffentlichen Grünanlagen und Parks, ein Bußgeld, wenn Hunde nicht angeleint werden oder Hundekot nicht fachgerecht vom Halter entsorgt wird sowie eine verstärkte Kontrolle der bestehenden Anleinplicht und des bestehenden Bußgeldkatalogs.

Wir in Köln – Wir im Rheinland

Wir im Rheinland fühlen uns in unseren Städten und Gemeinden, Dörfern und Vierteln zu Hause. Sie sind unser Lebensmittelpunkt, der Ort, der uns vertraut ist. Darüber hinaus verbindet uns übergreifend im Rheinland ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl.

Diese weltoffene und zukunftsorientierte Heimatverbundenheit wird die SPD im Rheinland politisch unterstützen. Sie ist unsere gemeinsame Eintrittskarte in eine gute Zukunft.

Gemeinden, Städte und Kreise sind für die Grundlagen eines Lebens in Sicherheit und Wohlstand verantwortlich. Wasserversorgung, Verkehrsangebot, Schulen, Kindergärten, Kultur und Abfallentsorgung sind Beispiele für diese Daseinsvorsorge. Wir wollen die öffentliche Verantwortung für diese öffentlichen Güter beibehalten und stärken.

Wir wollen jedoch mehr Zusammenarbeit zwischen den Kommunen erreichen. Schon heute gibt es unterschiedliche Kooperationen im Verkehrsverbund, bei den Sparkassen oder in den Verbänden zur Energie- und Wasserversorgung oder Abfallentsorgung. Diese Zusammenarbeit wollen wir stärken und ausbauen, um Herausforderungen erfolgreich zu meistern und insgesamt wirtschaftlicher zu arbeiten.

Das Rheinland ist eine der erfolgreichsten Wirtschaftsregionen Europas und bietet seinen Menschen große Chancen. Wir werden die breite Wissenschaftslandschaft, die wirtschaftliche Vielfalt, das gute Bildungsangebot und die Weltoffenheit als unsere rheinischen Stärken weiter ausbauen.

Wir werden als Region Rheinland gemeinsam auftreten.

Wir wollen, dass das Rheinland bis 2009 die innovativste Region Europas wird.

Eure und Ihre

KölnSPD